

Wo stehen die arabischen Aufstände heute?

Von der gewaltfreien Revolte in den Bürgerkrieg – oder zurück?

Der Versuch einer vorläufigen Bestandsaufnahme der arabischen Aufstände aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht. Wo haben die Widerstandsbewegungen entscheidende strategische Fehler gemacht? Gibt es eine unaufhaltsame Tendenz zum Versinken in den Bürgerkrieg oder kann diese Entwicklung noch aufgehalten werden? Wie ist die Kampagne „Adopt a Revolution“ (AaR), die mit „Revolutionspatenschaften“ syrische AktivistInnen unterstützen will, zu bewerten? Das sind Fragen, die wir in dieser GWR-Ausgabe im Rahmen eines Schwerpunkts diskutieren. (GWR-Red.)

Der algerische Schriftsteller Boualem Sansal hat mit seinem Roman *Das Dorf des Deutschen* Aufsehen erregt. Er beschrieb als erster arabischer Schriftsteller selbstkritisch die militärische Unterstützung durch in Algerien untergetauchte Nazis für die Befreiungsorganisation Front de Libération Nationale (FLN) in den Fünfzigerjahren, die im antikolonialen Krieg ihren Nazi-Kampf gegen Frankreich fortsetzten. (1) Innerhalb der FLN gab es einen großen Anteil jüdenfeindlicher Strömungen, während die antikoloniale Konkurrenzströmung der „Messalisten“ (sog. MNA, um Messali Hadj, von Camus unterstützt) sofort jede Kampagne abbrach, sobald sich anti-jüdische Tendenzen zeigten. Sansal erinnert an den algerischen Befreiungskrieg als Bürgerkrieg: „Wir kämpften gegen die Kolonialtruppen und gegen uns selbst, es kämpften FLN gegen MNA, Araber gegen Berber, Religiöse gegen Laizisten, und so bereiteten wir künftigem

Hass und künftigen Spaltungen schon den Boden. [...] Die Befreiung brachte keine Freiheit und Freiheiten schon gar nicht.“ (2) Sansal lebt als Schriftsteller – noch – in Algerien, seine Bücher sind dort jedoch verboten. Er ist Camusianer geblieben. Mit seiner Stimme soll hier zunächst an die Anfänge der arabischen Aufstände erinnert werden. In seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels vom 16. Oktober 2011 beschrieb er sie geradezu euphorisch: „Wir spüren alle, dass sich seit der tunesischen Jasminrevolution in der Welt etwas geändert hat. Was in der verknöcherten, komplizierten und schwarzseherischen arabischen Welt unmöglich schien, ist nun eingetreten: [...] Was derzeit geschieht, ist meines Erachtens nicht nur eine Jagd auf alte bornierte und harthörige Diktatoren, und es beschränkt sich nicht auf die arabischen Länder, sondern es kommt eine welt-

weite Veränderung auf, eine kopernikanische Revolution: Die Menschen wollen eine echte universelle Demokratie, ohne Grenzen und ohne Tabus. Die Menschen lehnen Diktatoren ab, sie lehnen Extremisten ab, sie lehnen das Diktat des Marktes ab, sie lehnen den anmaßenden und feigen Zynismus der Realpolitik ab, sie verweigern sich dem Schicksal, auch wenn jenes das letzte Wort haben mag, sie lehnen sich gegen alle Arten von Verschmutzern auf; überall empören sich die Leute und widersetzen sich dem, was dem Menschen und seinem Planeten schadet.“ (3) Sansal erinnerte in seiner Rede noch an eine weitere Friedenspreisträgerin, die nicht nur stellvertretend für den Frauenwiderstand in Algerien, sondern für die Rolle der Frauen insgesamt bei den arabischen Revolten steht: „Im Jahr 2000 wurde hier meine Landsfrau Assia Djebar geehrt, die viel für die Durchsetzung des eigentlich selbstverständlichen Gedankens getan hat, dass auch bei uns in den arabisch-muslimischen Ländern die Frau ein freies Wesen ist, und dass es ohne Frauen im Vollbesitz ihrer Freiheit keine gerechte Welt geben kann, sondern nur eine kranke, lächerliche und gehässige, die ihr Dahinsterben nicht wahrnimmt. Fortsetzung auf Seite 16

Frauenrechte und Homophobie im Iran

Interview mit der iranischen Feministin Shaghayegh Zafari

Seite 3



Shaghayegh Zafari

Foto: privat

Argentinien

Die gewaltfreie Aktion des *Escrache* im Kampf gegen Straflosigkeit von Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur

Ein großes, staatlich organisiertes Menschenrechtsverbrechen des 20. Jahrhunderts war von 1976 bis 1983 die Militärdiktatur in Argentinien.

Menschenrechtsorganisationen vermuten, dass mindestens 30.000 Menschen dem Terror der Militärs zum Opfer fielen. Seite 14 f.

Antikapitalismus

Markt und Politik. Spanien, Griechenland, Argentinien und die Mär vom „Sparen“; M31

Seite 8f.



März 2012. Solidaritätsaktion für Hanna Poddig

Foto: privat

Aus dem Inhalt

NRW-Wahl:

Linke ganz unten
Seite 2

Deutsche Flüchtlingspolitik

... und ihre tödlichen Folgen
Seite 4

Baumbesetzungen

... in Le Chefresne und im Hambacher Forst
Seite 5

Lautstarke Proteste

... im Frankfurter Flughafenterminal
Seite 6 f.

Chorprobe statt Probebohrung

Anti-Atomkraft-Aktion im Wendland
Seite 7

Geburtshilfe

– ein Tod auf Raten?
Seite 9

Von der Demokratisierung der Städte zur Sozialen Ökologie

Interview mit Dimitri Roussopoulos (2)
Seite 10

Völkermord verjährt nicht

Der deutsche Genozid in Namibia (1904-1908)
Seite 11

„Der Zapatismus hat viele libertäre Elemente“

Interviews mit Luz Kerkeling und Dorit Siemers
Seite 11 ff.

Bürgerkriegspatenschaft?

Diskussion zu Syrien und *Adopt a Revolution* (AaR)
Seite 18 ff.

„Newo Ziro – Neue Zeit“

Ein neuer Film über die Erben Django Reinhardts
Seite 22

Sing along with Derrida:

Die Stimme ist das Bewusstsein
Seite 22 f.

Lebenslaute

Die Mauer des Schweigens überwinden
Seite 24

BUKO

Kongress in Erfurt
Seite 25-28



Spendenkampagne

40 Jahre Graswurzel-revolution - wir brauchen 15.000 Euro für die Koordinationsredaktion

Die Spendenlokomotive ist ins Rollen gekommen – heizt ihr weiter ein!

Im April haben wir in der GWR Nr. 368 auf der letzten Seite einen Spendenaufruf veröffentlicht, der auch im Internet nachgelesen werden kann: <http://www.graswurzel.net/368/gwr.shtml>.

Dem sind schon einige nachgekommen, siehe unten. Ein ganz herzliches Danke an Euch! Ihr seid klasse! 10 Prozent der Strecke sind zurückgelegt. Das ist für den Anfang wunderbar. Jetzt kommt es darauf an, die Spendenlokomotive richtig in Fahrt zu bringen. Deshalb wollen wir an die vielen anderen LeserInnen appellieren: Schaufelt Kohle rüber, was immer sich auftreiben lässt. Bis zum Zielbahnhof 15.000 Euro ist noch einiges an Wegstrecke zurückzulegen. Und obwohl bis zur geplanten Ankunft am 7. September, dem Kongress (in der ESG Münster) zum 40sten GWR-Geburtstag, noch Zeit bleibt, kommt es jetzt darauf an, dem Zug den nötigen Schwung zu geben.

Bitte auch an Freundinnen, Freunde und Bekannte denken

Wir möchten noch eine andere Idee ins Spiel bringen. Nämlich die, FreundInnen und Bekannte anzusprechen. Vielleicht kennt ihr ja Leute in Eurem Umfeld, die mit einem gewissen finanziellen Polster ausgestattet sind und nichtsdestotrotz graswurzelrevolutionäres Denken bewahrt haben. Vielleicht sind das ja Leute, die aufgrund ihrer Lebensumstände die Revolution erst einmal ruhen lassen müssen, aber froh sind, dass es dieses Projekt der Hoffnung weiter gibt. Und die dann sagen: Okay, ich kann mich zwar gerade selbst nicht viel engagieren, aber dafür meinen Teil in Form einer Spende beitragen. Wenn Ihr also so Leute kennt - na dann, ihr wisst schon, die Spendenkampagne, die GWR wird 40 und ihr Koordinationsredakteur soll weiter machen können.

Wir zählen (auf) Euch.
Bis zum nächsten Mal.

Für den Graswurzelrevolution-HerausgeberInnenkreis die AG Spendenkampagne - Besalino, Helga, Heike, Horst, Lou, Knobi, Uwe

Zwischenstand, (23. April), Spenden

Achim, Reutlingen, 100
Ilka, Sankt Augustin, 30 (mtl. Dauerauftrag)
Hans-Joachim, Hannover, 30
Karola, Berlin, 250
N.N., 800
Ulfried, Dortmund, 100
Jörg, Berlin, 100
Franz, Stuttgart, 60
Dominik, Hamburg, 35
Holger, Bochum, 15
Christian, Freiburg, 50
N.N., 100
1670 Euro

Tausend Dank!

N.N. = Möchte(n) nicht öffentlich gelistet werden

Spenden:

Ihr könnt entweder via Überweisung spenden auf folgendes Konto:
Förderverein für Freiheit und Gewaltlosigkeit e.V., Kto.: 317 617 59, BLZ: 660 100 75, Postbank Karlsruhe, Spende: Spende StNr 2.2 VerzNr 615 FA HD

Oder per Post im Umschlag schicken an:
Graswurzelrevolution e.V., Straßburgerstr. 24, 10405 Berlin (Bitte „Spende 40/2000“ dazu schreiben und in der Liste der Spenden in der nächsten GWR überprüfen, ob Euer Beitrag dabei ist. Falls nicht, bitte bei uns melden).
Spenden auf das Konto des Vereins für Freiheit und Gewaltlosigkeit e.V. sind steuerlich absetzbar. Bitte schreibt auf den Überweisungsträger deutlich Eure Anschrift, da Spenden über 200 Euro (zweihundert) extra von uns für das Finanzamt bescheinigt werden müssen.
Bei Spenden unter 200 Euro reicht die Buchungsbestätigung des Kreditinstitutes, wenn unter Verwendungszweck „Spende StNr 2.2 VerzNr 615 FA HD“ angegeben wurde. Ihr könnt uns für die Spendenbescheinigung aber auch Eure Adresse per Fax: 030/54732264 oder Brief mitteilen (Höhe und Datum der Zahlung bitte nicht vergessen).



Abb.: Banksy

Editorial

Verlag Graswurzelrevolution



Ekkehart Krippendorff
Lebensfäden
Zehn autobiographische Versuche

476 S. | 24,90 Euro | ISBN 978-3-939045-19-9

Ekkehart Krippendorff, emeritierter Professor der Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin, Mitbegründer der deutschen Friedensforschung und Autor des für die Friedensbewegung der Achtzigerjahre wichtigen Buches »Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft«, hat sein Leben exemplarisch entflicht. Zeitgeschichtlich bedeutsame Fäden hat er thematisch herausgezogen und erzählt kulturgeschichtlich von den Lebensfäden Krieg, Theater, Universitäten, Nazismus, Amerika, Juden, Italien, DDR, Musik und Religion.



Michael Seidman
Gegen die Arbeit
Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936–1938
Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden
477 S. | 24,90 Euro
ISBN 978-3-939045-17-5



Walther L. Bernecker
Anarchismus und Bürgerkrieg
Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939
Mit einem aktuellen Vorwort versehene Neuauflage
390 S. | 24,80 Euro
ISBN 978-3-939045-03-9



Leo Tolstoj, Clara Wichmann, Elisée Reclus, Magnus Schwantje u. a.
Das Schlachten beenden!
Zur Kritik der Gewalt an Tieren. Anarchistische, feministische, pazifistische und linkssozialistische Traditionen
180 S. | 5 Abb. | 14,90 Euro
ISBN 978-3-939045-13-7



Findus
Kleine Geschichte des Anarchismus
Ein schwarz-roter Leitfaden – Comic
2. erw., aktualisierte Aufl.
57 S. | 7,80 Euro
ISBN 978-3-939045-14-4

„Die Bevölkerung lehnt in großen Teilen die Regierung ab“

Ein Gespräch mit der Feministin Shaghayegh Zafari über Frauenrechte und Homophobie im Iran und EU-Flüchtlingspolitik

Die Aurore Shaghayegh Zafari lebte bis vor einem Jahr im Iran. Sie engagierte sich für die Rechte von Frauen und Homosexuellen in ihrem Land. Unter anderem half sie Mädchen im Waisenheim und führte Gespräche mit Frauen im Frauengefängnis von Rasht. Nachdem sie selbst ins Visier des iranischen Regimes geriet und kurze Zeit im Gefängnis saß, flüchtete sie nach Deutschland. GWR-Redakteur Bernd Drücke und GWR-Praktikantin Monika sprachen mit ihr über die Rechte von Frauen und Homosexuellen im Iran und über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland. (GWR-Red.)

Monika: Du hast am 7. März in der Stadtteilbücherei Coerde über Frauenrechte im Iran referiert. Das war eine Auftaktveranstaltung zum Weltfrauentag. Welche Bedeutung hat der Weltfrauentag für Dich?

Shaghayegh Zafari: Der Unterschied zwischen den Situationen von Frauen in Iran und in Europa ist sehr groß. Darum sind die Bemühungen, die man in Iran für die Rechte der Frauen macht, in den Augen der hiesigen Menschen möglicherweise sehr klein. Aber nur mit kleinen Schritten und Forderungen können wir etwas erreichen.

Bernd Drücke: Wie bist Du geflohen und warum?

Shaghayegh Zafari: Ich bin in erster Linie Schriftstellerin und Dichterin. Aber wenn man in Iran lebt, dann kann man nicht nur Dichterin sein, sondern muss sich mit den Problemen der Menschen auseinandersetzen. Ich habe durch meine Arbeit als Journalistin viel über die Schwierigkeiten von Frauen und Homosexuellen in Iran erfahren. Darüber habe ich geschrieben und mich mit anderen Aktivistinnen in einer Gruppe zusammengetan. Dann bekam ich Schwierigkeiten mit den Sicherheitsbehörden und wurde eingesperrt. Nach Zahlung einer Kaution kam ich aus dem Gefängnis frei und bin ich nach Deutschland geflohen.

Monika: Hast Du Dir ausgesucht nach Deutschland zu kommen, oder hättest du auch in ein anderes Land gewollt?

Shaghayegh Zafari: Da ich illegal aus Iran ausgereist bin, ohne gültigen Pass, hatte ich keine Wahl. Asylsuchende wie ich verlassen ihre Heimat in einer sehr dramatischen und schwierigen Situation. Die meisten wissen gar nicht, wohin sie fliehen und kennen ihr Zielland nicht. Deswegen kann Asyl mit Emigration nicht wirklich gleichgesetzt werden. Ich habe mein „Zielland“ nicht gewählt, Deutschland wurde sozusagen für mich gewählt.

Bernd Drücke: Zur Situation im Iran: Du hast bei der Veranstaltung am 7. März auch darüber berichtet, wie die Situation von Homosexuellen im Iran konkret aussieht. Du hast erzählt, dass Schwule umgebracht werden, dass im Iran die Todesstrafe auf Homosexualität steht. Bei Frauen sieht das anders aus. Kannst Du das erläutern und auf die Gründe für die unterschiedliche Behandlung von Männern und Frauen eingehen?

Shaghayegh Zafari: Ich glaube, das liegt daran, dass ein Mann in dieser Gesellschaft nicht weiblich sein darf. Ein homosexueller Mann verstößt gegen die Vorstellungen von einem „richtigen“ Mann. Wir reden von einem Land mit patri-

archalischen Gesetzen! Jeder Artikel, jede Äußerung, die diese Gesetze kritisieren, werden von den staatlichen Autoritäten als Bedrohung für die Gesellschaft, für die Gesetze und die Anschauungen der Leute dieser patriarchalischen Gesellschaft aufgefasst.

Monika: Hat sich die Situation von Frauen und Homosexuellen während Deines Lebens verbessert oder hat sie sich sogar verschlechtert? Wie hat sie sich verändert?

Shaghayegh Zafari: Die Gesetze dieses Landes schützen Frauen und ihre Rechte noch immer nicht. Frauen können beispielsweise die Scheidung nicht beantragen, sondern nur der Mann. Außerdem bekommt der Mann das Sorgerecht für die Kinder und kann bestimmen, ob die Frau die Kinder sehen darf oder nicht.

Das schreckt Frauen, die sich scheiden lassen wollen, natürlich ab. Dazu kommt, dass, wenn eine Frau heiraten will, sie das nicht selbst bestimmen kann, sondern der Vater entscheidet. Genauso ist es bei dem Wohnsitz der Frau oder ihrer Arbeit: Das alles wird von der Familie bestimmt. Diese Gesetzeslage forciert die Machtposition von Männern und die Rechtlosigkeit der Frauen. Man kann sich daher kaum frei fühlen, wenn die Gesetze deiner Heimat gegen deine Menschenrechte sind. In einem System wie in Iran werden Homosexuelle immer an den Rand der Gesellschaft gedrängt bleiben. Sie haben keine Gelegenheiten über ihr Leben und ihre sexuelle Orientierung zu sprechen, oder in das öffentliche Bewusstsein zu treten. Wenn die Ideen und die Lebensart dieser Menschen verheimlicht wird, werden sie nicht nur immer eine Randgruppe bleiben, sondern auch weiterhin ignoriert. Die Gesetze des Irans sind stark homosexuellenfeindlich. Das wirkliche Leben der Homosexuellen entwickelt sich weit weg von der Gesellschaft. Sie können ihr Leben nicht einmal mit ihren Familien und Freunden teilen. Das kann zu Depressionen und anderen psychischen Problemen führen.

Bernd Drücke: Wie siehst Du die Perspektiven einer feministischen Bewegung im Iran? Wie kann die persische Gesellschaft von unten verändert werden? Siehst Du da Perspektiven? Gibt es auch außerhalb des Exils Möglichkeiten Druck von unten auszuüben?

Shaghayegh Zafari: Wir haben im Iran meiner Meinung nach sehr engagierte Feministinnen, die sich für eine Verbesserung der Situation der Frauen engagieren. Viele Frauen bemühen sich selbstständig zu werden und Arbeit zu finden, also auch finanziell unabhängig zu werden. Also, da gibt es auch positive Entwicklungen.



Shaghayegh Zafari referierte am 7. März 2012

Foto: Bernd Drücke

den. Also, da gibt es auch positive Entwicklungen.

Monika: Du bist nach Deutschland gekommen und musstest hier Asyl beantragen. Was für Mängel sind Dir im deutschen Asylrecht aufgefallen? Wie werden Flüchtlinge behandelt?

Shaghayegh Zafari: Als ich nach meiner Flucht in Deutschland angekommen bin, dachte ich, dass ich mit offenen Armen aufgenommen werde. Doch so wie man hier als Flüchtling behandelt wird, fühlt man sich nicht mehr als Mensch. Internationale Menschenrechte gelten in Deutschland nicht, wenn man Flüchtling ist. Die Unterkünfte für Asylbewerber sind verwahrlost und die Hygieneeinrichtungen in schlechtem Zustand. Die Leute können, weil sie kein Deutsch sprechen, nicht selber für sich sorgen und ihre Rechte einklagen. So lange die Asylbewerber auf die Anerkennung warten, dürfen sie den Ort, in dem sie jetzt wohnen, nicht verlassen.

Es gibt Städte, wo die Leute keine Erlaubnis bekommen, die deutsche Sprache zu lernen. Oft werden sie gezwungen, Ein-Euro-Jobs anzunehmen und bekommen nicht mal eine Wahl, welche Arbeit sie machen können. Sie müssen z.B. die Straßen reinigen, und wenn sie das nicht tun, dann wird ihnen das bisschen Geld, das sie zum Leben erhalten, gekürzt. Diese Situation von Asylbewerbern sind eine Beleidigung der Menschenrechte. Man wird zu Arbeiten gezwungen, die man nicht machen möchte oder kann. Man ist lediglich ein Mensch zweiter Klasse.

Bernd Drücke: Es ist wichtig das zu thematisieren und hier auch Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit z.B. die Residenzpflicht abgeschafft wird. Menschenwürdi-

ge Bedingungen und ein Bleiberecht für alle sind auch Ziele unserer Zeitung. Es ist auch eine Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Die meisten Menschen wissen ja gar nicht, wie die Situation von Flüchtlingen ist. Welche Chancen siehst Du, dass man die Residenzpflicht abschafft, dass man den Arbeitszwang abschafft? Hast Du eine Idee, wie und wo man ansetzen könnte?

Shaghayegh Zafari: Das Wichtigste ist, dass die Leute die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache zu lernen. Denn dann könnten sie unabhängiger sein. Sie könnten zum Arzt gehen, sie könnten sich eine Arbeitsstelle suchen. Sie könnten am gesellschaftlichen Leben in diesem Land teilhaben, und das würden sich die meisten Flüchtlinge wünschen. Aber das scheitert eben, wenn sie keinen Sprachkurs besuchen können, an der Sprachlosigkeit.

Bernd Drücke: Nochmal zum Iran: Wir haben relativ wenig Informationen über soziale Bewegungen im Iran. Mich interessiert zum Beispiel wie sich die Situation seit Beginn des Super-GAUs in Fukushima verändert hat. Gibt es viele Menschen im Iran, die gegen Atomkraft und gegen das Nuklearprogramm des Regimes sind?

Shaghayegh Zafari: Wenn man über Iran spricht, muss man zwischen der Bevölkerung und dem Regime unterscheiden. Die Bevölkerung lehnt in großen Teilen die Regierung und die Institutionen ab. Und ich bin überzeugt, dass die meisten Menschen in Iran Atomwaffen ablehnen. Die Menschen im Iran sind Freiheit liebende Menschen, die sich gegen Unge-

rechtigkeiten und für Frieden einsetzen.

Monika: Eine ganz andere Frage: Du schreibst viel und machst journalistische Arbeit. Glaubst Du, dass das etwas bewirkt und Sachen verändert?

Shaghayegh Zafari: Ich hoffe natürlich, dass meine Gedichte und Artikel Einfluss auf Iran und die Menschen dort haben. Aber sehr groß sind diese Hoffnungen nicht. Vielleicht wird es kleine Veränderungen geben, vielleicht erfahren die Menschen im Ausland, wie die Situation in Iran ist. Und es wäre schön, wenn sich diese Informationen auf die Situation in Iran und auf die Leute dort auswirken könnten.

Ich schreibe auch über die Situation von Asylanten in europäischen Ländern und möchte besonders Iraner, die glauben, wenn sie den Iran als Illegale verlassen, dann ginge es ihnen besser, über die Situation hier aufklären.

Im Iran fehlen Informationen darüber, wie schwierig es ist, wenn man als Flüchtling das Land verlässt, egal ob nach Deutschland oder in andere Länder.

Wenn ich über Homosexuelle oder Homosexualität schreibe, hoffe ich, dass die Bevölkerung und die Angehörigen von Homosexuellen verstehen, wie ein Leben von Homosexuellen in einer Gesellschaft, die sie ablehnt, ist.

Monika: Die Situation von Homosexuellen im Iran ist wesentlich dramatischer, als in Deutschland. Aber viele Menschen meinen ja, dass in Deutschland alles gut ist, dass es eine tolerante Gesellschaft ist, dass Homosexuelle respektiert werden und frei leben können. Wo siehst Du die Probleme von Homosexuellen in

Deutschland?

Shaghayegh Zafari: Ich habe auch hier viele Kontakte zu Homosexuellen und bekomme einen guten Eindruck davon, wie ihr Leben in Deutschland ist. Verglichen mit Iran ist die Situation von Homosexuellen in Deutschland gut, aber sie haben trotzdem Schwierigkeiten im gesellschaftlichen Leben. Viele Homosexuelle und Transsexuelle, die ich kennen gelernt habe, haben Probleme mit ihrem sozialen Umfeld, aber z.B. auch bei der Arbeitssuche.

Bernd Drücke: Momentan wird in den Medien spekuliert, dass die israelische Regierung unter Netanjahu noch in diesem Jahr einen Militärschlag gegen die Nuklearanlagen im Iran befehlen könnte. Viele britische und US-Kriegsschiffe befinden sich im Persischen Golf. Es ist der größte Truppenaufmarsch seit Beginn des US-Kriegs gegen den Irak. Wie schätzt Du die Situation ein?

Shaghayegh Zafari: Wenn es einen Krieg gibt, dann betrifft das natürlich besonders die Menschen in Iran und Israel. Ansonsten ist das ein Spiel der Großmächte. Es gibt Sanktionen gegen den Iran, wegen des Atomprogramms. Und das bedeutet, dass die Wirtschaft dort zusammenbricht und sich viele Menschen das Leben nicht mehr leisten können. Die politischen „Spiele“, die Regierungen überall betreiben, schaden vielen Menschen psychisch, physisch und wirtschaftlich. Diese „Spiele“ sind nichts Neues, sie werden weiter gehen und das Leben der Menschen beherrschen.

Bernd Drücke: Die Graswurzelrevolution ist Teil der internationalen Friedensbewegungen. Sie gehört zur Internationalen der Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen, der War Resisters' International (WRI), in der rund 90 Organisationen aus 45 Ländern organisiert sind. Siehst Du soziale Bewegungen im Iran, die Du als Teil der internationalen Antikriegsbewegung siehst und die man von hier aus auch unterstützen könnte?

Shaghayegh Zafari: Es gibt Dissidentengruppen im Ausland, die politisch arbeiten und Aktionen durchführen. Auch in Iran existieren viele Gruppen, die sich sozial und politisch engagieren. Oft können sie über Facebook und Internet Kontakt ins Ausland halten und deutlich machen, dass es viele Menschen in Iran gibt, die ein anderes System für ihr Land fordern, die in Freiheit leben möchten und keinen Krieg wollen.

Interview: Bernd Drücke und Monika

Übersetzung aus dem Persischen: Maryam Berger

Das Interview wurde am 26.3.2012 im Studio des Medienforum geführt und als Radio Graswurzelrevolution-Sendung im Bürgerfunk auf Antenne Münster (95,4 Mhz.) ausgestrahlt. Es ist auf www.freie-radios.net zu hören, wg. GEMA aber leider nur ohne Musik.

Shaghayegh Zafari wird während des 40 Jahre Graswurzelrevolution-Kongresses (7. - 9.9.2012 in der ESG, Breul 43, Münster) über die Situation im Iran referieren.

Nachrichten

Halil Savda ist frei

Türkischer Kriegsdienstverweigerer aus der Haft entlassen

Der türkische Kriegsdienstverweigerer Halil Savda wurde am 13. April auf Bewährung aus der Haft entlassen, berichtete amnesty international.
Ein neues Gesetz sieht vor, dass bei Haftstrafen unter einem Jahr eine vorzeitige Freilassung unter Auflagen erfolgen kann. Halil Savda war am 24. Februar 2012 festgenommen worden, um eine fünfmonatige Haft wegen „Distanzierung des Volkes vom Militär“ nach Artikel 318 des türkischen Strafgesetzbuches zu verbüßen. Das Urteil erging aufgrund seiner öffentlichen Unterstützung von zwei israelischen Kriegsdienstverweigerern. Mit der Strafandrohung des Artikels 318 werden in der Türkei kritische Äußerungen gegen das Militär strafrechtlich verfolgt. Aktive türkische AntimilitaristInnen forderten wiederholt, dass der Artikel ersatzlos aufgehoben werden muss. „Es ist ein Instrument der Unterdrückung gegen Antimilitaristen und Kriegsdienstverweigerer.“ Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union hatte die Europäische Kommission die Strafverfolgung von Meinungsäußerungen kritisiert. Halil Savda wurde nur unter Auflagen freigelassen. Er darf für die restliche Dauer der Haftstrafe seine Heimatregion in der Provinz Diyarbakir nicht verlassen, er muss sich jeden Tag bei der Polizei melden und darf nicht erneut in ähnlicher Weise straffällig werden. Die Haftstrafe endet formal am 3. Juni 2012. Gegen Halil Savda sind noch drei weitere Verfahren wegen „Distanzierung des Volkes vom Militär“ anhängig. In der Haft erhielt Halil Savda mehrere Hundert Briefe und Postkarten. Er dankt allen für die gezeigte Solidarität: „Dies war eine enorme moralische Unterstützung.“
Connection e.V. betonte, dass die Türkei nach verschiedenen Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte verpflichtet ist, die Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen. „Die Strafverfolgung von Kriegsdienstverweigerern muss endlich beendet werden“, so Rudi Friedrich für das internationale Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk. „Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht und keine Straftat. Die Türkei muss die Kriegsdienstverweigerung anerkennen und auch die Artikel aufheben, die kritische Äußerungen gegen das Militär unter Strafe stellen.“
Weitere Infos: www.Connection-eV.de

Gegen die Militarisierung der Jugend

Internationale Fachtagung, Darmstadt, Deutschland 8.-10. Juni 2012

Gemeinsam mit deutschen Partnerorganisationen organisiert die War Resisters’ International (WRI) eine internationale Fachtagung *Gegen die Militarisierung der Jugend*. Bei der Konferenz geht es nicht nur um Rekrutierung durch das Militär und Antirekrutierungsaktionen, sondern im u.a. um Militarisierung insbesondere von Jugendlichen, um die Schaffung einer Kultur und eines Wertesystems, die der Rekrutierung förderlich sind. Sie wird mit einem Schwerpunkt auf die Analyse der verschiedenen Formen der Militarisierung von Jugendlichen beginnen, und Themen aufgreifen wie z.B. Militär und öffentlicher Raum, Militainment, Militär und Bildung, Queer/Gender und Militarismus, Rekrutierung von ImmigrantInnen und Jugendlichen mit geringem Einkommen. Im zweiten Teil der Tagung verschiebt sich der Schwerpunkt auf einen Austausch zu Erfahrungen des Widerstandes.
Ein vorläufiges Programm findet sich unter <http://lwri-irg.org/de/node/14848>
Mehr Infos unter: <http://lwri-irg.org/de/militarisierungderjugend>
Anmeldung zur Fachtagung unter <http://lwri-irg.org/de/shop/militarisierungderjugend>
Zur Vorbereitung der Konferenz führt die WRI eine Umfrage durch: <http://lwri-irg.org/de/programm/militarisierungderjugend/umfrage>

„Militär gehört abgeschafft“

„Ich hätte nie geglaubt“, sagt Anton, „dass wir 10 Jahre ‚Militär gehört abgeschafft‘ feiern können“. „Und wir machen weiter!“, ergänzt Friederike. Die Beiden sprechen von dem Hördialog „Friederikes Wi(e)dersprüche“, den sie seit Mai 2002 jeden Monat unter dem Motto „Militär gehört abgeschafft!“ produzieren.
Initiative „militaer-gehoert-abgeschafft.de“

119 Sendungen sind auf der Webseite www.militaer-gehoert-abgeschafft.de dokumentiert.

Anzeige

Antifaschistisches
1info
Blatt

Nr. 94 | Frühjahr 2012

Verfassungsschutz und Rechtsterrorismus
Protokolle des Versagens, Verharmlosens, Verschleierns

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Verfassungsschutz
und Rechtsterrorismus

Protokolle des Versagens, Verharmlosens, Verschleierns

NRW-Wahl:

Linke ganz unten

Kommentar

Ach ja, die NRW-Landtagswahl findet auch noch statt.

Glaubt man der linksliberalen Presse, war die zweijährige rot-grüne Minderheitsregierung im bevölkerungsreichsten Bundesland gut für die Demokratie. Für jedes Vorhaben mussten demnach Mehrheiten im komplizierten Parteiengefüge organisiert und intensive Diskussionen geführt werden. Dies hat allerdings auch dazu geführt, dass sich die marode FDP als möglicher Mehrheitsbeschaffer für neoliberale Vorhaben aufplustern konnte. Mit der Linkspartei hatte Rotgrün nichts im Sinn. Die von Rotgrün 2005 in NRW noch beschlossene Erweiterung der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau sowie Atom-

und Urantransporte quer durch NRW sind durch eine starke Mobilisierung der außerparlamentarischen Anti-Atombewegung auf die tagespolitische Agenda gesetzt worden. Zur Schließung der UAA und zur Verhinderung der Atomtransporte hat Rotgrün nichts beigetragen, obwohl sie sich hierbei auf einen breiten demokratischen Konsens in der Gesellschaft hätten stützen können. Die frisch in den Landtag eingezogene Linkspartei hat viel Zeit damit verbracht, nervenzehrende Diskussionen über inhaltliche Haltungen bei einer möglichen Tolerierung von Rotgrün zu führen. Allerdings fuhr der rotgrüne Regierungszug durch, ohne bei den Linken anzuhalten. All der Aufwand war für die Katz! Als die Linkspartei in NRW vor gut zwei Jahren in den Landtag und in zahlreiche Kommunal-

parlamente einzog, war sie erst einmal damit beschäftigt, Büros einzurichten, SekretärInnen einzustellen, bezahlte und unbezahlte Pöstchen zu verteilen und sich im parlamentarischen Alltag zurechtzufinden. Sie verzettelte sich schnell im Rahmen der breiten parlamentarischen Themenpalette. Tagespolitisches Kleinklein sorgte für eine geeignete Beschäftigungstherapie der neuen kritischen Geister im Parlament. Diese versäumten es, konsequente Bewegungsschwerpunkte auszufüllen und alles andere links liegen zu lassen. Es wurde in NRW eine Kontaktstelle für soziale Bewegungen eingerichtet, anstatt sich selbst in erster Linie als BewegungsakteurInnen und weniger als ParlamentarierInnen zu begreifen. Schon vor etlichen Jahren forderte die NRW-Linke preisgünstige Sozialtickets für ärmere Menschen. Die phantasielose heilige Dreieinigkeit von Antrag, Presseerklärung und Infostand gewann aber erst seit einem Dreivierteljahr an bescheidener Fahrt und wird jetzt nur noch als eigennütziger Bestandteil des Wahlkampfes wahrgenommen. Als Dienstleister stellt die Linke ein halbes Dutzend umfangreicher Broschüren zum Sozialticket zur Verfügung, ohne durch eigene Aktionen (beispielsweise Aufruf zu massenhaftem Schwarzfahren an einem bestimmten Tag) das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Mitglieder der Linkspartei erweisen sich meistens als beratungsresistent, wenn sie auf ihre Fixierung auf parlamentarische Aktivitäten hingewiesen werden. Vielleicht können sie gar nicht anders. Zwischen außerparlamentarischen Aktivitäten und Parteipolitik bestehen große konzeptionelle Unterschiede. Die Einsicht, dass politische Erfolge durch große Mobilisierungen und Aktionen erkämpft werden müssen, ist zwar oft vorhanden, wird aber nicht umgesetzt. Was übrig bleibt, ist eine breitgestreute inflationäre Heimsuchung linker Newsletter mit den Phrasen „man hätte, man sollte, man könnte ...“. Aber auf Seiten der Linken selbst kann kaum jemand. Zu beschäftigt im Büro. Als vor drei Jahren die Linke mit 11,9 Prozent in den Bundestag gewählt wurde, konnte sie vor Kraft kaum mehr gehen und bot gönnerhaft den sozialen Bewegungen ihre Hilfestellung bei der Durchsetzung ihrer Forderungen an. Jetzt steckt die Partei in der Klemme und muss sogar um den Wiedereinzug in die Parlamente kämpfen. Ein tiefer, selbstverschuldeter Absturz. Aber vielleicht ist es besser so, dass sie wieder zurück auf den (roten) Teppich kommt und Gelegenheit erhält, ihr bisheriges Verhalten von Grund auf zu überdenken. Veränderung beginnt immer durch Druck von Unten!

Horst Blume

Deutsche Flüchtlingspolitik

...und ihre tödlichen Folgen. Neu erschienen: 19. aktualisierte Auflage

Die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) beschreibt seit 1993 die Folgen bundesdeutscher Flüchtlingspolitik. Über 6.000 dokumentierte Einzelgeschehnisse verdeutlichen den gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus in der BRD. Die zweibändige Chronologie umfasst den Zeitraum von 1993-2011.

Dokumentiert werden Einzelfälle, in denen Asylbewerber innen oder Menschen ohne Papiere aufgrund rassistischer Motive gesellschaftlich oder durch staatliche Legitimation körperlich zu Schaden kamen. Das sind sowohl Verletzungen und Todesfälle bei oder nach Abschiebungen, Selbstverletzungen aus Angst oder Protest gegen eine drohenden Abschiebung, als bei dem Versuch in die BRD einzureisen u.v.a.m. Nach Aussage der Initiative wird kein Anspruch auf Vollständigkeit der Zahlen erhoben, denn die Erfahrung der Recherchearbeit zeigt, dass von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden kann. Dass aufgrund von Sondergesetzen für Flüchtlinge und einem rassistischen Klima innerhalb der Gesellschaft von staatlichen Stellen nichts Positives zu erwarten ist, macht die ARI unter anderem bei dem Umgang mit Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo deutlich. Trotz massiver Proteste seitens der Zivilgesellschaft beschloss die Bundesregierung vor zwei Jahren ein Abschiebe-Abkommen mit dem Kosovo, um Abschiebungen zu forcieren. Die Flüchtlinge erwartet im Kosovo ein Leben, welches geprägt ist von antiziganistischen Zuständen ohne Aussicht auf politische und soziale Partizipation. Wider besseren Wissens

leugnet die Bundesregierung die totale Verelendung und Bedrohung der Abgeschobenen. Ebenso ignorant ist der Umgang der deutschen Behörden mit den Flüchtlingen hier. Abschiebungen werden durchgesetzt, auch wenn die Menschen krank sind und die Familien gewaltsam getrennt werden. Am 7. Dezember 2010 wurde Borka Tahiri mit ihrem Mann Ismet und dem 14jährigen Sohn Avidil in den Kosovo abgeschoben. Borka Tahiri, nach ihrer Flucht kriegstraumatisiert, war in Mayen über Jahre in therapeutischer Behandlung, weil sie an einer posttraumatischen Belastungsstörung litt. Nach ihrer Abschiebung in den Kosovo lebte sie mit ihrer Familie bei entfernten Verwandten in absoluter Armut und ohne medizinische oder psychotherapeutische Betreuung. Zwei Monate nach ihrer Abschiebung brach Borka Tahiri aufgrund einer Hirnblutung zusammen und starb am 7. Januar 2011 im Krankenhaus von Kragujevac. Am 12. April vergangenen Jahres wurde Sevlje Bengani mit ihren 4 kleinen Töchtern im Alter von ein bis vier Jahren in den Kosovo abgeschoben. Zum Zeitpunkt der Abschiebung lag der Vater der Kinder Rama Gani mit einer Lungen-Tuberkulose im Krankenhaus.

Nachdem es ihm besser ging, wurde er am 11. Juni 2011 ebenfalls abgeschoben, obwohl er weiter behandlungsbedürftig war. Nachdem Unterstützer innen die Familie im Kosovo suchten, wurde bekannt, dass sie Opfer von rassistischen Angriffen geworden waren. Dies sind nur zwei tragische Beispiele für die Folgen der deutschen Abschottungspolitik seit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Jahre 1993.

Ein Fazit

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 405 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Brände) starben mindestens 88 Menschen.

1.1.1993 bis 31.12.2011

182 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen, 2 Personen trieben in der Neiß ab und sind seither vermisst, 527 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 302 an den deutschen Ost-Grenzen, 164 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 64 Menschen in Abschiebehaft, 968 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Ab-

schiebung oder aus Protest gegen die Abschiebung oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 571 Menschen in Abschiebehaft, 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 410 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt, 32 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und 554 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr, 71 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos, 13 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen, 9 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung, 447 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 140 Flüchtlinge in Haft. 70 Flüchtlinge starben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte oder durch Gefahren in den Lagern, 829 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt, 18 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe auf der Straße und 798 Flüchtlinge wurden durch Überfälle auf der Straße verletzt.

Antirassistische Initiative Berlin

www.ari-berlin.org/doku/titel.htm



Camp Beviniere

Fotos: Eichhörnchen

Widerstand gegen Hochspannungsleitung und AKW-Neubau in Frankreich

Baumbesetzung, Strommast-Abschraube-Aktionen und mehr

„Wenn die aktiven Umweltaktivisten, die heute gegen die Atomkraft kämpfen, später auf die Idee kommen, die Hochspannungsleitungen zu bekämpfen, ist anzunehmen, dass die Situation ernst wird. Atomkraftwerke können mit Hilfe von Stacheldraht und wenn notwendig der Bereitschaftspolizei abgeschottet werden. Für die Strommasten gilt dies aber nicht“, hieß es in einem als vertraulich eingestuften geheimen Dokument vom französischen staatlichen Elektrizitätswerk EDF aus dem Jahr 1983.

Genau dies passiert heute. In die deutsche Berichterstattung hat die Nachricht den Sprung bislang nicht geschafft. Von Bedeutung für die französische Antiatombewegungen ist sie aber. Seit dem 28. März besetzt gut ein Dutzend AktivistInnen in Le Chefresne (Nieder-Normandie bei Coutances) Bäume, die an jenem Tag für eine neue Hochspannungsleitung gefällt werden sollten. Die Hochspannungsleitung geht mit dem Bau des EPR-Atomreaktors in Flamanville an der Küste einher. Die Baumbesetzung dauert an und die AktivistInnen stellen sich auf eine lange kämpferische Besetzung ein. Währenddessen gehen die Protestwanderungen an der geplanten Trasse sowie die Abschraube- und Sabotageaktionen an den sich im Bau befindlichen Strommasten weiter. Ein Kristallisierungspunkt des Antiatom-Widerstandes gegen die Neubaupolitik der Regierung sind die Stromtrassen schon seit einigen Jahren. „Lutte anti-THT“ heißt es im Französischen. THT steht für Hochspannungsleitung (HSL). In Flamanville an der Küste bei Cherbourg in der Nieder-Normandie befindet sich seit einigen Jahren ein neuer „EPR-Reaktor“ im Bau. Baustellenbesetzungen hat es auch in der Vergangenheit gegeben, es ist aber nicht einfach einen Standort zu besetzen, wo schon Atomreaktoren stehen, und der bereits eingezäunt und stark überwacht ist. Die AktivistInnen haben früh auf den Protest gegen die damit einhergehende Hochspannungsleitung gesetzt. Ich erinnere mich noch gut an die erste Hochspannungsmastbesetzung in Flamanville 2007. Ich beteiligte mich spontan da-

ran, als mich FreundInnen einluden, die über meine Kletterfähigkeiten Bescheid wussten. Beteiligung und Erfahrungsaustausch (Klettertechnik) sind wichtig im Widerstand. Es folgten weitere Besetzungen und zahlreiche Gerichtsverhandlungen. Wir besetzten damals den Strommast einer bestehenden Trasse. Symbolisch, als Zeichen der Entschlossenheit für die kommenden Jahren. Heute ist es ernst geworden: die Hochspannungsleitung Coten-tin-Maine befindet sich seit Dezember 2011 im Bau. Und der Widerstand hat sich dorthin verlagert. In unserem Prozess wegen Strommastbesetzung vorm Tribunal de Grande Instance in Cherbourg im Juni 2009 ließen wir Jean-Claude Bossard als Zeuge laden, zum Beweis der Unvereinbarkeit von Demokratie und Atomkraft. Jean-Claude Bossard ist Oberbürgermeister der commune du Chefresne und hat in dieser Funktion die Kooperation mit den Genehmigungs-

behörden im Planfeststellungsverfahren - die Genehmigung der Trasse stand im Voraus fest - abgelehnt und eine Verfügung gegen den Bau der HSL auf kommunalem Grund erlassen. Diese Verfügung wird von Paris schlicht ignoriert, Polizei und Armee rücken nun vor. Am 29. März besuchte Jean-Claude Bossard die BaumbesetzerInnen im Wald von le Chefresne. Dort haben sie sich in den Bäumen in Hängematten und auf Plattformen verschanzt. Der Wald steht der neuen Trasse im Weg und sollte an jenem Tag gefällt werden. Die Aktion der AtomkraftgegnerInnen überraschte die Polizei. Ca. 80 Beamte der Militärpolizei in voller Kampfmontur, etliche Polizeifahrzeuge und zwei Armeefahrzeuge konnten die AktivistInnen ausmachen. Sie begleiteten Baumfällarbeiter und Vermessungsbeamten im Auftrag des staatlichen Stromnetzunternehmens RTE (Réseau de transport d’électricité). Sie hatten mit Widerstand der Bevölkerung gerechnet und waren darauf eingestellt. Doch gegen die AktivistInnen in luftiger Höhe blieben sie ohnmächtig. Nach wenigen Stunden traten sie den Rückzug an. Eine Räumung innerhalb der darauf folgenden Tage wurde zunächst befürchtet. Seit dem 1.

April ist die Situation mit Beginn der Vegetationsperiode entspannter geworden, auch wenn die Polizei weiterhin im Hintergrund Präsenz zeigt und das Geschehen beobachtet. Wachsam bleiben die DemonstrantInnen auf jeden Fall. Es ist nicht gesagt, dass sich RTE an geltende Gesetze hält und bis zum nächsten Herbst wartet. Eine Sondergenehmigung für die Fällungen ist auch nicht ausgeschlossen. Der Widerstand fühlt sich durch die Aktion gestärkt und geht in die Offensive. Im Internet kursieren Unterstützungsaufrufe, Aktions- und Veranstaltungsankündigungen. Die BaumbesetzerInnen befestigen ihr Widerstandcamp und freuen sich sowohl über neue MitbewohnerInnen als auch über Materialunterstützung für ihre geplanten Baumhäuser. Am 15. April fand eine Vollversammlung der Initiativen und Gruppierungen gegen die HSL-Trasse in le Chefresne statt. Die Meldungen über weitere Aktionen des zivilen Ungehorsams reißen indes nicht ab. Oberbürgermeister weigerten sich, mit den Behörden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Anfang März zu kooperieren und erhielten Mahnungen aus Paris. SpaziergängerInnen blockieren immer wieder die Bauarbeiten vor Ort. Plakate rufen zu Sabotageaktionen auf. Die „actions de déboulonnage“ sind sehr beliebt: Strommasten, die sich noch im Baum befinden, werden abgeschraubt. In La Bazoge kippten Unbekannte Säure in die Tanks von Baustellenfahrzeugen hinein. Der Bau soll dadurch behindert und verzögert, der Widerstand sichtbar gemacht werden. Reibungen und Streit über Aktionsformen gibt es wenig. Bei keiner dieser Aktionen wurden Menschen gefährdet. Viele sind der Meinung, dass die verschiedenen Formen des Widerstandes sich ergänzen. Eichhörnchen

Mehr Informationen: www.stop-tht.org
<http://valognessstopcastor.noblogs.org/>

Nachrichten

Auf Bäume gegen Bagger

„Erinnert mich an WAA (Wackersdorf) oder Startbahn-West, nur alles etwas kleiner.... haltet durch es werden Menschen folgen (A)“, das war der erste Kommentar zum Bericht über die Waldbesetzung im Hambacher Forst auf Indymedia Linksunten.

Tatsächlich hat diese Besetzung das Potential ein Kristallisationsort der aktuellen Widerstandsbewegung zu werden, weil sie das Herz einer aktuellsten Problematik trifft - das Rheinische Braunkohlerevier als Europas Klimakiller Nummer 1. Es fing an mit einem Kulturfest im Hambacher Forst, der in den nächsten Jahren Stück für Stück gerodet werden soll, damit RWE Profite aus dem braunen Gold der darunterliegenden Kohle schlagen kann (vgl. GWR 368, S. 5). 300 Anti-Braunkohle-Aktive trafen am 14. April ein, um Sambaband, Liedermachern und Vorlesungen zu lauschen, und bei Kaffee und Kuchen über weiteren Widerstand zu debattieren. Dann stand die Verleihung der Baumpatenschaften auf dem Programm. Mit musikalischer Begleitung der Sambaband ging es durch den Wald (Szenen, die teilweise einen Hauch von Wendland hatten) und viele Aktive übernahmen für einzelne Bäume Patenschaften zum Schutz und schmückten sie mit Protestschildern. Vom Protest zum Widerstand ging es an diesem Tag durch eine direktere Form der Baumpatenschaft über. Etwa 30 Aktivist_innen hatten nämlich schon Vorbereitungen getroffen und Plattformen in 5 alte Bäume des Hambacher Forstes gezogen. Als der Pulk an diesem Ort eintraf wurde per Megaphon eine Rede aus dem Baum gehalten, in der angekündigt wurde, dass die Kletterer innen auf den Bäumen ausharren wollen, und einladen sich zu beteiligen – am Boden oder im Baum – bis RWE alleine in den Abgrund, an den sie die Erde mit ihrer Braunkohleverstromung bringen, vorWEggeht. „Natürlich nicht ganz alleine, sondern gemeinsam mit dem gesamten fossil-nuklearen Kapitalismus“, ergänzte eine Beobachterin am Boden. Zwei Tage später, zum Zeitpunkt der Abgabe dieses Artikels, ist der Teil des Hambacher Forstes noch immer besetzt. Zelte werden aufgebaut, an den Plattformen in den Bäumen gezimmert und Programm für die nächsten Tage organisiert. Das alles in einem wunderschönen Fleckchen des Frühlingswaldes, einem alten Buchen-Eichen-Habitat. „Wenn ich diesen Wald hier sehe, weiß ich, warum ich hier bin und gegen die Rodung für die Kohleindustrie kämpfe“, sagte eine Aktivistin. Diese Besetzung könnte der Anfang einer neuen Widerstandsbewegung sein, so wie einst die Bauplatzbesetzung in Gorleben, die eine, nun 30jährige Widerstandsbewegung im Wendland begründete. Auf der Waldbesetzung fiel tatsächlich gelegentlich der Spruch: „Germany’s next Wendland“, und an diesem Ort kommen viele Dinge zusammen, die in Zukunft für eine breite Bewegung sorgen könnten: Die außerordentliche internationale Relevanz für das Klima, eine lokale Betroffenheit durch den Kohleabbau (Umsiedlung, Zerstörung der Umgebung, Gesundheitsauswirkungen, die sich mit der Rodung des Waldes extrem verschärfen – der Feinstaub aus dem Tagebau ist immerhin radioaktiv) und die Zerstörung dieser wunderschönen Natur. In der Vergangenheit hat sich oft gezeigt, dass dann eine breite Bewegung entsteht, wenn Widerstand verschieden motiviert ist, unterschiedliche Protest- und Widerstandsformen zusammenkommen und nebeneinander akzeptiert werden. Diese Entwicklung sollte schnell geschehen. Es bleibt nur wenig Zeit um die Verbrennung fossiler Energieträger zu stoppen, die Abnahme der globalen Waldflächen in eine Zunahme zu verwandeln und die Verselbstständigung des Klimawandels noch zu stoppen. Es sind also alle gefragt jetzt mit der eigenen Tatkraft diese Bewegung im Aufbau zu unterstützen. Schaut einfach mal auf der Waldbesetzung vorbei, macht euch eigene Gedanken über weiteren Widerstand und kommt auf das Klimacamp, das im August in der Region stattfinden wird. Nicht nur für den weiteren Widerstand soll dieser Ort Kristallisationspunkt sein. In einer Erklärung der Besetzer_innen, die „Erste Erklärung aus dem Hambacher Forst“ genannt wurde – in Anlehnung an die „Erklärungen aus dem Lakandonischen Urwald“ der Zapatistas – heißt es: „Wir brauchen Orte, an denen Menschen selber planen, wie eine klimagerechte Zukunft aussehen soll, oder kann. Erstens weil die herrschende Politik bei der drängenden Frage des Klimawandels total versagt hat und weiter versagt. Zweitens weil Organisation von unten Spaß macht. Vielleicht könnte durch diese Besetzung hier ein solcher Ort entstehen. Eine Keimzelle einer neuen Welt im Herzen des fossil-nuklearen Kapitalismus.“

B.Setzer

Anzeigen

BAUSTOPP
DURCHSETZEN

Endlager blockieren! Noch bis 13. August 2012

gorleben365

Jetzt als Gruppe 1 Tag Blockade übernehmen.
Freie Termine auf www.gorleben365.de

gorleben365, Lange Straße 8, 29451 Dammberg, Fon 05861 / 806 95 14, Fax 05861 / 806 95 16, kontakt@gorleben365
Spendenkonto: X-tausendmal quer, Stichwort: gorleben365, Konto: 24422803, BLZ: 25861990, Volksbank Clerze

Probheft gratis
Jahresabo 9 EUR

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:

**Übernimm
mich von unten!**

Alternativökonomie als
linke Krisenantwort?

www.direkteaktion.org

Lautstarke Proteste im Flughafenterminal

Seit November 2011 protestieren jeden Montag Tausende im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens. Der Fluglärm wird den Fluggesellschaften zurückgebracht mit Trillerpfeifen, Trommeln, Rasseln und Topfdeckeln.

Mit Auflagen sollte das Lärmen unterbunden werden, doch die Ordnungspolizei scheiterte hier praktisch an der Beharrlichkeit und Wut der DemonstrantInnen. In den meisten Fällen ist der individuell erlebte Fluglärm Anlass für diese Wut.

Sie führen auf: SchülerInnen müssten mit Ohrstöpseln lernen; Kinder würden morgens um 5 Uhr von Flugzeugen geweckt; Schlafentzug und gesundheitliche Schädigungen seien an der Tagesordnung. Tatsächlich ist durch mehrere Studien belegt, dass die vom Fluglärm Betroffenen verstärkt unter erhöhtem Blutdruck, Kreislaufbelastungen, Konzentrationsstörungen, Migräne und Schlafmangel leiden und dass sie deutlich höhere Erkrankungsrisiken für Herzinfarkte, Schlaganfälle, Depressionen, Psychosen und Brustkrebs haben.

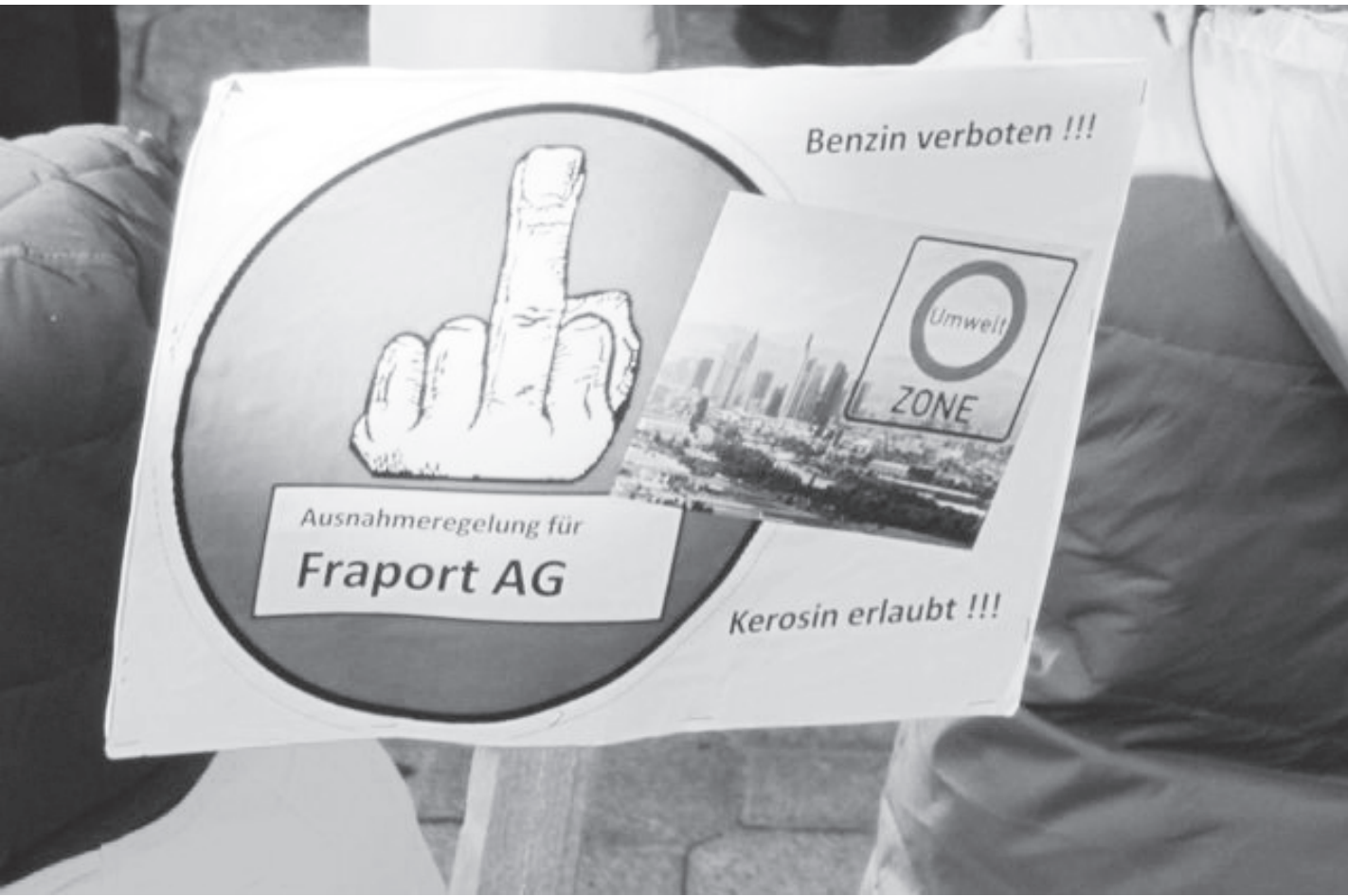
Eine geringere Lebenserwartung und höhere Medikamentenvergabe wurden festgestellt. Bei Kindern wurde ein Zusammenhang zwischen Fluglärm und diversen Entwicklungsstörungen nachgewiesen.

Denjenigen, die ihr Zuhause nicht verlassen wollen, bleibt nur noch gegen die Lärmursache anzukämpfen. Denn Schallschutz hieße ein Leben hinter Lärmschutzfenstern. Je nach Windrichtung sind Orte in Hessen, Bayern und der Nordpfalz betroffen. Die MontagsdemonstrantInnen artikulieren Forderungen, die alle entlasten sollen – dazu gehören Nachtflugverbot und Ausbaustopp (siehe Kästen).

Mobil zulasten des Klimas

Mit der ansteigenden Flugbewegungszahl wird der Fluglärm weiter zunehmen. Ebenso der CO₂-Ausstoß. Seit 1990 haben sich die klimarelevanten Emissionen des europäischen Flugverkehrs fast verdoppelt. Im letzten Herbst haben mehrere Inseln im Pazifik wegen klimatisch bedingtem Trinkwassermangel den Nationalen Notstand ausgerufen, andere denken bereits an Umsiedlung sämtlicher BewohnerInnen. Zeitgleich machen verzichtbare Kurzstreckenflüge einen wesentlichen Teil der Flugbewegungen aus. Statt mit einem Ausbaustopp die weitere Zunahme der Luftverkehrsemissionen zu verhindern, setzt die europäische Union auf Emissionshandel. Dabei erhalten die Airlines 85% der Zertifikate vom Umweltbundesamt kostenlos zugeteilt.

Weitere staatliche Förderung: die europäischen Airlines sind von der Kerosinsteuer und auf internationalen Flügen auch von der Mehrwertsteuer befreit. Diese Politik wird beibehalten, während die europäischen Staaten vorgeben gegen Schulden und die Klimakrise zu kämpfen. Statt tatsächlicher Verbesserungen wird Greenwashing betrieben. Durch die Nutzung sogenannten „Biokerosins“ versucht Lufthansa sich einen grünen Anstrich zu geben. Dass Agrarkraftstoffe in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen und damit den weltweiten Hunger verstärken, wird verdrängt. Würden die Pläne der Lufthansa und anderer Fluggesellschaften umgesetzt, wären bis



2020 etwa 3,5 Millionen Hektar (ca. die Fläche Belgiens) für den jährlichen Anbau der Energiepflanzen notwendig. Dabei ist die Verbrennung von Agrarkraftstoffen ähnlich klimaschädlich wie die herkömmlichen Kraftstoffe, hinzu kommen weitere Emissionen durch Anbau, Verarbeitung und Transport im Produktionsprozess.

Regionale Belastung

Flüge belasten die Luft mit Stickoxiden und krebserregenden Stoffen wie Benzol. Ausbauten bedeuten Flächenversiegelung. Einige AnwohnerInnen sehen sich auch durch mögliche Abstürze (z.B. durch Vogelschlag) bedroht. Diese

Angst begründet sich in Meldungen über Beinahe-Unfälle und ausfallende Warnsysteme. Besonders bedenklich ist, dass das Chemiewerk Ticona in der Flugschneise liegt. Auch das gerade 50 Km entfernte AKW Biblis könnte zum ungewollten Ziel werden. Gründe genug zu protestieren.

Ein Schildermeer im Terminal

Die Gestaltung der Montagsdemos ist so vielfältig wie die initiierten Bürgerinitiativen, innerhalb deren Bündnis überzeugte AusbauegnerInnen, die teilweise schon seit Startbahn-West-Zeiten aktiv sind, auf die neuen Lärmgeplagten treffen.

Von Seifenblasenaktionen über das gemeinsame Singen textlich angepasster Lieder bis hin zu hochgehaltenen Bändern, die Zusammenhalt symbolisieren, gab es verschiedenste Ausformungen des Protestes. Aber vor allem sind laute Sprechhöre zu hören, mit denen die Demonstrierenden z.B. fordern „Die Bahn muss weg!“ - oder auch „Bouffier muss weg!“. Zuletzt hatte der hessische Ministerpräsident im Vorfeld einer Großdemo am 04.02., bei der am Frankfurter Flughafen 20.000 Menschen zeitgleich zu weiteren Betroffenen in Berlin und München demonstrierten, den Lärmbetroffenen ohne jeden Anlass Gewalttätigkeit unterstellt.

Eine weitere Großdemo fand am 24.03. an den Flughafenstandorten in Frankfurt, München, Düsseldorf, Köln/Bonn, Leipzig/Halle und Berlin unter dem Motto „Fluglärm macht krank!“ statt. In Frankfurt wurde mit einem Protestmarsch zu Lufthansa-Basis die rücksichtslose Politik der Airline angegriffen. Die Fraport lässt Demonstrationen erst zu, seit sie 2010 durch die Verfassungsklage einer Abschiebe-Gegnerin dazu gezwungen worden war – eine Gerichtsentscheidung von der viele profitieren. Tierrechtsinitiativen protestieren im Flughafen gegen Air France KLM, das weltweit größte Transportunternehmen für Versuchstiere.

Fortsetzung nächste Seite

Der Ausbau des Flughafens zur „Airport City“

... und das Totschlagargument Arbeitsplatzbeschaffung

Seit Bau des Flughafens 1936 unter den Nationalsozialisten wird dieser immer weiter ausgebaut. Flughäfen sind Knotenpunkte des globalen Kapitalismus. Hier werden Transportketten minutiös auf schnellleibige Produktionszyklen abgestimmt. Gleichzeitig bieten die immer stärker zu sog. „Airport Citys“ ausgebauten Flughäfen mit eigener Infrastruktur, Geschäften, Hotels, Gastronomie, Kinos, Tagungsräumen für Kongresse, etc. eine weitere Plattform zur Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen. Mittlerweile erzielt die Fraport über 80% ihrer Einnahmen aus Vermietungen und Immobiliengeschäft. Mit zunehmender Nutzung von „The Sqaire“ (2011 fertiggestelltes Gebäude; 140.000 m² Fläche; eigene Postleitzahl) und Gateway Gardens (35-Hektar-Gebiet; bis 2005 US-Militärsiedlung; zukünftig „Stadtteil“ mit einem Mix aus Büros u. Läden, inkl. S-Bahn-Anschluss) werden diese Einnahmen noch steigen. Fraport-Chef Stefan Schulte beschrieb den Frankfurter Flughafen bereits 2009 als „Einkaufszentrum mit Landebahn“. Dieser ist mit jährlich 56 Mio. Passagieren (Prognose für 2012) der 9.-größte Flughafen weltweit.

Konkrete Ausbauten

Gerade finden Bodenvorbereitungsarbeiten für eine zweite A380-Halle zur Wartung von Jumbojets statt. Auch der Bau des Terminal 3 (mit nochmal 15.000 m² Einzelhandelsfläche) wird vermutlich noch dieses Jahr beginnen. 2015 soll die mit der neuen Nordwestlandebahn erreichte Kapazität von 66 Mio. Passagieren erreicht sein. 2016 soll das Terminal 3 fertiggestellt sein – dann wird Frankfurt mit 88 Mio. Passagieren möglicherweise zum 3.-größten Flughafen.

Fraport und Arbeitsplätze

Und das, obwohl neben dem gesunden Menschenverstand auch marktwirtschaftliche Indikatoren zeigen, dass grenzenloses Wachstum nicht funktioniert. Bereits 2009 meldete Lufthansa Cargo Kurzarbeit an. Im Februar stagnierten die Frankfurter Flugbewegungszahlen, im März waren sie rückläufig. Gleichzeitig entschwindet das Totschlagargument Arbeitsplatzbeschaffung. Vor dem Bau der Nordwestbahn wurden 250.000 neue Arbeitsplätze versprochen – inzwischen zeigt sich, dass trotz des massiven Ausbaus nur wenige Tausend neue Stellen hinzukamen. Bei diesen handelt es sich zum größten Teil um Umsiedlungen, wie Recherchen des ARD ergaben. Darüber hinaus plant Lufthansa derzeit einen „Teilabriss“ des Konzerns – also im Klartext Stellenstreichungen. Hinzu kommt, dass Flughafenbeschäftigte durchschnittlich weniger verdienen als Beschäftigte anderer Unternehmen in der Region. So verwundern Arbeitskämpfe – wie z.B. im Februar der Streik der Vorfeldlotsen (GdF) und im März ein Warnstreik des Bodenpersonals (Ver.di) – nicht. Auf Fluglärmemos berichtete eine Gewerkschafterin über die Verlagerung industrieller Arbeitsplätze in Billiglohnländer, die durch den Flughafen und die Möglichkeit von „just in time“-Lieferungen begünstigt würden. Das kapitalistische Interesse am reibungslosen Personen- und Güterverkehr nimmt Gesundheitschäden, Klimazerstörungen und Unmenschlichkeit in Kauf. Ohne massiven Widerstand wird der Flughafen krebsgeschwürartig weiterwuchern.



Chorprobe statt Probebohrung

Foto: Anke Schüttler, www.ankeschuettler.com

Das Wendland ist nicht irgendeine schöne ländliche Gegend. Es ist die Region, wo sich der Kampf zwischen Vernunft und Staatsraison, zwischen Ethik und Profitmaximierung so scharf und so ausdauernd wie sonst nirgendwo in der BRD äußert.

Wenn man durch die Dörfer fährt, wo fast jedes Haus und jeder Bauernhof kreativ mit den Symbolen des Kampfs gegen die Atomanlagen dekoriert ist, geht einem das Herz auf. Hier kann man, trotz der beklemmenden Anwesenheit des Brennelemente-Zwischenlagers in Gorleben, freier atmen. Günstige Voraussetzungen für eine „öffentliche Chorprobe“. Mit diesem Beitrag zur Kampagne „Gorleben365“ blockierte der Familienchor „Andere Saiten“ am 12. April die Haupteingänge des „Erkundungsberg-

werks“ in Gorleben, gleich neben dem erwähnten Zwischenlager. Wir haben uns damit in die lange Reihe kreativer Aktionen eingereiht, mit denen seit August 2011 ein Jahr lang an möglichst vielen Tagen die Endlagerbaustelle blockiert werden soll (die GWR berichtete). Schon am Ostermontag (9. April) quartierten wir uns mit 17 SängerInnen in einem Hof bei Dannenberg ein, begannen mit Proben, pinselten Transparente, erkundeten die Gegend und hängten Ankündigungs-Plaka-

te auf. Nach einem Aktionstraining, das wir bereits im März in der rheinischen Heimat absolviert hatten, wurden wir hier noch einmal von einer Aktivistin von „Gorleben 365“ über die Verhältnisse vor Ort aufgeklärt. Die „Anderen Saiten“ sind heterogen zusammengesetzt, und die basisdemokratischen Prozeduren der Konsensfindung stießen nicht von Anfang an bei allen auf Begeisterung. Am Ende herrschte Einigkeit darüber, dass auf diese Weise die richtigen Entscheidungen zustande gekommen seien; einige behaupten aber heute noch, man hätte dies auf weniger demokratischem Wege auch schneller erreichen können.

Aber die Diskussion darüber war bereits fruchtbar. – Auch libertäre Politik ist meistens ein mühsames Unterfangen. Unsere Blockade, also die „Chorprobe“, hatten wir für 12:30 Uhr mittags angekündigt. Um zu verhindern, dass der Schichtwechsel aufgrund dieser Ankündigung auf einen früheren Zeitpunkt verlegt und damit ungestört ablaufen könnte, begannen wir die Aktion aber bereits um 11:00 Uhr. Überraschenderweise richteten wir dadurch tatsächlich einige Unordnung im Berufsverkehr um die Endlager-Baustelle an, obwohl von einer Blockade der insgesamt sechs Tore und aller Zufahrtsstraßen bei 17 Aktiven ja kaum die Rede sein konnte.

Mancher Autofahrer wartete minutenlang vor unserer Blockade, bevor er die telefonische Erlaubnis von seinem Boss eingeholt hatte, einen anderen Weg zu benutzen. Ein „Blockadebrecher“ tat sich unruhlich hervor, der in seiner Blechkiste mit hoher Geschwindigkeit auf dem Grünstreifen neben der blockierten Straße an den Chormitgliedern vorbeibretterte, diese gefährdend und unsere Proviantvorräte überrollend. Abgesehen von diesem Choleriker gab es aber auch eine Reihe von Angestellten, die den Eindruck erweckten, eher auf unserer Seite zu stehen. Ein oder zwei Hände voll Aktiver aus dem Wendland schauten ab 12:30 Uhr vorbei, und die meisten probten unsere umgetexteten Stücke dann auch mit. Da gemeinsames Singen bekanntlich immer fröhlich macht und die echte Sonne sich zu unseren Anti-Atom-Sonnen gesellte, beendeten wir unsere Blockade nach vier Stunden in bester Stimmung. Am nächsten Tag gestalteten wir noch in Hitzacker eine „politische Andacht“ in der dortigen evangelischen Kirche. Über die 3000 Jahre alte anarchistische „Jotham-Fabel“ aus dem biblischen Buch der Richter wurde dort gepredigt, und einige unserer neubetexteten Choräle (und Trinklieder!) erklangen. Beim Vortrag der frisch gedichteten „Wendland-Ode“ mussten einige ZuhörerInnen, wie sie anschließend gestanden, schon die eine oder andere Träne der Rührung unterdrücken. Unser Zeichen der Solidarität scheint also angekommen zu sein. Der Text der „Wendland-Ode“ wird auf den Choralatz „Du meine Seele,

singe“ gesungen, und geht so:

*Der Widerstand im Wendland
Sportt uns schon lange an,
Wo mancher Plan sein End' fand,
Den der Atomstaat spann.
Seit fünfunddreißig Jahren
Verlässt euch nicht die Wut
Auf die Atomgefahren,
Das macht uns allen Mut.*

*Die Technokraten-Planung
Wollt' hier den großen Schlag.
Sie nannten es zur Tarnung,
O Hohn!, „Entsorgungspark“. Doch wendländische Bauern
Sind nicht so schnell verkohlt.
Statt resigniert zu trauern,
Wart ihr auf Kampf gepolt.*

*Tausendundvier: Kein Bohrloch,
Ne Freie Republik.
Da war'n wir noch kein Chor,
doch
Noch heut klingt's wie Musik!
Das Hüttendorf florierte:
Gelebte Utopie!
Auch wenn man es plante,
Vergaßen wir es nie.*

*Dann kamen die Castoren
Von Strahlung kochend heiß,
Was haben wir gefroren,
X-tausendmal am Gleis.
Ihr brachtet heißes Essen,
Traktoren standen quer,
Mit Goliath uns messen,
Fiel nur noch halb so schwer.*

*Der Salzstock von Gorleben
Taugt nicht für Strahlenmist!
Von Wasser, Gas und Beben
Er stets gefährdet ist.
Nicht tausend Jahr, nicht hundert,
Der Müll darf hier nicht rein!
–
Weil wir euch stets bewundert,
Woll'n wir heut' bei euch sein.*

www.andere-saiten.de

Fortsetzung von Seite 1

Lautstarke Proteste im Flughafenterminal

Die Stadt Flörsheim verlegte im Februar kurzerhand eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung zum Thema Fluglärm und Ausbau ins Terminal. Wenige Wochen später tagte die Fraktion der Linken im Hessischen Landtag ebenfalls im Terminal. Ein Lärmbetroffener kam in den Flughafen, um dort Mittagsschlaf zu halten – zuhause sei dies nicht mehr möglich – und rief dazu auf, es ihm gleichzutun.

Fraports Gegenoffensive

Durch die kontinuierlichen Demonstrationen unter Druck geraten, initiierte die Fraport Anfang März unter dem Motto „Ja zu Fra“ eine Jubelveranstaltung am Frankfurter Römerberg. Im Ankündigungstext hieß es, der Konzern wolle „eine differenzierte und sachliche Diskussion fördern, um die Zukunft des Frankfurter Flughafens auch weiterhin zu sichern“. Die Pro-Veranstaltung wurde durch eine über die Agentur Burson-Marsteller registrierte Domain beworben. Zu den bisherigen KundInnen der Agentur für „Krisen-Management“ zählen der Gentechnikmulti Monsanto genauso wie der Chemiekonzern Union Carbide nach der Bhopal-Katastrophe 1984 und der AKW-Hersteller Babcock & Wilcox nach der partiellen Kernschmelze 1979 in Harrisburg. Auch für die argentinische Militärjunta und den rumänischen Diktator Ceausescu betrieb Burson-Marsteller Meinungsmache. In vielen Fällen täuschte die für manipulative Methoden bekannte Agentur durch Einsatz bezahlter Demonstran-

Innen, digitale Stimmungsmache und fingierte Pressemeldungen eine Basisbewegung vor. In Anbetracht dessen, dass sich die Fraport AG mehrheitlich in öffentlicher Hand befindet, gab es besonderen Anstoß an der Zusammenarbeit mit Burson-Marsteller. Doch ganz neu scheint die Verbindung nicht zu sein – mindestens die Lufthansa AG ist seit Jahren Kundin bei Burson-Marsteller. Insider berichten, es hätte Aufforderungen an Flughafenbeschäftigte gegeben, die Anzahl der teilnehmenden Familienmitglieder schriftlich mitzuteilen. Auch die Bewerbung der Fraport-Veranstaltung im hessischen Rundfunk sorgte für Unmut, da der Sender einen Spot der Bürgerinitiativen als „politische Werbung“ abgelehnt hatte. Nach Beschwerden wurde die „Kundgebung“ der Fraport kurzerhand in „Informationsveranstaltung“ umbenannt. Auch wenn die FlughafenbetreiberInnen auf diese Weise einige Tausend Leute zusammenbekamen, wirkte die Veranstaltung – geprägt von vorgedruckten Schildern – unglaubwürdig. Während die Bürgerinitiativen die Jubelveranstaltung ignorierten, hatten sich einzelne GegendemonstrantInnen mit Nonsens-Umfragen und satirischen Schildern (z.B. „Für eine Landebahn auf der Zeil!“) unter die Flughafen-BefürworterInnen gemischt. Auf bereitgestellte Shuttlebusse reagierte eine Rednerin auf einer Fluglärmdemo am Folgetag mit der Anmerkung, die Lärmbetroffenen würden hingegen „auf eigene Kosten“ und „aus eigener Überzeugung“ demonstrieren.



„Ausreisepflichtige Fluggäste“ In das Bild der schönen neuen Fraport-Welt passen auch nicht die Abschiebungen, die Frontex regelmäßig über Frankfurt und andere Großflughäfen durchführen lässt. Betroffen sind MigrantInnen genauso wie hier geborene Menschen ohne europäischen Pass. Darüber hinaus gibt es schon lange Kritik am sog. Flughafenasylverfahren. Flüchtlinge werden dabei in einem gesonderten Abschiebegefängnis auf dem Flughafengelände festgehalten und nach einem stark verkürzten Asylverfahren, bei dem es keine reelle Chance auf Duldung gibt, wieder abgeschoben. Dieses menschen-

rechtlich besonders bedenkliche Verfahren wird inzwischen an fünf deutschen Flughäfen durchgeführt – 90 % davon in Frankfurt. Antirassistische Bewegungen protestieren seit Jahrzehnten in Flughäfen gegen die dort durchgeführten Abschiebungen. FRONTEx lässt regelmäßige Menschen abschieben. Ende März wurde an den fünf größten deutschen Abschiebe-flughäfen gegen innereuropäische Abschiebungen nach der Dublin2-Verordnung demonstriert, infolge derer die Betroffenen meist soziales Elend und äußerst bedenkliche rechtlichen und materiellen Voraussetzungen in den europäischen Randstaaten erwartet. Über die

Demonstration in Frankfurt berichten die VeranstalterInnen: „Beeindruckend war, dass mehr als ein Dutzend Leute dabei waren, die über die Fluglärmdemos mobilisiert wurden – und die gleich vorschlugen, doch jeden Freitag gegen Abschiebungen zu demonstrieren.“ In solcher Weise findet eine Vernetzung der am Flughafen demonstrierenden Bewegungen statt, die zwar noch nicht weit fortgeschritten ist, aber doch Mut macht. Dem Krebsgeschwür Flughafen setzen Menschen konkrete Forderungen entgegen: Massive Lärmreduzierung! Dauerhaftes und absolutes Nachtflugverbot! Weniger Flugbewegungen! Verlagerungen auf die Schiene!

Kerosinbesteuerung! Stilllegung der Landebahn-Nordwest! Kein weiterer Ausbau! Kein Terminal 3! Keine Airport-city! Standortlogik aus den Köpfen – Oder aber: Abschaffung des Flughafenasylverfahrens! Weg mit Dublin2! Für ein Europa, das Willkommen heißt! Vielleicht ließe sich gemeinsam ein Abschiebestopp durch Flughafenrückbau erreichen? Ganz ohne Niedriglöhne, Großkonzerne und Tierversuche.

Franziska Wittig

Infos zu Protesten und Hintergründen:
www.flughafen-bi.de

Auf dem Blog der ehemaligen WaldbesetzerInnen gegen die Nordwest-Landebahn finden sich kritische Kommentare und Blicke über den Teller- rand: <http://waldbesetzung.blogspot.de/>

Markt und Politik

Spanien, Griechenland, Argentinien und die Mär vom „Sparen“

Kapitalistischer Markt ist Politik. Nichts an ihm ist naturwüchsig, naturgesetzlich oder durch politische Entscheidungen nicht zu verändern. Diese banale Wahrheit auszusprechen erscheint heute wichtiger denn je.

Der Kulturwissenschaftler Joseph Vogel nennt den Glauben an den sich selbst und die Gesellschaft regulierenden Markt „die letzte Metaphysik der Moderne“.¹ „Ein Wettbewerbsmarkt“, schreibt die Nobelpreisträgerin für Wirtschaftswissenschaften Elinor Ostrom, „[...] ist selbst ein öffentliches Gut [...]. Ohne zugrunde liegende öffentliche Institutionen, die ihn aufrechterhalten, kann kein Markt lange existieren“.²

Wie sehr das Funktionieren eines kapitalistischen Marktes von einer ihn stützenden institutionalisierten Ordnung abhängig ist, lässt sich leicht veranschaulichen. Man stelle sich nur einmal vor, der gesetzliche Schutz des privaten Eigentums würde aufgehoben. Es gibt keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Staat und Markt. Statt dessen herrscht ein komplexes Wechselverhältnis.

Stuart Hall hat darauf hingewiesen, dass beispielsweise im thatcheristischen England die Liberalisierung der Märkte den „starken Staat“ nicht schwächte, sondern *voraussetzte*.³

Dabei sitzt die Politik – in diesem Falle idealtypisch als Mittlerin öffentlicher Interessen zu verstehen – gegenüber der Wirtschaft eigentlich immer am längeren Hebel. Sie schafft und sichert jene Verhältnisse, die zu ihrem Funktionieren notwendig sind. Den angeblich unverrückbaren Mechanismen des Marktes liegen politische Entscheidungen zu Grunde, für die Verantwortliche zu benennen sind. Wirtschaftswissenschaften sind, trotz ihrer starken Verankerung in Empirie und Mathematik, *Geisteswissenschaften*. Dies wird schon allein an der Geschwindigkeit deutlich, mit der sich ihre grundlegenden Parameter im Verlauf der letzten Jahrzehnte gewandelt haben. Nicht dem wagemutigsten Quantenphysiker wäre es eingefallen, in einem vergleichbaren Tempo Naturgesetze über den Haufen zu werfen.

Das gegenwärtig dominierende neoliberale Modell kann, so der Sozialhistoriker Edward P. Thompson, auf empirisch belastbare Grundlagen ohne nicht verweisen. Ihm zugrunde liegt (mit Adam Smith’ „Wealth of Nations“ [‘Wohlstand der Nationen’]) keine wissenschaftliche Untersuchung, sondern ein „großartiger, sich selbst bestätigender Essay über Logik“.⁴

Die öffentliche, anonymisierende Rede von den „Finanzmärkten“, die gottgleich das Schicksal der Menschen bestimmen und gegen deren Urteil es keine Berufung geben könne, ist Teil (und Bedingung) eines Mythos von „politikfernen Wirtschaftskreisläufen“, mit dessen Hilfe Verantwortlichkeiten verwischt und politische Handlungsmöglichkeiten verschleiert werden.

Die gegenwärtigen Ereignisse in Spanien und Griechenland sind hierfür ein anschauliches Beispiel. Mit ermüdender Hartnäckigkeit wird von PolitikerInnen und „Experten“ jeglicher Couleur immer wieder heruntergebetet, beide Länder müssten „sparen“, um wirtschaftlich auf

die Beine zu kommen. Dabei wird, geleitet von Milton Friedmans Monetarismus, in Wahrheit nicht ein wirtschaftliches, sondern vor allem ein *politisches* Modell durchgesetzt, das die Profite einer stetig schrumpfenden Zahl von Menschen und Einrichtungen absichern soll.

Nationale Gesellschaften werden nur mehr nach ihrer „Profitabilität“ bzw. „Solvenz“ gegenüber den Gläubigern eingeordnet. Demokratische Selbstbestimmungsrechte dagegen werden mit Füßen getreten.⁵

Die Griechenland von den Mächtigen der *Europäischen Union* (EU) offen aufgezwungenen und von Spaniens neuer konservativer Regierung jüngst „freiwillig“ verkündeten Sparmaßnahmen (vor allem im sozialen Bereich) werden die Wirtschaft beider Länder nicht stabilisieren. Sie sind im Gegenteil Teil einer Abwärtsspirale, die die griechische und spanische Volkswirtschaft noch tiefer in die Krise ziehen wird.

„Selbst die Ratingagenturen“, schreibt Herbert Schui in einem lesenswerten Beitrag für die *Blätter für deutsche und Internationale Politik*, „nennen diese Negativspirale unverblümt beim Namen. Im Mai 2010 stuft *Moody’s* Griechenland herab und begründete das mit den Risiken des Spar- und Restrukturierungsprogramms. Ähnlich argumentierte *Fitch* bei der Herabstufung Spaniens 2010: Das Sparprogramm würde das Wachstum der spanischen Wirtschaft mittelfristig dämpfen“.⁶

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Auslöser für die Schuldenkrise war nicht die „Fehlkonstruktion“ der EU, sondern eine verfehlte Steuerpolitik. Besser- und Großverdiener wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker entlastet. Dies führte jedoch nicht zu Mehrinvestitionen- und Ausgaben der so Begünstigten, sondern nur zum Anwachsen ihrer Sparguthaben.

Konsequenterweise stiegen die Staatsausgaben, um den Verlust an Steuereinnahmen zu kompensieren. Gleichzeitig führte das Sinken des Lohnanteils am Volkseinkommen zu einem Absinken der Kaufkraft, und dies wiederum zu weiteren Verlusten an Steuereinnahmen: ein Teufelskreis. Werden in ei-



Foto: Michael Schulze von Glaßer

ner solchen Situation staatliche Sozialleistungen gekürzt – eine Maßnahme, die die verlorengegangenen Steuereinnahmen ohnehin nicht ersetzen kann – wird der Abwärtstrend *beschleunigt*, anstatt sich zu verlangsamen: „Die Politik des schlanken Staates, der niedrigen Lohnkosten und der fetten Gewinne führt [...] aus zwei Gründen zwingend zu Staatsdefiziten: Erstens können die Ausgaben gar nicht in dem Umfang gesenkt werden, der für eine Entschuldung möglich wäre. Zweitens schrumpft infolge sinkender Staatsausgaben das Bruttosozialprodukt, was wiederum zu geringeren Steuereinnahmen führt. Da sich dies Jahr für Jahr wiederholt, steigt die Schuldenquote kontinuierlich an – und zwar rascher als das Bruttosozialprodukt“.⁷ Durchgesetzt werden mit einer solchen Politik ausschließlich kurzfristige Interessen der Banken in den Gläubigerländern und ein autokratisches Weisungsgefüge, in dem das Sozialleben eines Schuldnerstaates nur mehr zur Tilgung der Schulden existenzberechtigt ist. Wirtschaftlich macht die Politik des radikalen Sparens nicht den geringsten Sinn. „Mit der Austeritätspolitik“, so der emeritierte Politikwissenschaftler Elmar Altvater, „gibt es keinen Weg aus der Krise“.⁸

Was geschehen kann, wenn sich ein Land den Geboten der neoliberalen Makroorganisationen des reichen Westens und Nordens *verweigert*, beweist – paradoxerweise – Argentinien.⁹

Man möge die folgenden Ausführungen nicht als Idealisierung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und (erst recht nicht) ökologischen Situation des Landes missverstehen.

Es geht lediglich darum, zu zeigen, dass die angeblich unhintergehbaren Gesetze des Marktes, die Merkel, Sarkozy, Rösler und andere vielfältig im Munde führen, weder unhintergebar noch wirtschaftlich sind. Sie sind der Versuch, verschärfte Ausbeutung im Interesse einer globalen Minderheit langfristig sicherzustellen.

2001 war Argentinien das Armenhaus Lateinamerikas: Ein Staat, der, erdrückt von über 100 Milliarden Dollar (!) Auslandsschulden im wahrsten Sinne des Wortes Konkurs anmelden musste. Der Zusammenbruch der argentinischen Wirtschaft ging einher mit sozialen Protesten, wie man sie in dieser Wucht lange nicht mehr gesehen hatte. Die Bevölkerung der Städte schlug wutentbrannt auf ihre leeren Pfannen und Töpfe, Straßenschlachten tobten, innerhalb von 6 Wochen gaben sich 6 (!) Ministerpräsidenten die

Klinke in die Hand. „¡Que se vayan todos!“ [‘Sie sollen alle verschwinden!’] war der Schlachtruf einer Bevölkerung, die nicht länger gewillt war, Ausbeutung, Autokratismus, Gewalt, Misswirtschaft und Korruption tatenlos hinzunehmen.

2003 verweigerte der linksperonistische Präsident Nestor Kirchner schließlich jede weitere Zusammenarbeit mit dem *Internationalen Währungsfond* (IWF). 2005 unterbreitete seine Regierung den privaten Gläubigern ein Angebot: Sie sollten entweder auf 75% ihrer Ansprüche verzichten – oder völlig leer ausgehen.

Diese Zwangsumschuldung reduzierte die Auslandsschulden des Landes quasi über Nacht von 100 auf 20 Milliarden Dollar. Sie machte Argentinien aber auch zum schwarzen Schaf der internationalen Finanzmärkte – und das im Grunde bis heute. Geschadet hat das seiner Wirtschaft nicht – im Gegenteil.

Heute besitzt Argentinien eine sich selbst tragende Wirtschaft mit einem durchschnittlichen Wachstum von 7-8% Prozent. Vier Millionen Arbeitsplätze wurden unter der Regierung Kirchner geschaffen. Intensive Sozialleistungen des Staates senkten die Zahl der Armen um gut zwei Drittel – eine Entwicklung, die wiederum dem argentinischen Einzelhandel sehr zugute kommt. 3,7 Millionen Kinder armer Eltern erhalten nach wie vor eine staatliche Unterstützung von umgerechnet 45 Euro pro Monat, einzig geknüpft an die Bedingung regelmäßigen Schulbesuchs und ebensolcher Impfungen.¹⁰

Argentinien ist, bei allen Einschränkungen, ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie man einer am Boden liegenden Wirtschaft auf die Beine helfen kann, indem man soziale Ausgaben *erhöht*, statt sie zu reduzieren. Dass die Situation Argentinien mit der Spaniens oder Griechenlands nicht ohne weiteres vergleichbar ist, tut hier wenig zur Sache.

Es geht um etwas anderes: Der Widerstand gegen die Domi-

nanz einer neoliberalen Herrscherelite in Politik und Wirtschaft muss ein politischer sein. Er darf sich von angeblichen „Zwängen des Marktes“ nicht irre machen lassen.

Die im sogenannten „Washington-Konsens“ beschlossene Profitmaximierung der Gläubigerländer war eine politische Entscheidung – sie kann und muss politisch bekämpft und rückgängig gemacht werden. Es ist nicht nötig, nur auf die Wall Street zu starren.

Vor der eigenen Haustür kann politischer Druck aufgebaut, können ausbeuterische Zyklen durchbrochen und Alternativen öffentlich erprobt werden. Die rücksichtslose Ausbeutung und Zerstörung gesellschaftlicher Strukturen ist eine bewusst gemachte und vorangetriebene Politik, für die Verantwortliche zu benennen und zur Verantwortung zu *ziehen* sind. Vor allem aber ist sie eben dies: eine Politik. Die kann man ändern.

Joseph Steinbeiß

Anmerkungen:

1 Zit. n. Gebauer, Thomas, „Enthemmte Ökonomie. Über die Amoralität der herrschenden Vernunft“, in: *medico international* rundschriften 1, 2012, S. 4-5, hier S. 5.

2 Ostrom, Elinor, Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt, Tübingen (Mohr Siebeck) 1999, S. 19.

3 Vgl. Hall, Stuart, „Eine permanente neoliberale Revolution?“, in: *Das Argument* 294, Jg. 53, Heft 5, 2011, S. 651-672, hier insb. S. 657f.

4 Thompson, Edward P., „Die 'moralische Ökonomie' der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert“, in: ders., *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, ausgewählt und eingeleitet von Dieter Groh, Frankfurt/M., Berlin (Ullstein) 1980, S. 67-130, hier S. 82.

5 Zur Situation in Griechenland und Spanien vgl. u.a. Cáceres, Javier, „27 Milliarden Euro in einem Jahr. Mit beispiellosen Sparmaßnahmen will Premier Rajoy Spaniens Schuldenberg abtragen“, in: *Süddeutsche Zeitung* (SZ), 31. März/1. April 2012, S. 8; Kaimaki, Valia, „Aux banques ils donnent de l'argent, aux jeunes ils offrent...des balles“. Révolte d'une génération grecque désespérée“, in: *Le monde diplomatique*, Janvier 2009, S. 4-5.

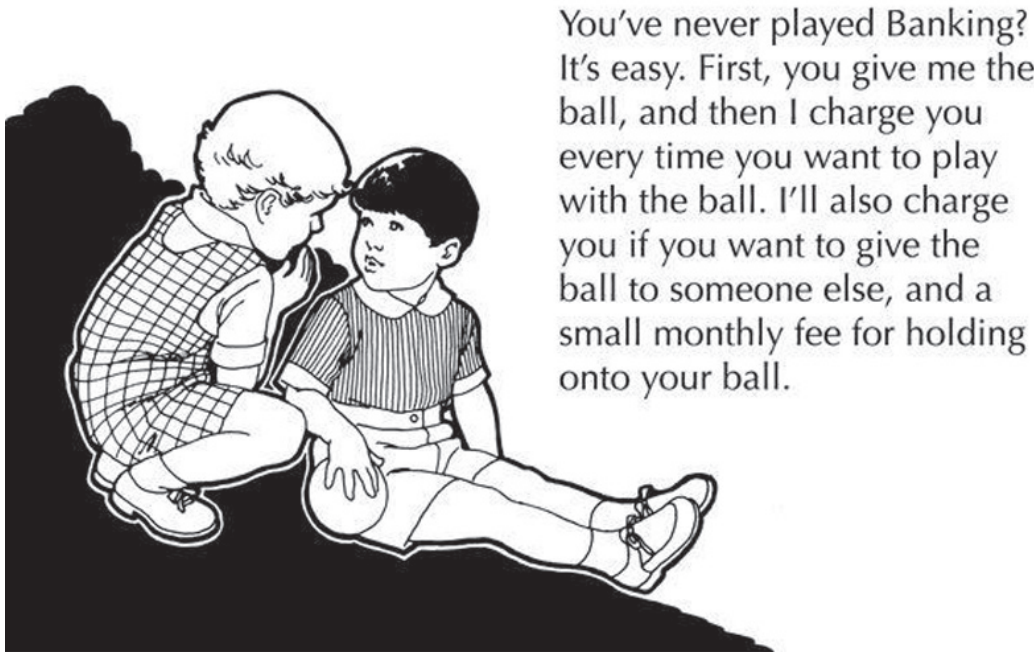
6 Schui, Herbert, „Methode Merkozy: Wie Europa zu Tode gespart wird“, in: *Blätter für deutsche und Internationale Politik*, Januar 2012, S. 66-74, hier S. 68.

7 Ebenda.

8 „Sparend in die Krise“ [Interview mit Elmar Altvater], in: *medico international*, a.a.G., S. 9-11, hier S. 10.

9 Vgl. Ling, Martin, „Erfolgsgeschichte mit Kehrseite. Argentinien's Wirtschaft prosperiert seit dem Staatsbankrott im Jahr 2001“, in: *Lateinamerika-Nachrichten* 451, Januar 2012, S. 34-38.

10 Vgl. Schulten, Johannes, „Vermeintlicher Linksruck“, in: *Lateinamerika-Nachrichten* 450, Dezember 2011, S. 21-22, hier S. 22.



M31: Den Antikapitalismus manifestieren

In der linken Subkultur hat der antikapitalistische Aktionstag M31 Wellen geschlagen (vgl. GWR 366 & GWR 367). Mit gut 6.000 Demonstrant_innen war die antikapitalistische Demo in Frankfurt/M. am 31. März gut besucht. In vielen anderen beteiligten Ländern war die Beteiligung geringer – insbesondere in Griechenland, was auch daran liegen könnte, dass dort permanent Proteste stattfinden.

Ein Punkt, den die Debatten der Linken wie auch der Mainstream-Medien fokussieren, ist die Gewalt auf der Demo. Die *Frankfurter Rundschau* fabulierte erst von der Rückkehr der Autonomen, dann benannte sie „Hooligans“ und der Frankfurter Polizeipräsident Achim Thiel zog den Vergleich zu den Protesten der 1980er gegen die Startbahn West – ein Vergleich, der nahe legen soll, dass bei solchen Protesten irgendwann auch Schüsse fallen könnten.¹

Eine Einschätzung der Gewalt fällt schwer, selbst wenn man auf der Demo war

Die Demonstrationsspitze hat außer von Hörensagen und Lautsprecherdurchsagen kaum etwas mitbekommen von dem, was in den hinteren Reihen abging. Auch, in welchem Maße und wie hoch das Gewaltpensum war, muss man letztlich aus Foren, von vermeintlichen oder tatsächlichen Augenzeug_innen und aus der Presse herausinterpretieren. Etwa das Beispiel des verletzten Kommunikationspolizisten: Die Gerüchte, ob es nur einer oder zwei waren, ob dieser eine, auf den man sich dann geeinigt hat, nun leicht verletzt ist oder auf der Intensivstation liegt und ob nun Demosanis dem Verletzten geholfen haben, laufen wirr durcheinander. Die Medienberichterstattung ist mit Vorsicht zu genießen. Sollte aber die Darstellung stimmen, dass ein Mob zu zehnt eine

unbewaffnete und ungeschützte Person angreift, diese zusammentritt und anschließend mit Reizspray attackiert, hat dies nichts mit emanzipatorischem Handeln zu tun. Der Begriff „Hooligans“ aus der FR ist, wenn die Darstellung korrekt ist, zu Recht gewählt. Es ist unverantwortlich, wenn Gewalt aus einer offenen Demonstration heraus geschieht, und es ist immer unverantwortlich, wenn bei Sachbeschädigung nicht darauf geachtet wird, ob unbeteiligte Demonstrant_innen oder gar Passant_innen im Weg stehen. Diese Art der Eskalation stimmte nicht mit dem Ansinnen der Organisator_innen überein, das stand auch nicht (wie Wolf Wetzel in einem Online-Kommentar meinte) zwischen den Zeilen.² Und es ist einfach nur infantil, Polizist_innen mit Fäkalien zu bewerfen – das entwürdigt nicht nur die Polizist_innen sondern auch jene, die wie Kleinkinder mit Scheiße um sich werfen. Das Demonstrationsziel – das Erreichen und potentiell die Besetzung der EZB-Baustelle – war unrealistisch. Die Baustelle war mit Wasserwerfern, Nato-Stacheldraht etc. gesichert wie eine Festung und wäre unerstürmbar gewesen. Weder in den Aufrufen noch in den Redebeiträgen wurde von irgendwem ein Blatt vor den Mund genommen, dass es um eine radikale Ablehnung und



M31-Demonstration in Frankfurt/M., 31. März 2012.

Foto: Michael Schulze von Glaßer

auch aktive Störung des Kapitalismus geht. Allerdings muss dies mit Inhalt gefüllt werden: Mit kaputten Glasfenstern kann man keinen Kapitalismus zerstören und mit verletzten Polizist_innen auch nicht. Die Militanz, die in Aufrufen und Redebeiträgen gemeint war, war die alltägliche Militanz in der Verteidigung und Erkämpfung sozialer Rechte.

Das Bankenviertel von Frankfurt ist kein Pariser Banlieue und auch nicht Tottenham

In den virtuellen Netzwerken ließen sich nach dem Aktionstag Stimmen hören, die beschrieben, dass es sich bei denjenigen, die mit den Riots begannen, um demonstrationsunerfahrene Krisenopfer mit Empörung gehandelt habe. Auch Leo Schneider von der Frankfurter Antifa sprach im Anschluss von einem „Ausbruch der Wut“.³ Aber: Plant man über Wochen die Anfahrt nach Frankfurt, fährt dort stundenlang mit dem Bus hin und dann bricht plötzlich die Wut aus?

Von der Demonstration zur Organisation

Es ist immerhin ein Anfang, dass 6.000 Menschen in Deutschland mit eindeutig antikapitalistischer Positionierung auf die Straße gehen. Es ging bei M31 nicht um eine Kritik lediglich des Finanzkapitalismus, nicht um eine Fokussierung auf die Krise als vermeintliche Ausnahmesituation und erst recht nicht um eine Schuldzuweisung an Banken oder Bank_innen, wie insbesondere in der Rede Jutta Ditfurths deutlich wurde.⁴ Natürlich gab es unter den Mitdemonstrierenden diese Stimmen, das lässt sich kaum vermeiden. Es ist aber positiv hervorzuheben, dass viele Medien den inhaltlichen Charakter der Demo nicht verschwiegen haben. Demos sind dazu da, um etwas zu demonstrieren, also zur Schau zu stellen oder vorzuführen. Im Spanischen wird dort etwas „manifestiert“, also sichtbar gemacht. Insofern sind es immer mediale Aktionen, die etwas, was schon vorher da war oder latent vorhanden ist, der

Öffentlichkeit verdeutlichen sollen. Und daher sind sie auch immer etwas, das strategisch und geplant eingesetzt wird und keine Orte spontaner Wut. Die fundierten Redebeiträge in Frankfurt machen deutlich, dass hier etwas Inhaltliches demonstriert werden sollte. Den systemischen Charakter der Krise, den etwa der FAU-Redner Torsten Bewernitz betonte,⁵ beschreibt im *Handelsblatt* auch der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister so. Die im selben Redebeitrag formulierten Folgen für die Staaten der Peripherie hat der US-amerikanische Ökonom James Galbraith ähnlich beschrieben. Die Eskalation in Frankfurt ist ein Zeichen dafür, dass es in Deutschland (noch) keine dezidiert antikapitalistische Organisation gibt, die aufgrund ihrer Größe und Struktur in der Lage ist, eine Demo dieser Größe in ihrem Sinne durchzuführen. Das sollte nicht missverstanden werden als Hinweis darauf, solche Demos nicht zu planen, sondern auf die Notwendigkeit einer Organisation hinweisen.

M31 war auch der Versuch, über ideologische Grenzen hinweg den Antikapitalismus zu organisieren. Mit Protesten in 40 europäischen Städten und Solidaritätskundgebungen in Moskau und New York, einem in Verbindung dazu stehenden Generalstreik in Spanien und ersten Projekten beginnt dieser Organisationsprozess erst, aber schon die Initiative darf als gelungen bezeichnet werden. Erfolgreich ist dieser Organisationsversuch erst dann, wenn er lokal, an der Basis und dezentral praktische Alltagsarbeit zum Überleben im Kapitalismus schafft und eine Perspektive für die Überwindung des Kapitalismus entwickelt – das ging noch nie von heute auf morgen.

Erik Dickmann

Anmerkungen: 1 Eine Übersicht der Presseberichterstattung findet sich auf <http://de.indymedia.org/2012/04/327996.shtml>
2 Vgl. <https://linksunten.indymedia.org/de/node/57536>
3 Vgl. <http://jungle-world.com/artikel/2012/14/45188.html>
4 www.oekolinx-arl.de/dl/dl.pdfa?download=OekoLinX-ARL_20120331-Ditfurth-Rede-M31.pdf
5 www.fau.org/artikel/art_120402-104141

Geburtshilfe – ein Tod auf Raten?

Zur Situation der freiberuflichen Geburtshilfe

Als am 5. Mai 2010 in zig Städten Hebammen auf die Straße gingen und für bessere Arbeitsbedingungen protestierten, rückten sie für kurze Zeit in den Fokus der Medien.

Empörung und Versprechen sich für Besserungen einzusetzen kamen von nahezu allen Seiten der deutschen Parteienlandschaft. Sowohl die mediale als auch parteipolitische Betroffenheit ebhte schnell ab und es fehlte ein erkennbarer Wille zur Veränderung der Situation. Wie auch andere soziale Berufe besitzt die Geburtshilfe das Manko, nicht für den Markt zu produzieren und kurzfristig verwertbare Erfolge zu erzielen und ist daher in den Zielsetzungen der Wirtschaftsstrategen und Gesundheitsmanager eine zu vernachlässigende Berufsgruppe. Aber gerade durch die außerklinische Geburtshilfe wird es Frauen ermöglicht, als aktiver Part selbstbestimmt eine Geburt zu durchleben und dies als Kraftreservoir für spätere Konflikte, vor allem in der tagtäglichen Auseinandersetzung innerhalb einer patriarchalisch geprägten Umwelt, zu nutzen. Dieser emanzipatorische Ansatz wird durch dreierlei Faktoren bekämpft: Durch den permanenten Anstieg der Kosten für die Berufshaftpflicht, eine

Gebührenerhöhung unter Inflationsniveau, sowie durch die Zentralisierung und den Wegfall der flächendeckenden Versorgung zu Gunsten wirtschaftlich rentabler Perinatalzentren

Permanenter Anstieg der Kosten für die Berufshaftpflicht

Zwischen 2003 und 2012 stieg die von Hebammen zu zahlende Haftpflichtprämie von ca. 1218 Euro auf satte 4242 Euro. Dies wird mit der Ausweitung der zeitlichen Haftungsmöglichkeit und den finanziell aufwändigeren Möglichkeiten der medizinischen Versorgung begründet. Motor hinter den jährlichen Steigerungen sind aber auch Krankenkassen, die mittlerweile ganze Regressabteilungen eingerichtet haben, die Schadensansprüche für die Kassen geltend machen sollen. „Die Steigerung der Berufshaftpflicht wirkt wie eine Dammenschraube, die unsere Arbeit nach und nach unmöglich macht“ erklärt Eva B., Hebamme im Geburtshaus Kiel. Vor allem die freiberufliche Geburtshilfe leide unter dem wirt-

schaftlichen Druck, dem sie sich neben der privaten Belastung ausgesetzt sehe. Laut Angaben des Deutschen Hebammenverbandes mussten allein nach der Erhöhung der Haftpflichtprämie 2009 10% der freiberuflichen Hebammen ihre Arbeit aufgeben – „Dies erscheint als Tod auf Raten, der politisch gewollt ist“ kommentiert Dana M., Hebamme mit 12jähriger Berufserfahrung, die sich zunehmend an den Rand der Existenz gedrängt sieht. „Um die Haftpflicht wieder ausgleichen zu können, müssen wir immer mehr Geburten betreuen, was zeitlich und in Anbetracht der körperlichen und psychischen Anstrengungen faktisch nicht möglich ist.“

Gebührenverordnung

Als sich 2007 das Gesundheitsministerium als ständiger Verhandlungspartner der für Hebammenleistung zwischen Krankenkassen und Hebammenverband ausgehandelten Gebührenverordnung mit dem Hinweis, die Hebammen seien in die Selbstverwaltung entlassen, zurückzog, zogen sie sich nur aus der Verantwortung und spielten damit den ohnehin

schon mächtigen Krankenkassen in die Hände. Die Gebührenverordnung legt fest, in welcher Höhe beispielsweise ein Hausbesuch vergütet wird oder wie viel eine Geburtshelferin für die Begleitung einer Hausgeburt bekommt. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen erpresste 2011 in den Verhandlungen eine Gebührenerhöhung um 1,98% - inflationsbereinigt also ein Minus von knapp über 0,3 %. 2012 steht bislang keine Erhöhung der Gebühren einer 15prozentigen Steigerung der Haftpflicht gegenüber. Hier sei massiver Widerstand wünschenswert, jedoch sei es durch Überbelastung schwer, eine gemeinsame Protest- und Widerstandsform zu finden, die Wirkung zeigen könnte, äußert sich Eva B. im Interview. Hier seien auch die Menschen gefragt, die Hebammenleistungen in Anspruch nehmen möchten. Es wäre begrüßenswert, wenn sich diese an den Protesten zum Hebammentag beteiligten, der Druck und die Aufmerksamkeit würden spürbar wachsen. Indes bleibt die Aussicht für die Hebammen düster: Der Stundenlohn stagniert bei ca.

7,50 Euro, die Arbeitsverdichtung verstärkt sich massiv durch explodierende Berufshaftpflichtversicherungsbeiträge und eine Petition, in der die Hebammen Sofortmaßnahmen für die Sicherung einer wohnortnahen Versorgung von Frauen mit Hebammenhilfe fordern, ist seit knapp 2 Jahren im Status der Bearbeitung. Auch die Tendenz, dass zunehmend kleine Krankenhäuser, in denen noch nicht so stark automatisierte Geburten vollzogen werden, da die Zeit vorhanden ist, Geburten einfühlsam und intensiv zu begleiten, dem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf unterworfen und geschlossen werden, ist als Gefahr für eine verantwortungsvolle Arbeit der Hebammen zu sehen. Die in kleinen Krankenhäusern oft noch gegebene eins zu eins Betreuung minimiert das Risiko eines ungewollten medikamentösen oder operativen Eingriffs während der Geburt. Wirtschaftlich rentabel ist dies jedoch nicht, da ein Krankenhaus durch operativ durchgeführte oder medikamentös eingeleitete Geburten samt Periduralanästhesie weitaus mehr als an einer natürlichen Geburt verdient.

Daher werden so genannte Perinatalzentren von der Politik forciert wie z.B. am Universitätsklinikum Schleswig Holstein (UKSH). Dass dabei die Frauen, die eine natürliche Geburt wünschen, bei der Betreuung auf der Strecke bleiben und ihnen auch die Möglichkeit genommen wird, einen alternativen Geburtsort zu wählen, erscheint zweitrangig.

Frage

Die Frage bleibt, wie diese Abwärtsspirale gestoppt werden kann und der Fokus auf die Wichtigkeit selbstbestimmter Geburt im Gegensatz zur mechanisch- medizinisch geleiteten und entmündigenden Form der Geburt im Krankenhaus gelenkt werden kann. Protest und parlamentarische Appelle erwiesen sich als nutzlos, nun geht es darum, vielfältigen Widerstand zu entwickeln, der nicht bei der Forderung nach Lohnerhöhung stehen bleibt, sondern sich gegen die Verwertbarkeit menschlichen Lebens von seinen Anfängen an stellt.

Benjamin Steilmann

Weiterführende Informationen: www.hebammenverband.de/
www.hebammen-sh.de/

Von der Demokratisierung der Städte zur Sozialen Ökologie

Interview mit Dimitri Roussopoulos (Black Rose Verlag, Montréal) - Teil 2. Fortsetzung aus GWR 368

Dimitri Roussopoulos ist Verleger von Black Rose Books in Kanada.¹ Mit ihm führte Wolfgang Haug für die GWR ein Interview, das wir in zwei Teilen veröffentlichen. Teil 1 erschien im April in der Graswurzelrevolution Nr. 368.

Wolfgang Haug: Du hast deutlich gemacht, dass für Dich die Idee des „participatory budget“ wesentlich ist. Gibt es bereits Städte, die sich dieser Idee weiter annehmen?

Dimitri Roussopoulos: Die Idee des „participatory budget“ wird in unterschiedlicher Weise aufgegriffen. Es gibt keine einheitliche Vorgehensweise, aber ein politisches Ziel: die Menschen entscheiden über die wirtschaftlichen Prioritäten ihrer Städte. Im Moment verfolgen Gruppen in 220 Städten, verteilt über die ganze Welt, diesen Ansatz. Die Herausforderung besteht momentan darin, was für ein radikaler Demokratisierungsprozess, was für ökologische Projekte in diesen Städten entwickelt werden können und sollten. Das sehe ich als Aufgabe für unsere Generation.

Kannst Du Deine Verlagsarbeit bei Black Rose Books konkret mit diesen neuen Aufgaben in Beziehung bringen?

Ja, wir publizierten ein Buch über „Participatory Democracy“, mit dem Untertitel „Demokratisiert die Demokratie“, in dem über die Rechte der Stadt, über das „participatory budget“, über konkrete Experimente derzeit in verschiedenen Städten berichtet wird. Wir veröffentlichten das von Jai Sen und Peter Waterman herausgegebene Buch „World Social Forum. Challenging Empires“ [etwa: Weltsozialforum: Die Herausforderung der herrschenden Regierungen], das die Möglichkeiten des Weltsozialforums untersucht. Die Beiträge sind von verschiedenen AutorInnen, darunter auch drei Anarchisten. Die Verlagsarbeit reflektiert die politische Arbeit und umgekehrt.

Du hast von 220 Städten gesprochen, die ähnliche Prozesse begonnen haben, gibt es bereits eine Zusammenarbeit unter diesen Städten?

Die wichtige Frage ist ja, wie können wir mehr Gelegenheiten schaffen, damit Menschen zusammenarbeiten. Das „World Urban Forum“ ein großes Treffen, das von der UN-Abteilung für Wohnen organisiert wird, bringt städtische AktivistInnen aus der ganzen Welt zusammen. Beim letzten dieser Treffen in Rio de Janeiro war ich anwesend. Es stand unter dem Motto „Das Recht der Stadt“, ursprünglich angestoßen von dem radikalen französischen Soziologen Henri Lefebvre.³ Es gibt Übereinstimmungen mit der Sozialen Ökologie Murray Bookchins; Unterschiede gibt es im Herangehen, in den analytischen Werkzeugen, aber

auch er geht zurück auf den Bürgergedanken in der Antike und über die Klassenanalyse hinaus. Die Verantwortlichkeit der Menschen soll über ihren Arbeitsplatz hinausreichen auf das gesamte Umfeld, in dem sie leben. Leben und Arbeiten stehen in enger Beziehung, sind Teil eines Ganzen.

Warum siehst Du die Stadt, besser die Demokratisierung der Stadt, so zentral als eine Perspektive für die politische Arbeit?

Sehen wir nach Europa. Es ist stark bevölkert und verstädtet. In Europa haben sich schon Ansätze entwickelt. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte leben seit 2007 weltweit die Mehrheit der Menschen in Städten. Das menschliche Leben wird mehr und mehr städtisch geprägt. Das hat bestimmte Vorteile, weil es Menschen erlaubt, in einem gemeinsamen Raum zu leben und zu arbeiten und Entscheidungen über diesen gemeinsamen Raum und die Qualität ihres Lebens zu treffen, und nicht zu trennen zwischen dem Arbeitsplatz und dem Wohnort. Die städtische Sphäre bietet mehr Gleichheit zwischen Männern und Frauen, mehr Gelegenheit zur Bildung und erlaubt mehr Individualität. Aber die Verstädterung bringt auch Umweltprobleme, wirtschaftliche Probleme und mangelhafte politische Beteiligung. Deshalb sehe ich die zunehmende Verstädterung nicht als eine Lösung, sondern als Potential für die Lösung der Sozialen Frage. Die Verstädterung stellt eine Gelegenheit für uns dar: wie können Städte, wie können Radikale in Städten effektiver werden? Wie können sie besser zusammenarbeiten, um Städte demokratischer und ökologischer zu machen?

Im stark bevölkerten Europa sind durch die EU die Nationalstaaten weniger wichtig geworden. Es gibt eine größere Bedeutung der Regionen und der Städte. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass Barcelona zum Ideengeber für die City-Charta für Menschenrechte wurde, die inzwischen von vielen Städten übernommen wurde. Auch in Deutschland haben einzelne Städte diese Charta übernommen. Dies sehe ich als eine wichtige Basis für soziale Bewegungen, wichtige und interessante Kampagnen anzustoßen. In Deutschland gibt es eine wichtige Anti-Atomkraft-Bewegung und eine relevante Antifa-Bewegung, eine der zuletzt wichtigsten Bewegungen fand mit dem Bahnprojekt Stuttgart 21 hier in Stuttgart statt. Dies belegen die Tausende, die im Widerstand gegen diese dümmliche Ausbaumaßnahme aktiv wurden. Eine Ausbaumaßnahme, die den Interessen der wirtschaftlichen Führungselite und der Bundesregierung folgt, die aber nicht auf die Interessen der Menschen eingeht, die direkt von diesem Ausbau betroffen sind. Der Widerstand ist offensichtlich der wichtigste städtische Kampf, der seit vielen Jahren in Deutschland stattgefunden hat. Und die Mobilisierung, die stattgefunden hat in dieser Auseinandersetzung, hat eine Auswirkung auf die Mobilisierung in anderen Städten, hat Auswirkungen auf die Region, auf das ganze Land und auf Europa.



An den vielfältigen Protestaktionen gegen die WTO-Tagung in Seattle im November/Dezember 1999 beteiligten sich auch viele AnarchistInnen.

Foto: Archiv

den hat. Und die Mobilisierung, die stattgefunden hat in dieser Auseinandersetzung, hat eine Auswirkung auf die Mobilisierung in anderen Städten, hat Auswirkungen auf die Region, auf das ganze Land und auf Europa.

In Zukunft müssen wir mehr darauf achten, welche Auseinandersetzungspunkte sich in den Städten entwickeln. Ich komme nochmals auf die UN und Rio de Janeiro zurück: auf diesem Treffen wurden viele dieser Kämpfe diskutiert. Parallel zu diesem offiziellen UN-Forum organisierte die Linke in Rio ein Soziales Forum der Stadt, an dem es keine Teilnehmerbeschränkung gab, so dass Hunderte an solchen Diskussionen teilnehmen konnten.

Welche Ansatzpunkte gibt es, diese Entwicklungen aus libertärer Sicht voranzutreiben und zu beeinflussen? Gibt es noch Aktive, die die Theorie der Sozialen Ökologie nach der 1999 gescheiterten zweiten Konferenz in Vermont für fähig halten, Antworten auf viele Probleme zu geben?

Die heutigen AnhängerInnen der Sozialen Ökologie diskutieren wie alles neu belebt werden kann, sie überlegen derzeit wie und wo ein europäisches Institut für Soziale Ökologie in Europa geschaffen werden kann. Mit dem Ziel in ganz Europa inhaltliche Diskussionen voranzubringen und Netzwerke aufzubauen. Und mit den Zentren in Kanada und den USA zusammenzuwirken. Wir eruieren derzeit, ob dies in Griechenland möglich wird, weil es dort einige Aktive für die Soziale Ökologie gibt.

Die Beteiligten an dem ersten Treffen veröffentlichen bereits Inhalte, die Leute aus Oslo haben eine Zeitschrift *Communism*, die Leute in Genf eine gute Website, die Griechen haben beides, das sehr gute Magazin

heißt Eutopia. Langsam werden die ersten Netzwerke aufgebaut.

Noch nicht dabei sind die Kurden. Ich habe aber erfahren, dass Kurden aus dem Umfeld der PKK die Thesen Murray Bookchins aufgegriffen haben. Da diese Entwicklung in Deutschland noch wenig bekannt ist, solltest Du dazu noch etwas sagen.

Ja, ich erinnere an die regionalen Foren im Weltsozialforum. Eine der interessantesten Regionalforen war das aus der Region Mesopotamien. Es fand in der Osttürkei in der Nähe der syrischen Grenze statt. Dort organisierten die Kurden aus der Türkei und dem Irak ein spezielles Forum und luden dazu Janet Biehl in die Türkei ein, um die Ideen Bookchins zu diskutieren. Die Kurden sind sehr an der Sozialen Ökologie interessiert und wollen eine dezentralisierte, demokratische und ökologische Gesellschaft aufbauen. Auf unserer Black Rose Website findet sich eine interessante Analyse von Janet Biehl über diese Konferenz.⁴ **Siehst Du einen Zusammenhang zwischen der zunehmenden Bedeutung der Stadt für eine basisdemokratische Bewegung und den Revolutionen und Protesten weltweit, sei es im arabischen Raum, in den USA oder Europa?**

Was seit dem letzten Jahr sehr interessant zu beobachten ist: die zahlreichen sozialen Aufstände gegen die herrschenden Systeme, in Tunesien, in Ägypten, alle begannen damit, dass in den Städten Tunis, Alexandria, Kairo von Tausenden die öffentlichen Plätze besetzt wurden, um dort den politischen und wirtschaftlichen Wechsel einzufordern. Und in Europa, die Proteste in Madrid seit dem 15. Mai 2011, in Barcelona und 50 weiteren Städten, in Athen, überall fanden einerseits tradi-

tionelle Demonstrationen statt, aber daneben wurden ebenfalls überall die öffentlichen Plätze der Stadt besetzt und zum Ausgangspunkt eines neuen demokratischen Protests gemacht, mit Versammlungen, die einen basisdemokratischen Beteiligungsprozess aller ermöglichten. Kennzeichnend sind die offenen Debatten, die Ablehnung von Parteien, die direkte Demokratie und das Ausschwärmen in die Stadtteile, um mehr Menschen zu mobilisieren. Alles unter dem Motto, „wir sind da, wir haben Versammlungen einberufen, wir besetzen die öffentlichen Plätze, wir verlangen Respekt und Beachtung.“

Und weil die Tiefe der wirtschaftlichen Krise ins Zentrum rückte, begann in den USA ab dem Sommer 2011 mit der Occupy Wallstreet eine neue Bewegung gegen die Finanzindustrie. Es begann mit einem Artikel von Kalle Lasn in der konsumkritischen Zeitschrift *Adbusters* in Vancouver Mitte Juli. Im Editorial wurde gesagt, dass diese wirtschaftliche Krise, die die Reichen reicher macht, der Mittelklasse die Luft abdrückt und die Armen ärmer macht, damit beantwortet werden soll, dass wir die Wallstreet besetzen.⁵

Adbusters schlug den 17. September, den Verfassungstag der USA dazu vor und mit der Hilfe der Internetgruppe Anonymous sprang die Idee von Ort zu Ort.

Und die Wallstreet wurde besetzt, Los Angeles wurde besetzt und viele Städte in den USA hatten ihr Occupation Movement. Auch in Städten der USA, in denen es normalerweise keine Protestbewegung gab, in denen Protest nicht der Teil der politischen Kultur war, gab es unter dem Slogan „Wir sind viele, sie sind wenige; sie sind 1%, wir sind 99%“ ein Occupation Move-

ment. Dies setzte sich wie ein Lauffeuer fort, auch zurück nach Kanada, es gab Besetzungsaktionen in Vancouver, Calgary, Edmonton, Toronto und in Montréal. Tausende waren involviert und stellten klar, dass der öffentliche Raum ihr Raum ist, dass sie hier gemeinsam Entscheidungsprozesse in Versammlungen voranbringen, dass sie eine gewaltfreie Bewegung sind. Die gesellschaftliche und politische Absicht dieser Bewegung ist noch nicht vollständig. Es ist eine unfertige städtische Revolution und möglicherweise wird sie im Frühjahr 2012 neu aufleben.

Interview: Wolfgang Haug

Anmerkung:
Die im Interview angesprochene Gründung eines Instituts für Soziale Ökologie in Griechenland hat stattgefunden. Das Transnational Institute of Social Ecology (TISE) wurde im Januar gestartet und soll sich 2012 langsam entwickeln, um im März 2013 - vermutlich auf Kreta - eine erste Konferenz und Trainingstreffen abzuhalten. Dimitri schrieb: „Das TISE wird sich der Theorie und Praxis des libertären Kommunalismus verschreiben; es wird Weiterbildungen, Trainings, Forschungen und Veröffentlichungen zu konkreter Praxis in den Städten anbieten, wie man Projekte aufzieht und eine soziale Bewegung für eine basisdemokratische und ökologische Stadt voranbringt. Das Institut hat ein Büro in Athen, die Adresse und Mailadresse:
Transnational Institute for Social Ecology, Post Office Box 62113, Chalandri, Athens 15210, Greece: tise@tise.gr@gmail.com

Anmerkungen:
1 Black Rose publiziert seit über 40 Jahren Bücher u.a. zum Anarchismus und zu sozialen Bewegungen. Zu den AutorInnen zählen u.a. George Woodcock, Sam Dolgoff, Noam Chomsky, Edward Herman, Janet Biehl und Murray Bookchin. Von den Klassikern wurde u.a. Peter Kropotkin verlegt. Einen Schwerpunkt der Verlagsarbeit bilden die Veröffentlichungen zu „urban issues“, in denen u.a. Dimitri Roussopoulos Beiträge veröffentlichte, um die Stadt zu einem öffentlichen Platz zu machen. Bücher wie „City and Radical Social Change“ oder „Public Place“ haben den Boden vorbereitet, dessen Saat 2011 vielerorts aufging.

2 Siehe: Ein wahres Fest des Widerstands. Die Blockade der WTO in Seattle, Artikel von Vivien Sharples, in: GWR 245, Januar 2000, www.graswurzel.net/245/wto.shtml

3 Anm. W.H.: vgl. z.B. Die Revolution der Städte, übers. v. Ulrike Roeckl, List, München 1972, Nachdruck Hain, Frankfurt a.M. 1990, Neuausgabe: Berlin: b books, 2003

4 www.blackrosebooks.net
5 www.vancourier.com/Adbusters+sparks+Wall+Street+protest/5466332/story.html#ixzz1nKZjnGAN

Völkermord verjährt nicht

Die Bundesregierung verweigert die Anerkennung des von deutschen Kolonialtruppen begangenen Genozids in Namibia

Auch hundert Jahre nach Beginn des Massenmords, verweigert sich die deutsche Regierung, den von deutschen Kolonialtruppen von 1904 bis 1908 begangenen Genozid in Namibia als solchen anzuerkennen. Mehrere Anläufe der letzten Jahre scheiterten. Die Debatte wurde zuletzt wieder verstärkt geführt.

Die Zahlen sind wenig strittig und sprechen in bedrückender Weise für sich. Auf bis zu 100.000 beziffert man die Zahl der Opfer, die durch den Vernichtungsbefehl der deutschen Kolonialtruppen zwischen 1904 und 1908 im damaligen Kolonialgebiet „Deutsch-Südwestafrika“, dem heutigen Namibia, umkamen. Betroffen waren die Herero, Nama, San und Damara. Mindestens zwei Drittel der damaligen Herero fielen den Kolonialherren zum Opfer.

Für ein solches Ausmaß von Tod und Gewalt gibt es einen Begriff: Genozid. Doch seit Jahren weigerten sich deutsche Regierungen, zu diesem Kapitel der Geschichte zu stehen, die Verbrechen als Völkermord anzuerkennen und um Entschuldigung zu bitten.

„Sorry seems to be the hardest Word“

Am 22. März 2012, dem internationalen Tag gegen Rassismus, versammelten sich ca. 100 Personen zu einer Presseaktion vor dem Bundestag. Ihre Botschaft hatten sie klar formuliert: Völkermord verjährt nicht! Der Grund: Einen Tag nach den Feierlichkeiten zur namibischen Unabhängigkeit am 21. März standen im deutschen Bundestag zwei Anträge zur Anerkennung des ersten deutschen Genozids im heutigen Namibia zur Entscheidung, die eine offizielle Entschuldigung und Wiedergutmachung einforderten. Namibia, welches am 21. März 1990 seine Unabhängigkeit erlangte, war die letzte Kolonie Afrikas und stand unter der

Verwaltung des Apartheid-Regimes in Südafrika.¹ Der Antrag der Linkspartei enthielt zusätzlich zum gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen Aspekte von finanzieller Entschädigung für die Nachkommen der Opfer. Christian Kopp von der Initiative Berlin Postkolonial, eine der aufrufenden Gruppen, äußerte Ende März, dass eine erneute verweigerte Anerkennung des Völkermords einer „Leugnung des Genozids“ gleich käme. SPD, Grüne und Linkspartei enthielten sich beim Antrag der jeweils anderen Antragspartei aus parteitaktischen Gründen, CDU und FDP lehnten wie bereits zuvor erwartet ab. Armin Massing vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) beklagte zuvor schon, dass es „vollkommen inakzeptabel“ sei, dass die Bundesrepublik bis heute „zu keiner formellen Bitte um Entschuldigung gegenüber den Nachfahren der Opfer bereit ist“.

Auch Opferverbände formulieren diese Kritik. Insbesondere fordern sie direkten Dialog und

direkte Zuwendung. Entwicklungshilfen würden keine spezifischen Hilfen für die Herero, welche heute noch unter den Folgen des Genozids und der Vertreibung an Armut leiden, geschweige eine Wiedergutmachung oder Anerkennung darstellen. Die namibische Regierung verweigert gesonderte Zuwendungen an einzelne Bevölkerungsgruppen aus der Entwicklungshilfe, um Konflikte in dem multiethnischen Staat zu vermeiden.

Eine fortwährende Debatte

Dennoch sorgt die Thematik seit Jahren immer wieder für Zündstoff – auf diplomatischer wie sozialgesellschaftlicher Ebene. Zuletzt war dies in Berlin bei der Übergabe von Gebeinen, die während der Kolonialzeit nach Deutschland verschleppt wurden, der Fall. Der Unmut der namibischen Delegation im September 2011 über die seit Jahren verweiger-te Entschuldigung entlud sich dort an exponierter Stelle und hinterließ ein beachtliches Medienecho. Der Druck auf die deutsche Seite wuchs und man kam in den Folgemonaten nicht umhin, sich auch mit Vertretern der Herero an einen Tisch zu

setzen und Dialogbereitschaft zu vermitteln. Dennoch blieb es dabei, dass eine Entschuldigung ausgeschlossen sei. Nachdem beide Anträge der Opposition nun abgelehnt wurden, wurde seitens des Genozid-Dialog-Komitee1904 (OCD 1904) deutlichere Worte gefunden. Über die Enttäuschung hinaus habe man erwartet, dass die konservative Mehrheit „gegen beide Anträge stimmen werde, gegründet auf den Emotionen ihrer bekannten Bündnisgeschichte mit rassistisch repressiven Regimen“ heißt es seitens des OCD 1904.

Als eine „Katastrophe“ bezeichnete der in Berlin lebende Herero Israel Kaunatjike die Weigerung der Regierung, den Genozid anzuerkennen. Dies sei „ein demütigender Schlag ins Gesicht“ so Kaunatjike in einer organisationsübergreifenden Pressemitteilung Ende März. In Namibia selbst wurde im Zuge der Auseinandersetzungen mit dem Thema bereits im Oktober letzten Jahres die Frage nach einem „Genocide Day“ aufgeworfen. Der Geschäftsführer des „Institute for Public Policy Research“ Graham Hopwood sprach sich z.B. für einen solchen Tag aus, als die Diskussion von der Königin des Hererostamms der Mbanderu im Oktober letzten Jahres angestoßen wurde.

Kontinuität der Ablehnung

Bereits im Jahr 2008 reichte die Linkspartei einen ähnlichen Antrag ein, der damals zusätzlich mit Stimmen der SPD abgelehnt wurde. Als 2004 die damalige Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul (SPD), „um Vergeltung“ bat, wurde dies im Nachhinein als persönliche und nicht als Regierungsmeinung gerade gerückt. Seit jeher ruht

man sich auf dem „Konzept der besonderen Verantwortung“, welches 1989 vom Bundestag festgehalten wurde aus. Obwohl sich die öffentliche Debatte seit Jahren auf die Meinung von Fachleuten bezieht, die den Genozid auch explizit als solchen bezeichnet, blieben die jeweiligen Regierungen in ihrer Haltung – das Wort Völkermord oder gar eine Entschuldigung für diesen kommt nicht in Frage.

Zum Repertoire der Rechtfertigungen gehört dabei auch die UN-Völkermordkonvention, die 1948 verabschiedet wurde. In Deutschland trat diese Konvention erst 1955 in Kraft und dient daher oft als bürokratischer Vorwand, der Völkermorddebatte aus dem Weg zu gehen. Sharon Otoo von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland verweist bei diesem Aspekt auf den früheren namibischen Außenminister Theo-Ben Gurirab.

Auf der Weltkonferenz in Durban 2004 stellte er die sinnvolle Frage, ob die deutsche Regierung die Benennung des Vernichtungskrieges verweigert, „weil hier Schwarze Menschen ermordet, enteignet und vergewaltigt wurden“, so Otoo. Er verwies darauf, dass auch andere von Deutschland begangene Völkermorde rückwirkend anerkannt wurden. Ebenso markant ist in der Debatte die Betonung der hohen Entwicklungshilfe für Namibia. Niema Movassat (Linkspartei) erläuterte hierzu im Bundestag, dass man den „Aspekt Wiedergutmachung“ von der Entwicklungshilfe strikt trennen müsse. Das seit Jahren begangene „Fliehen“ Deutschlands vor seiner Verantwortung verurteilt Kopp von Berlin Postkolonial „aufs Schärfste“, und spricht dabei auch für die 100 Nicht-

regierungsorganisationen aus Deutschland, die den Aufruf „Völkermord verjährt nicht!“ unterzeichneten.

Letztlich ist die Thematik seit Jahren festgefahren. Jede bisherige Regierungspolitik argumentierte ähnlich und hält Entwicklungshilfe und Konventionen als abspeisende „Argumente“ entgegen. Entschuldigungen waren im Nachhinein immer nur persönliche Meinungen. Peinlichst vermeidet man eine Entschuldigung für den ersten deutschen Genozid. Solange jedoch keine ernsthafte Entschuldigung mit der damit verbundenen historischen Verantwortung geäußert wird, ist es nur verständlich, wenn die Verbände der Herero weiterhin ihre Forderungen stellen und auch direkte Entschädigungen beanspruchen. Es geht dabei weniger um die Frage, ob man an Regierungen appellieren will, sondern um die schlichte Anerkennung einer Tatsache und das Schaffen von Fakten, denen gegenüber man sich aus fadenscheinigen Gründen entziehen möchte und damit auch die Gräueltaten ihrer Wahrnehmung und Bedeutung beraubt. Dass die Unterstützung der Forderungen aus Namibia dabei auch von von zivilgesellschaftlichen Gruppen in Deutschland weiterhin begleitet wird, würde gerade für eine gesellschaftliche Debatte außerhalb der starren Institutionen von besonderer Bedeutung sein.

Sebastien Nekyia

Anmerkungen:

1 Zum Thema siehe auch: Deutscher Kolonialismus. Geschichte und Kontinuität (Teil 1), Artikel von Markus Beinhauer und Bernd Löffler, in: GWR 293, Nov. 2004, www.graswurzel.net/293/kolonialismus.shtml; Deutscher Kolonialismus. Geschichte und Kontinuität (Teil 2), Artikel von Markus Beinhauer und Bernd Löffler, in: GWR 294, Dez. 2004

„Den Aufbau der selbstverwalteten Strukturen in Chiapas unterstützen“

Ein Interview mit Dorit Siemers vom Kaffee Kollektiv Aroma Zapatista eG

Im Mai 2012 startet ein neues selbstverwaltetes Kaffee Kollektiv in Hamburg mit dem Import und Vertrieb von zapatistischem Kaffee aus Chiapas und weiteren genossenschaftlichen Produkten. Über die Neugründung sprach Heiko Kiser mit Dorit Siemers für die GWR.



Zeichnung: Findus

GWR: Wer seid Ihr und was macht Ihr?

Dorit Siemers: Wir sind ein Kollektiv, das aus drei Frauen und einem Mann besteht. Vorher haben wir alle bei Café Libertad gearbeitet. Aufgrund von internen unauflösbaren Konflikten kam es zu einer Trennung. Nun haben wir eine neue Genossenschaft gegründet - alles ist noch ganz frisch und viel Arbeit, aber ab 2. Mai könnt Ihr bei uns zapatistischen Kaffee kaufen. Unsere Kerntätigkeit ist der Verkauf von zapatistischem Kaffee aus den rebellischen Gemeinden in Chiapas, Südmexiko. Viele Zapatistas mussten früher für Großgrundbesitzer

unter miserablen Bedingungen Kaffee ernten, nun haben sie ihre eigenen Kaffee-Anpflanzungen und Kooperativen. Oft liegen diese auf ehemaligen Ländereien der Großgrundbesitzer, die die Zapatistas im Zuge des Aufstands vertrieben haben.

Habt Ihr einen persönlichen Bezug zu den Zapatistas?

Ich interessiere mich für und begleite den Aufstieg schon von Beginn an. Gut kann ich mich noch an die Bilder vom 1. Januar 1994 in den Nachrichten erinnern. Die Mobilisierung der Zapatistas gegen Ausbeutung, Rassismus, Frauenunterdrückung und Naturzerstörung hat viele von uns begeistert. Wir wollten diese Bewegung unterstützen und haben dann eine Studiengruppe gegründet, um uns weiter mit ihrer Rebellion zu beschäftigen und um Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Daraus ist später dann die Gruppe B.A.S.T.A. geworden. **Bist Du schon in Chiapas gewesen?** Ja, ich war mehrmals für längere Zeit in Chiapas, wie auch an-

dere von unserem Kollektiv. Für mich ist Chiapas schon fast wie ein zweites Zuhause geworden. Der Aufbau der autonomen Strukturen durch die Zapatistas sind mir ans Herz gewachsen. Ich finde es bewundernswert, was die Zapatistas in der verhältnismäßig kurzen Zeit unter den repressiven Bedingungen alles aufgebaut haben. Wichtig ist mir dabei aber auch immer zu sagen, dass beim Aufbau nicht alles widerspruchsfrei ist und dort nicht alles so läuft wie sie es gerne hätten. Aber das ist, denke ich, klar. Schön ist, dass sie vorwärts gehen, manchmal langsamer und manchmal auch wieder zurück, um dann einen anderen Weg zu nehmen. Sie sprechen von „preguntando caminamos“, also „fragend schreiten wir voran“. Dieses Prinzip gefällt mir gut. Sie haben keine *Bibel*, in der die „Wahrheit“ steht und der Weg zu einer besseren Welt formuliert wird, sondern es geht vor allem ums Machen, ums Tatsachen schaffen und ums Ausprobieren. Diese undogmatische Art gefällt mir. **Sicherlich kennt Ihr auch die zapatistischen Kaffeekooperativen?** Genau, drei von uns waren be-

reits persönlich bei den Kooperativen in Chiapas. Uns ist eine kontinuierliche Kommunikation wichtig und wir legen großen Wert auf einen gleichberechtigten Austausch auf Augenhöhe. Insgesamt gibt es drei zapatistische Kaffeekooperativen, die eine Exporterlaubnis haben. Von all diesen haben wir auch Rohkaffee. Zwei von den Kooperativen sind offiziell biozertifiziert. Die dritte Kooperative hat einen eigenen ökologischen Auflagenkatalog für den Kaffeeanbau erstellt. Sie sind auf dem Wege zu einer Selbstzertifizierung. Das bedeutet für die Kooperative zum einen weitere Autonomie und weniger Kosten. Zum anderen sind deren Auflagen an die jeweiligen geografischen und klimatischen Gegebenheiten angepasst. Diesen Schritt zur Autonomie finden wir sehr unterstützenswert. Leider dürfen wir den Kaffee nicht als „Bio“ bezeichnen, sondern lediglich als natürlich angebaut.

Wir werden den Kaffee direkt von den Kooperativen kaufen, es gibt also nicht den Umweg über Zwischenhändler, die die Kaffeeanbauenden oft betrogen und ihnen nur einen geringen Preis gezahlt haben.

Gibt es in Europa weitere Grup-

pen, die Kaffee von den zapatistischen Kooperativen kaufen?

Es gibt ein europäisches Netzwerk, das sogenannte Red ProZapa, in dem Soli-Gruppen aus 9 europäischen Ländern vertreten sind, die zapatistischen Kaffee importieren. Das Red ProZapa trifft sich ein Mal im Jahr, um sich über Aktuelles bzgl. der Situation in Chiapas und in den jeweiligen Ländern auszutauschen und um die Organisation des Kaffeeimportes nach Europa abzustimmen. Außerdem wird auf den Treffen die meist jährlich stattfindende Delegationsreise zu den Kaffeekooperativen geplant.

Zurück zu Eurem Kollektiv Aroma Zapatista - kannst Du uns noch ein bisschen von Eurer Organisation erzählen?

Uns ist der Kampf für eine andere Welt wichtig - gerade auch hier vor Ort. Dazu gehört nicht nur der Aufbau des Kaffee Kollektivs, sondern wir sind darüber hinaus in unterschiedlichen Bereichen aktiv, z.B. in sozialen und autonomen Zentren, im alternativen Forschungs-, Bildungs- und Medienbereich oder auch in Wohnprojekten. Im Kollektiv arbeiten wir gleichberechtigt zusammen und treffen unsere Entscheidungen gemeinsam. Außerdem legen wir

großen Wert auf ein respektvolles Miteinander und regelmäßige Reflexionstreffen. Neben einem solidarischen Kaffeepreis sammeln wir mit dem Verkauf jedes Päckchens Kaffee Geld, welches wir den Zapatistas für Gesundheits-, Bildungs- oder andere Projekte zur Verfügung stellen. Mögliche Gewinne werden wir in die Genossenschaft investieren und es ist bedeutend für uns, den Aufbau der selbstverwalteten Strukturen in Chiapas finanziell zu unterstützen.

Wollt Ihr neben Kaffee noch andere Produkte vertreiben?

Ja, das haben wir vor. Bald wollen wir neben Kaffee und Espresso zapatistischen Zitronengrastees anbieten und eventuell auch rebellische Chilisoten. Wir werden aber nicht nur zapatistische Produkte anbieten, sondern möchten uns auch mit Projekten hier in Europa vernetzen und deren Produkte ins Sortiment aufnehmen. Und natürlich gibt's bei uns im Angebot auch etwas zum Lesen und Sehen über die zapatistische Bewegung und Lateinamerika.

Interview: Heiko Kiser

Infos und Bestellmöglichkeit: www.aroma-zapatista.de

„Der Zapatismus hat viele libertäre Elemente“

Ein Gespräch mit Luz Kerkeling (Gruppe B.A.S.T.A.): „Die autonomen Gebiete der Zapatistas, wo der Staat nicht anwesend ist, sind die sichersten Dörfer in Mexiko“

Der Soziologe Luz Kerkeling (geboren 1972) arbeitet als freier Journalist, als Referent in der Erwachsenenbildung und als Filmemacher (1). Nachdem der Aktivist der zapatistischen Gruppe B.A.S.T.A. Anfang April 2012 von einer mehrmonatigen Mexiko-Reise zurückkam, interviewten ihn Bernd Drücke, Redakteur der Graswurzelrevolution, und GWR-Praktikantin Monika. (GWR-Red.)

Monika: Was ist Zapatismus? Was verstehst Du darunter? Was sollten wir darunter verstehen?

Luz: Die Bewegung der Zapatistas lehnt sich an den Namen von Emiliano Zapata [1879 – 1919] an. Zapata war ein bäuerlich-indigener Revolutionär in der Mexikanischen Revolution. Die begann 1910, als oppositionelle Gruppen damit anfangen, den Diktator Porfirio Díaz zu stürzen. Der Aufstand gegen Díaz war der Beginn von Kämpfen, die große Teile Mexikos bis in die 1920er Jahre erfassten. Dabei wurde zum Teil auch eine echte soziale Revolution verwirklicht. Tragend für die sozialrevolutionäre Seite der Revolution war vor allem die zapatistische Bewegung, die sich auch auf die Ideen der anarchistischen Magonistas stützte, die unter der Parole *Tierra y Libertad* („Land und Freiheit“) einen indigenen Kollektivismus und libertären Sozialismus propagierten.

Zapata hat maßgeblich zum Sturz der damaligen Diktatur beigetragen. Er hat mit seinen Leuten für eine dörfliche Selbstverwaltung gekämpft. Es gab da auch viele Frauen, die gekämpft haben. Es ging Zapata nie darum, die zentrale Macht von Mexiko zu übernehmen, sondern darum, die Gesellschaft auf den Kopf zu stellen, eine Basisdemokratie aufzubauen. Die Leute sollten dort, wo sie leben, bestimmen und über ihr eigenes Schicksal entscheiden können.

Seinen Namen haben die Neozapatistas als *Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung* (EZLN) aufgegriffen, um an diese Tradition anzuknüpfen. Sie haben 1994 in Chiapas, im Südosten Mexikos, einen bewaffneten Aufstand gemacht, unter dem Motto „Ya Basta! Land und Freiheit“.

Das war eine interessante Zeit. Bei vielen Menschen herrschte nach dem Fall der Mauer und dem Niedergang des „Realsozialismus“ die Stimmung, dass der Kapitalismus sich durchgesetzt habe. Es wurde ein „Ende

der Geschichte“ behauptet, der Kapitalismus sei die einzig mögliche Wirtschafts- und Gesellschaftsform.

Genau in diesem Moment sagten die Zapatistas: „Es reicht uns! Das ist noch nicht das Ende der Geschichte. Wir wollen etwas ganz anderes: Eine Gesellschaft ohne kapitalistische Ausbeutung, Kapitalismus und patriarchale Unterdrückung.“ Die Zapatistas haben es geschafft, dass viele Großgrundbesitzer sich verkrümelten. Sie sagen nicht, „wir haben die Ländereien besetzt“, sondern „wir haben sie uns wieder angeeignet“ und haben sie an Tausende Familien verteilt. Jetzt können die Leute besser leben als zuvor. Sie haben also nicht nur politisch gekämpft, sondern auch die materiellen Bedingungen der Menschen verbessert.

Bernd: Die Zapatistas kämpfen seit 1994 im Grunde weitgehend gewaltfrei. Die EZLN setzt seitdem keine Waffen mehr ein. Kannst Du beschreiben, wie sich das entwickelt hat? Wie ist die internationale Bewegung entstanden ist? Was war die Motivation eine zapatistische Gruppe ins Leben zu rufen?

Luz: Ja, das ist wichtig, was du sagst. Seit Mitte Januar 1994 schweigen die Waffen der Zapatistas. Es ist eine sehr heterogene Bewegung. Sie ist entstanden aus urbanen Linken in den Städten und aus den Traditionen der indigenen Kämpfe vor Ort. Außerdem gab es einen gewissen Einfluss der katholischen Basiskirche, also die Strömungen der Befreiungstheologie. Und natürlich gab es noch die Kämpfe der Frauen. Diese Mischung hat dazu geführt, dass sie Abstand genommen haben von einem avantgardistischen Konzept. Weite Teile der engagierten Zivilbevölkerung Mexikos haben 1994 gesagt: „Eure Forderungen sind legitim, aber wenn ihr weiter bewaffnet kämpft, werdet ihr niedergelassen und ermordet“.

Darauf haben die Zapatistas gesagt: „Wir gehorchen der Bevölkerung, der Gesellschaft“ und beschlossen, dass sie ihre Waffen nicht mehr benutzen. Besonders interessant war auch die historische Situation, denn es schien so, als hätte sich ohne nennenswerte Widerstände global der Kapitalismus durchgesetzt, auch ideologisch. Die Zapatistas haben gesagt, die politischen und ökonomischen Eliten seien längst gut vernetzt und wir müssten uns als Linke von unten neu vernetzen. Aus diesem Kontext ist dann ein Netzwerk entstanden, nach dem Motto „wir müssen eine Internationale der Hoffnung bilden“. Es war nicht marxistisch, leninistisch, maoistisch orthodox, sondern ein buntes Gewebe von Leuten, die zusammen gekommen sind. Essenziell war das *Intergalaktische Treffen gegen Neoliberalismus und für die Menschheit* 1996, das im Aufstandsgebiet der Zapatistas stattfand.



Luz Kerkeling.

Foto: Bernd Drücke

Da sind Tausende in ein Aufstandsgebiet gereist, wurden von der mexikanischen Armee kontrolliert, aber weil die Sympathie so groß war, mussten die Leute durchgelassen werden. Da haben Menschen miteinander gesprochen, die das sonst wahrscheinlich nie getan hätten. Das gilt als einer der Gründungsmythen der globalisierungskritischen Bewegung.

Bernd: Du warst gerade wieder mehrere Monate in Mexiko, hast Mexiko oft bereist und dort gute Kontakte. Wie sind Deine Eindrücke von der Entwicklung der zapatistischen Bewegung? Wie sieht es konkret in den zapatistischen Gemeinden aus?

Luz: Mexiko ist ein extrem vielfältiges Land. Es gibt große Unterschiede im Alltagsleben. Wir hören ja im Moment hauptsächlich etwas vom Drogenkrieg. Das ist berechtigt, weil sich dieser Aspekt des aggressiven militaristischen Kapitalismus einerseits wegen der krisenhaften Situation in Mexiko so breit machen konnte und andererseits aufgrund von außenpolitischen Aspekten. Die USA haben Kolumbien mit einem Angriffskrieg überzogen. Daraufhin sind viele Drogenkartelle ausgewichen und werden durch die mexikanischen Narcos vertreten.

Aber: Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die autonomen Gebiete der Zapatistas, wo der Staat im Prinzip nicht anwesend ist, die sichersten Dörfer im ganzen Land sind. Das korrespondiert auch mit den Menschenrechtsberichten. Dazu kommt noch, dass die zapatistischen Frauen – auch gegen den Widerstand ihrer eigenen Genossen – ein Alkohol- und Drogenverbot durchsetzen konnten. Sie sind immer noch eine disziplinierte Bewegung. Das führt dazu, dass die Situa-

tion eigentlich „tranquilo“, ruhig ist.

Es handelt sich um eine Massenbewegung, die es geschafft hat, Fortschritte im Bereich Gesundheit, Bildung und Frauenbeteiligung zu erreichen, allen internen Widersprüchen und autoritären Ausfällen der zapatistischen Armee zum Trotz. Auch als Soziologe ist es für mich fast ein Wunder, dass die Bewegung überhaupt noch existiert: Ob der militärischen Umzingelung, ob des ganzen Geldes, mit dem die Menschen auch immer wieder korumpiert werden und aus der Bewegung rausgekauft werden sollen.

Bernd: Du hast ein Standardwerk zum Thema Zapatismus geschrieben: „La Lucha Sigue! [Der Kampf geht weiter!], das 2006 in zweiter Auflage im Unrast Verlag erschienen ist. Momentan schreibst Du an einer Doktorarbeit zum Thema. Was würdest Du sagen, was der Zapatismus seit 1994 für die Bevölkerung und besonders auch für die Frauen gebracht hat?

Luz: Ich glaube, das Wichtigste ist, dass die zapatistische Bewegung eine Alltätigkeit des Widerstandes partizipativ produziert. Die Jugendlichen und auch die Frauen werden stark in die Organisation einbezogen. Es gibt eine dörfliche Selbstverwaltung. Mehrere Dörfer schließen sich in autonomen Landkreisen zusammen. Diese schließen sich wiederum in einer Zone zusammen. Von diesen Zonen gibt es fünf. Dort gibt es jeweils einen „Rat der guten Regierung“ – so nennen sie das in Abgrenzung zur offiziellen, schlechten Regierung. Da werden dann Bauern und Bäuerinnen eingesetzt. Da geht es nicht um Kader oder Politikkommissare, sondern es sind wirklich die Leute, die da arbeiten, die dann auch in der Regel nach einer Woche wieder zu-

rück auf ihr Feld gehen. Das führt dazu, dass erfolgreich vermieden wird, eine neue politische Klasse zu etablieren. Es sollen möglichst viele Menschen lernen, die Selbstverwaltung auszuüben.

Das geht auf indigene Traditionen zurück, auch auf verschiedene linke Strömungen, nicht zuletzt auf die anarchistischen Strömungen um die Brüder Flores Magón.

Die Situation der Frauen ist interessant. Es ist ja nicht nur in Deutschland so, dass wir unter einem Patriarchat leiden, und natürlich besonders die Frauen, sondern in Mexiko ist es noch einmal heftiger. In den indigenen Gemeinden gibt es stark verwurzelte autoritäre Traditionen. Aber die zapatistischen Frauen konnten ein revolutionäres Frauengesetz durchsetzen, was sich in unseren Ohren vielleicht ein bisschen „reformistisch“ anhört, weil es geht darum; wir haben die gleichen Pflichten und die gleichen Rechte, aber auch in anderen Regionen Südmexikos ist ganz klar festzustellen, dass sie wirklich weit vorne sind.

Und wenn wir uns alle an die eigene Nase fassen: Wie lange hat es gedauert, hier ein bisschen in Richtung Geschlechtergerechtigkeit vorwärts zu kommen?!

Monika: Du hast ja erzählt, dass die Zapatistas am Anfang bewaffnet gekämpft haben. Glaubst Du, dass sie die Aufmerksamkeit der mexikanischen Bevölkerung auch erlangt hätten, wenn sie von vornherein unbewaffnet gekämpft hätten?

Luz: Ich glaube, dass das schon ein Faktor war, dass sie den mexikanischen Staat herausgefordert haben. Wir müssen uns aber klar machen, dass Chiapas bis heute quasi ein feudalistischer Bundesstaat ist. Also, es gibt Großgrundbesitzer

– auch deutscher Abstammung – und die hatten die Leute völlig unterworfen. Es gab so ekelhafte Sachen, wie das „Recht der ersten Nacht“, d.h., bevor die jungen Frauen geheiratet haben, hatte der Großgrundbesitzer de facto das Recht, sie zu vergewaltigen. Das sind Gründe, die verständlich machen, warum die Leute gesagt haben: „Das reicht uns! Wir können das nicht nur mit Slogans machen, sondern wir müssen die Leute wirklich enteignen und entmachten.“ Den Zapatistas ist es weitgehend ohne Blutvergießen gelungen, die Großgrundbesitzer zu verjagen und ihre Macht zu brechen. Gleichwohl wurden die Großgrundbesitzer von ihren Klassenbrüdern, also von der politischen Elite, reich entlohnt. Die haben in der Regel riesige Abfindungen bekommen und dann irgendwo anders ihre neuen Geschäfte gegründet. Also, da muss man niemanden bedauern von den Großgrundbesitzern. Ich glaube, man kann das mit den Waffen nicht wegstreichen, so sympathisch das ist, dass sie jetzt nicht mehr bewaffnet kämpfen. Aber ich glaube, 1994, bei dieser Aggressivität der Regierung, war friedlicher Protest schwer. Es gab keine Öffentlichkeit, die sich empört hat und keinen funktionierenden Rechtsstaat.

Monika: Dann war das quasi Selbstverteidigung?

Luz: Ja. Es ging nicht um einen Eroberungskrieg, sondern es war Selbstverteidigung.

Bernd: Die GWR ist ja eine gewaltfrei-libertäre Zeitung. Du hast in der GWR auch schon über „Die Bienen“ geschrieben, eine gewaltfreie Bewegung in Mexiko. Könntest Du dazu etwas erzählen?

Luz: „Las Abejas“, auf deutsch „die Bienen“, sind aktiv in sechs Landkreisen in 29 Gemeinden. Fortsetzung nächste Seite

Widerstände vernetzen Alternativen aufbauen



Rebellisches Zusammentreffen

25.Juli-1.August 2012 im Wendland

www.rebellisches.noblogs.org

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Der Zapatismus hat viele libertäre Elemente“

Sie teilen die Forderungen der Zapatistas nach dörflicher Selbstverwaltung, was auch die Selbstbestimmung über die Ressourcenausbeutung und über sogenannte Entwicklungsprojekte bedeutet. Und sie sind sehr erfolgreich. Sie kommen vorwärts, sind jetzt auch dabei, eigene Bildungs- und Gesundheitssysteme aufzubauen, haben ein Radio, eine Internetseite,... All das war früher undenkbar. Sie wurden ausgrenzt vom mexikanischen Staat. Das ist jetzt also eine ziemliche Erfolgsgeschichte. Sie arbeiten Schulter an Schulter mit den Zapatistas. In der Hauptgemeinde in Actéal wohnen sie auch mit Unterstützerinnen und Unterstützern der EZLN zusammen.

Bernd: Du schreibst auch für die Zeitung „Tierra Y Libertad (Land und Freiheit) - Nachrichten aus Mexiko und mehr. In der aktuellen Nr. 71 geht es um Biopiraterie, um das Thema „Finger weg von unseren Pflanzen“. Kannst Du dazu etwas erzählen?

Luz: Chiapas ist ein extrem ressourcenreicher Bundesstaat: Es gibt Süßwasser, Öl, Gas und neben Bodenschätzen wie Goldvorkommen oder Uran, vor allem die biologische Vielfalt. Da gibt es von verschiedenster Seite großes Interesse das zu kontrollieren, von mexikanischen Eliten und Konzernen aber auch aus Kanada, den USA, Europa, Asien, China, und jetzt auch aus Brasilien, um an den Lakandonischen Regenwald ranzukommen, der auch durch die Erklärungen der EZLN bekannt ist. Das Problem bei der Biopiraterie ist ja, dass Konzerne Allgemeingut privatisieren wollen, weil sie minimale Änderungen an bestimmten Pflanzen vornehmen wollen und dann meinen, sie gehören ihnen. Das würde dazu führen, dass die Menschen das bezahlen müssen, was ihre Vorfahren entwickelt haben. Kleinbäuerliche Gesellschaften kommen größtenteils ohne Geld aus, d.h., sie können eine Autonomie realisieren, die wir uns in Deutschland kaum vorstellen können. Sie sind zu 80% autonom. Wenn sie ihr Saatgut und ihr Wissen über Heilpflanzen austauschen, dann ist es möglich, auf eigene Faust vorwärts zu kommen, nicht korrupt werden zu müssen, sich nicht an den Machtspielchen zu beteiligen. Die Forderung „Finger weg von unserem Saatgut!“ ist legitim und wird auch von der Bevölkerung getragen. Sie ernähren sich ja täglich von ihrem Mais, ihren Bohnen, ihren Kürbissen etc. Das ist eine 8.000 Jahre alte Kultur, die sogenannte Milpa, also das Feld zur Selbstversorgung. Da wachsen Mais, Bohnen, Chili, Tomate, Reis, Gewürze und andere Sorten. Es gibt einen UNO-Bericht, der besagt, dass es die beste Form ist, das Land zu bewirtschaften. Die Bohnen wachsen an dem getrockneten Mais heran und die Pflanzen geben sich gegenseitig Nährstoffe. Das ist nicht zu romantisieren, es gibt auch Brandrodung usf. Aber die Milpa zur Selbstversorgung ist etwas ganz anderes, als den Regenwald zu roden, um dort Rinder zu züchten.

Monika: Also geht es in dem Kontext auch um Genmanipulation?
Luz: Ja, indirekt schon. Natürlich geht es Konzernen wie Bayer oder Monsanto darum, Saatgut und Pestizide zu ver-



Wandbild Salud Educacion Morelia.

Foto: Dorit Siemers

markten. Und es gibt ja das sogenannte Terminatorgen, das in genmanipulierte Sorten eingebaut wird, und dafür sorgt, dass der Maiskolben nicht mehr als Saatgut taugt. Das ist ein Problem bei einer Kultur, die sich selber reproduziert, relativ vorbei am kapitalistischen Markt. Sie haben interne, kleine Märkte und tauschen ihre Produkte aus. Aber das ist etwas anderes als der aggressive agroindustrielle Markt.

Bernd: Während Deines Aufenthalts in Mexiko habt ihr einen Film gedreht (2). Kannst du dazu etwas sagen?

Luz: Wir sind dabei, einen Film fertig zu stellen, der heißt „Wenn das Land zur Ware wird“. Da geht es darum, dass die kleinbäuerlich indigenen Ländereien von der Selbstversorgungswirtschaft zwangskonvertiert werden zu Monokulturen und zu touristischen Großprojekten. Das ist eine existentielle Bedrohung für die Menschen.

Was von der Regierung von Chiapas gepusht wird, sind die Monokulturen von Ölpalmen, hauptsächlich zur Herstellung von Fetten, die in der Nahrungsmittelindustrie verwendet werden. Langfristig wird auch die Herstellung von Biotreibstoffen angestrebt. Das dritte Thema des Films sind die „nachhaltigen Landstädte“. Es gibt ein Programm der Regierung von Chiapas mit großer Unterstützung der mexikanischen Bundesregierung, die Leute umzusiedeln. In Chiapas existieren 14.000 Siedlungen mit weniger als 100 Menschen. Die Regierung sagt, „Der Grund für die Armut ist die Verstreuung dieser kleinen Gemeinden, denn wir können unmöglich in 14.000 Gemeinden Wasser und Strom legen“. Das klingt zunächst plausibel, aber es ist eine alte Taktik aus dem Kolonialismus. Das haben die Deutschen in Kamerun gemacht, die Franzosen in Algerien, Franco hat es innerhalb von Spanien gemacht, mit den anarchistischen und kommunistischen Dörfern. Es ist ein Mittel zur totalen Kontrolle der Bevölkerung. Es geht um politische Kontrolle und um Freisetzung der Ländereien. Ich

habe gerade die UNO positiv zitiert, jetzt zitiere ich sie negativ: Es geben sich einige Beraterinnen und Berater dafür her, zu sagen: „Diese neuen Landstädte, diese Zwangsumsiedlung von Kleindörfern in eine neue ländliche Stadt, würde die acht Millenniumsziele für nachhaltige Entwicklung erfüllen“.

Es ist übel. Als im September 2009 die erste Landstadt in Chiapas eingeweiht wurde, wurden 65 Botschafter aus Mexikostadt herangekarrt, in ein Kuhkaff nach Chiapas, um ihr zu applaudieren. Damit auch das Fernsehen etwas zum Berichten hat. Erfreulicher Weise haben die sozialen Bewegungen früh die Bedeutung dieses Programms erkannt. Es gilt mittlerweile als mehr oder minder gescheitert. Das ist schön. Ich bin da nicht objektiv. Ich finde, es ist eine Zumutung für die Menschen. Es wird ihnen einfach ihre Lebensweise unmöglich gemacht. Sie werden zwangsumgesiedelt, sie werden konvertiert von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in ein neues Proletariat.

Dann gibt es da die sogenannten Maquiladoras, wo sie in Billiglohnfabriken schuften müssen. Das ist ein aggressives Programm. Zum Glück hat sich das wohl mittlerweile so herum gesprochen, dass das wohl scheitern wird. Diese drei Themen: Ölpalmenmonokulturen, die großen Tourismusprojekte, die auch Probleme mit sich bringen, weil es auch um Landraub geht, und die Landstädte sind die Themen des Films. Wir machen ihn auf deutsch und spanisch, damit er in den Gemeinden verteilt werden kann. Uns ist immer wieder gesagt worden, dass diese Filme etwas bringen. Die Leute haben in ihren Dörfern kein Internet, aber irgendeine Familie hat immer einen DVD-Player und wenn dann ein Film kommt, dann ist das auch immer ein kleines Event für das Dorf. Es ist ein Privileg, das wir in all den Jahren erlebt haben, diese Widerstandsprozesse auch ein bisschen unterstützen zu können.

Bernd: In der GWR 221 ist

1997 ein Artikel unter dem Titel „Ist der Zapatismus ein Anarchismus?“ erschienen. Wie würdest Du diese Frage beantworten?

Luz: Ich würde sagen, der Zapatismus ist kein Anarchismus, hat aber viele libertäre Elemente. Die zapatistische Befreiungsarmee EZLN ist nichts demokratisches, wobei sie auch sagen, wir haben uns gegründet, um zu verschwinden. Aber vor allem die Alltagsselbstorganisation hat für mich klare libertäre Züge. Ein wichtiges Motto der Bewegung ist: „mandar obedeciendo“, also das „gehorchende Befehlen“. Das heißt, dass die Leute, die ein Amt haben, nur da sind, um ihren Job zu machen. Es gibt keine große Idee von Funktionärstum. Funktionsträgerinnen oder -träger können jeder Zeit ersetzt werden. Das haben wir auch schon erlebt, als ein älterer Mann, der sich während des Aufstandes seine Lorbeeren verdient hat, später als Präsident eines autonomen Landkreises ein Auto von der staatlichen Stromkommission angenommen hat. Er wurde dann von wegen Korruption abgesetzt. Du musst nicht ideologisiert sein, um beim Zapatismus mitarbeiten zu können, sondern es ist etwas alltägliches, was mit deinen Bedürfnissen im Alltag zu tun hat. Dieses Prinzip des „gehorchenden Befehlens“ sorgt dafür, dass die Leute keine politischen Kampagnen machen und sagen „ich möchte den Job haben“, „ich möchte der und der Funktionär sein“, sondern es läuft eher so, dass die Gemeinde vorschlägt, „mach du doch diesen Job“. Das ist etwas ganz anderes, als unser Verständnis vom professionalisierten Politikmachen. Das ist ein Ergebnis auch von Analysen von anderen sozialen Bewegungen aus Lateinamerika. Sie sagen „fragend gehen wir voran“, sie haben keine „Mao-Bibel“, die alle befolgen, lesen und auswendig lernen müssen und dann wird die Menschheit glückselig, sondern: „wir machen Fehler“. Da schließt sich der Kreis, da können wir viel von lernen, auch

für die Politik hier.

Bernd: Du wolltest etwas erzählen von „Rebellenlichen Zusammentreffen“ und zur Organisation der zapatistischen Solidaritätsbewegungen international?

Luz: Es ist nicht mehr so laut um die Zapatistas, der berühmte Subcomandante Marcos schreibt nicht mehr so viel, aber die Bewegung ist Realität. Die Solidaritätsbewegung ist da, wenn sie vielleicht auch quantitativ kleiner geworden ist. Wir als Ya-Basta-Netz (3), ein Netz-

werk im deutschsprachigen Raum, sind auch vernetzt mit anderen Gruppen in Europa, aus den USA, aus Südamerika. Wir machen seit zwei Jahren ein sogenanntes rebellisches Zusammentreffen. Das ist ein offenes Treffen. Da geht es nicht nur um die „Antis“, akademische oder szenefixierte Kritik an den herrschenden Zuständen, an Kapitalismus, Militarismus, Patriarchat und Umweltzerstörung, sondern auch um den Aufbau von Alternativen. Was gibt es schon für Projekte? Und es gibt viele Pausen bei diesen Treffen, weil es immer die Pausen sind, wo die Leute sich wirklich kennen lernen. Es ist ein Versuch, zur unabhängigen Organisation von links unten beizutragen in einer anti-kapitalistischen und antisystemischen Perspektive. Wir glauben nicht, dass es durch die Parteien machbar ist, sondern, dass es durch die Leute in einem ständigen Reflexionsprozess passieren muss. Das nächste Treffen findet vom 25. Juli bis 1. August 2012 im Wendland statt, einer Region, wo es spektrübergreifenden sozialen Widerstand von unten gibt, mit beachtlichen Teilerfolgen.

Interview: Bernd Drücke und Monika

Das Gespräch wurde im April 2012 im Studio des Medienforum Münster geführt. Eine Aufzeichnung ist auch als Radio Graswurzelrevolution-Sendung auf www.freie-radios.net dokumentiert.

Anmerkungen:

- 1) Bücher von Luz Kerkeling: La Lucha Sigue! - Der Kampf geht weiter! Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands, 2. erw. Aufl., Unrast, Münster 2006; Hg. mit Bernd Drücke und Martin Baxmeyer: Abel Paz und die Spanische Revolution. Interviews und Gespräche, Verlag Edition AV, Frankfurt/M. 2004; mit Findeus: Kleine Geschichte des Zapatismus. Ein schwarz-roter Leitfaden, Unrast, Münster 2011
- 2) Der vom alternativen Bildungs- und Forschungs-Verein „Zwischenzeit e.V.“ herausgegebene Film kann online bestellt werden unter www.gruppe-basta.de
- 3) Weitere Infos: www.ya-basta-netz.de uu

Anzeigen

ila 354, April 2012

Anarchismus in Lateinamerika

Der erste deutschsprachige Überblick über Geschichte und Gegenwart des lateinamerikanischen Anarchismus

Insgesamt 14 Beiträge und Interviews zu

- ★ den anarchistischen Bewegungen in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Cuba, Mexiko und Uruguay
- ★ den frühen Anarchafeministinnen
- ★ dem wechselvollen Verhältnis der lateinamerikanischen Linken zum Staat
- ★ dem Autor B. Traven in Mexiko
- ★ dem Verhältnis von Zapatismus und Anarchismus
- ★ den Kämpfen der heutigen sozialen Bewegungen um Selbstorganisation und Autonomie

Die ila 354 hat 64 Seiten. Sie kann zum Preis von 5,- Euro (+ 0,50 Euro Porto) bestellt werden bei: vertrieb@ila-bonn.de oder unter: www.ila-web.de

Ossietzky
Zweischwenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweischwenschrift »OSSIETZKY« als

☐ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)

☐ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weindamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

Das Gesicht des Mörders zeigen

Die gewaltfreie Aktion des *Escrache* im Kampf gegen Straflosigkeit von Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur

Die argentinische Militärdiktatur (1976-1983) war eines der großen, staatlich organisierten Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts. Menschenrechtsorganisationen vermuten, dass mindestens 30.000 Menschen dem Terror der Militärs zum Opfer fielen.

Der Begriff des „Verschwindens“ – des „argentinischen Todes“, wie der Philosoph und Schriftsteller José Pablo Feinmann ihn nannte – bürgerte sich ein, als Bezeichnung einer besonders grausamen und perfiden Form des Staatsterrorismus: Angesichts der weltweiten Empörung über die Morde im benachbarten Chile nach dem Putsch der Militärs unter General Pinochet beschlossen die argentinischen Generäle, die Spuren ihrer Verbrechen geschickter zu verwischen. Mobile Greifkommandos entführten die Opfer meist bei Nacht aus ihren Häusern und Wohnungen und verschleppten sie in eines der über 600 geheimen Haftzentren, wo sie – manchmal über Monate – bestialisch gefoltert wurden. In einigen (seltenen) Fällen ließ man die Opfer nachher wieder frei. Meist jedoch tauchten sie nie wieder auf. Sie „verschwanden“, wurden nach extra-legalen Hinrichtungen in anonymen Massengräbern verscharrt, oder betäubt, aber noch

lebend, aus Flugzeugen über dem Meer oder der Mündung des Río de la Plata abgeworfen. Ihre Namen erschienen in keinen Dokumenten und ihre Angehörigen erfuhren nichts über ihr Schicksal – zum Teil bis heute nicht. Schwangere Frauen, die ebenso wenig von Folter und Mord verschont blieben wie Behinderte, Jugendliche oder Kinder, wurden so lange am Leben gelassen, bis sie entbunden hatten. Danach ermordete man die Frauen und setzte ihre Kinder mit einem Pappschild auf der Straße aus. Weit häufiger allerdings wurden ihre Kinder an regimetreue Familien „verschenkt“, um die „Saat der Subversion“ in der nächsten Generation auslösen zu können. Nach aktuellen Schätzungen wuchsen ca. 500 Kinder ohne jede Kenntnis ihrer wahren Herkunft auf – nicht selten in den Familien der Mörder ihrer Eltern. Wer „subversiv“ war, entschieden die Militärs höchst groß-



„Wo sind sie die Hunderte von Babys, die in Gefangenschaft geboren wurden? Mütter des Mai-Platzes“.

Fotos: Archiv

zügig: Mitglieder der bewaffneten Guerillaorganisationen der *Montoneros* und des *Revolucionären Volksheeres* (ERP) wurden ebenso ermordet wie liberale Geistliche, engagierte GewerkschafterInnen, Betriebsräte, LehrerInnen und HochschullehrerInnen mit kritischen Ansichten oder ÄrztInnen, die den Fehler begangen hatten, ihre Dienste in den Armenvierteln von Buenos Aires anzubieten. Trotz der Praxis des „Verschwindenlassens“ konnte man sich, national wie international, kaum Illusionen über die Mordlust der Militärs machen. 1977 beschrieb General Ibérico Saint-Jean, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, die Logik der Verfolgung so: „Zuerst werden wir alle Untergrundkämpfer umbringen; danach deren Unterstützer; dann die Sympathisanten, später die Gleichgültigen und zum Schluss die Zaghaften“. Gleichwohl war die gesellschaftliche Unterstützung für die Herrschaft der Generäle, zumindest in den ersten Jahren ihrer Diktatur, beachtlich. Die katholische Kirche Argentiniens, praktisch alle Parteien bis zur Kommunistischen Partei, Verbände der Großindustrie und sogar Gewerkschaften unterstützten, mal mehr, mal weniger begeistert den von den Militärs dekretierten „Prozess der nationalen Reorganisation“ und hielten eine „Politik der harten Hand“ gegen die politische Subversion im Land für ein notwendiges Übel. Lediglich einige kleine Linksparteien und die Organisation der *Madres de la Plaza de Mayo* [‘Mütter des Mai-Platzes’] standen der Diktatur von Anfang an feindlich gegenüber und klagten deren Verbrechen unermüdlich an. In der Bundesrepublik machte die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt gute Geschäfte mit den Militärs, sprang als deren wichtigster Waffenlieferant ein, als sich die USA unter Jimmy Carter angesichts

des Ausmaßes der Verbrechen vom argentinischen Markt zurückziehen begann und sicherte die katastrophale Wirtschaftspolitik der Junta mit Staatsbürgschaften ab. Berti Vogts, als Kapitän der deutschen Nationalmannschaft zur Weltmeisterschaft 1978 nach Argentinien gereist, meinte, auf die Morde im Gastgeberland angesprochen, er verstehe die Aufregung nicht. Er habe „noch keinen politischen Gefangenen gesehen“. **Der Beginn der Straflosigkeit. Schuld und Verantwortung nach 1983** Nach dem Zusammenbruch der Diktatur blieb die überwältigende Mehrzahl der Täter jahrzehntlang unbehelligt. Nach einer kurzen Phase der Strafverfolgung, die sich auf die Spitzen der Junta um General Jorge Rafael Videla beschränkte, erließ die erste demokratische Regierung unter Raúl Alfonsín das „Schlusspunktgesetz“ sowie das „Gesetz über den legitimen Gehorsam“, die jede weitere juristische Verfolgung unmöglich machten. Die kurzzeitige Fokussierung der bürgerlich-demokratischen Eliten in den frühen achtziger Jahren auf die Verletzung der Menschenrechte, die sie während der Diktatur kaum interessiert hatten, war eine durchschaubare Strategie, um von eigener Verantwortung abzulenken. Alfonsíns Nachfolger im Amt, der populistische Peronist Carlos Menem, begnadigte schließlich die verurteilten Generäle, um einem gesellschaftlichen Prozess der „Versöhnung“ zuzuarbeiten, der in Wahrheit nur jene sozialen Eliten in ihren Positionen bestätigte, die sich schon mit der Diktatur arrangiert hatten. Das politisch verordnete Beschweigen der Vergangenheit sorgte dafür, dass sich zahllose Folterer, Mörder und Kindsentführer mühelos in die Gesell-

schaft des „neuen Argentiniens“ eingliedern konnten. Militär und Polizeiapparat, die Hauptschuldigen der Verbrechen, blieben mehr oder weniger unverändert. 2003 erklärte dann der argentinische Nationalkongress das „Schlusspunktgesetz“ und das „Gesetz über den legitimen Gehorsam“ in einer spektakulären Entscheidung für nichtig. Ein Jahr später bestätigte das Oberste Gericht die Verfassungswidrigkeit beider Gesetze. Seither wurden in Argentinien mehr als 100 Verfahren gegen ehemalige Folterer und Mörder angestrengt – ein bemerkenswerter Erfolg politischer und zivilgesellschaftlicher Menschenrechtsarbeit. Allerdings beschränkt sich die juristische Verfolgung erneut auf die an den Verbrechen unmittelbar Beteiligten – auf die tatsächlichen Täter, deren Prozesse, wie etwa im Falle von Capitán Astiz, einem der übelsten und unbelehrbarsten Folterer der Junta, zu medialen Großereignissen wurden. Das internationale Strafrecht ahndet bis heute die *Schuld*, nicht die *Verantwortung*. Selbstverständlich müssen Menschen, die sich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, verfolgt und vor Gericht gestellt werden. Aber es wäre zu überlegen, ob nicht auch jene, die gesellschaftliche Strukturen schufen, stabilisierten und legitimierten, in denen Mörder und Folterer ihr blutiges Handwerk ausüben konnten, die sie rekrutierten, finanzierten, belohnten oder aus ihrem Tun persönliche, politische oder finanzielle Vorteile zogen, national wie international ebenso hart zu bestrafen wären. Hoffnungsvolle Entwicklungen des internationalen Rechts weisen in diese Richtung. Denn Profiteure mörderischer Regime blieben bis heute, trotz der Urteile von Nürnberg nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, von rechtlicher Verfolgung weitgehend unberührt.

Zur Verantwortung ziehen. Die Arbeit der Organisation H.I.J.O.S. Interessanterweise wird die Anklage bislang nicht justizabler Verantwortlichkeiten für Staatsverbrechen in Argentinien seit langem erhoben und hat auch praktische Konsequenzen – allerdings nicht vor den Gerichten. Hauptdarstellerin dieser Entwicklung ist die Organisation *H.I.J.O.S.* Am 3. November 1994 organisierte eine Gruppe von AbsolventInnen der Fakultät für Architektur an der Universität La Plata eine Veranstaltung zu Ehren jener Fakultätsmitglieder, die während der Diktatur ermordet worden waren beziehungsweise „verschwanden“. Der Tag stand unter dem Motto: „Erinnerung, Gedächtnis und Engagement“. In langwierigen und mühevollen Nachforschungen gelang es den OrganisatorInnen, Nachkommen und Familienangehörige der Geehrten zu finden und sie für eine Teilnahme zu gewinnen. Die so entstandenen Kontakte vertieften sich, bis im April 1995 *H.I.J.O.S.* entstand. Zum ersten landesweiten Treffen im Oktober kamen nach Angaben der Organisation bereits 350 TeilnehmerInnen aus ganz Argentinien. Im April 1996 waren es 600. Heute hat *H.I.J.O.S.* Niederlassungen in allen argentinischen Provinzen, aber auch in Uruguay, Mexiko, Spanien, den Niederlanden, Frankreich und Schweden. *H.I.J.O.S.*, spanisch für „Söhne“ (obwohl in diesem Fall wohl besser mit „Nachkommen“ übersetzt werden sollte), steht für *Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio* [‘Nachkommen für die Identität und die Gerechtigkeit gegen das Vergessen und das Schweigen’]. Die Organisation vervollständigt das Spektrum der argentinischen Menschenrechtsorganisationen, die sich wie eine zivilgesellschaftliche „Familie“ um die Leerstelle der Generation **Fortsetzung nächste Seite**

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

KRAFTWERK Von Bolo/Bolo zu KraftWerk1, KraftWerk2 usw., usw.: Rundumpaket Lust & Luxus in Zürich · P.M., Bolo/Bolo und Kraftwerk1: Vom Vom zum Zum · Gesellschaftliche Projekte: Genossenschaftliche Partizipation als Zukunfts-labor · Interview: MieterInnen mit Sinn für's Kollektiv · Pantoffelbar und Circolo: Zu Besuch in Kraftwerk1 **GEMEINSCHAFTEN** Buchbesprechung: Cocosola – Auf dem Weg

Hof Ulenkrug/Mecklenburg: Dicht bewölkt mit Schauern · Treynas/Ardèche: Chronik eines Bergweilers · Rote Rübe Kollektiv: Gemüseanbau ganz anders (Teil1): Solidarische Landwirtschaft **SOLIDARISCHE ÖKONOMIE** Eine weltweite Bewegung (Teil2): Ein Leben für die lokale soziale Ökonomie **MEDIEN** Göttinger Stadtmagazin goest erreicht mehr LeserInnen als frühere Printorgane **GENO** Wir eG, Braunschweig: Kleingensenschaft mit großen Zielen – Neue Arbeitsplätze durch haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen **u.v.m.**

Archiv-CD 4 mit »BUNTE SEITEN 2012«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankübertrag!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probieren: www.contraste.org

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

express – Diskussionsforum für

- Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

Ausgabe 3/12 u.a.:

- Kirsten Huckenbeck: »Kriminelle Geschäfte« ... und was aus ihnen zu lernen ist – der erste »Fall« von MigrAr Frankfurt
- »Schlecker: Eine politische Lösung? – In der Tat!«, Gespräch mit Anton Kobel
- »Goldgräbermanieren bei Maredo«, Interview mit Betriebsrat Michael Weißenfeldt
- »Überlastungsanzeige, die zweite«, Solidarität mit Pflegehelferin Angelika-Maria Konietzko gefordert
- »Freiheit, die wir meinen«, DDR-Oppositionelle zur Wahl des Bundespräsidenten
- »11000 politisch motivierte Verhaftungen«, Initiative »Demokratie hinter Gittern« gegen Repression in der Türkei gebildet
- Mischa Gaus: »Organisiertes Verbrechen?«, SEIU beendet Organizing bei Sodexo in USA

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vsk.)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Das Gesicht des Mörders zeigen



der „Verschwundenen“ gruppiert: Neben den bereits erwähnten *Madres de la Plaza de Mayo* gibt es die *Abuelas de la Plaza de Mayo* [‘Großmütter des Mai-Platzes’], die in erster Linie nach Spuren ihrer geraubten Enkelkinder suchen, und eben *H.I.J.O.S.*, die Organisation der unmittelbaren und mittelbaren Nachfahren.

Unter den drei Organisationen ist *H.I.J.O.S.* ohne Zweifel die radikalste. Mittlerweile in mehrere Flügel gespalten, präsentiert sich die Organisation unter dem Motto: „Wir vergessen nicht. Wir verzeihen nicht. Wir verzeihen uns nicht“.

Auf ihrer Homepage heißt es: „Wir sind nicht einverstanden mit jenen Gesetzen und Verordnungen, die die Mörder und Verantwortlichen für den Völkermord in Freiheit lassen, denn ein Land wird niemals Frieden finden, wenn nicht die Schuldigen bestraft und aller Welt gezeigt wird, dass Verschwindenlassen, Folter und Mord die schlimmsten Verbrechen sind, die man begehen kann. Wir wollen nicht, dass diese Mörder behandelt werden wie gewöhnliche Leute“.

Zu ihren Prinzipien – neun an der Zahl – gehört die unbedingte Unabhängigkeit von offiziellen Institutionen und Parteien. Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Offen steht die Organisation prinzipiell jeder Person, die sich auf ihre Statuen einlassen will. Der Altersdurchschnitt ist auch heute noch bemerkenswert niedrig. *H.I.J.O.S.* ist mit Veranstaltungen über die Diktatur an Schulen präsent und für junge, städtische Engagierte attraktiv. Erinnerung versteht die Organisation ausdrücklich als „eine Verpflichtung, sich sozial zu engagieren, die eigene Zukunft zu gestalten. [...] Wir wollen keine abstrakte und bequeme Erinnerung, sondern eine aktive“.

In Buenos Aires teilt *H.I.J.O.S.* das Lokal mit der Gewerkschaft der Motorrad-Kuriere, der einzigen unabhängigen Gewerkschaft des Landes. Bei der Einweihung des Lokals im Jahr 2000 gab Manu Chao ein unangekündigtes Konzert. Es geht *H.I.J.O.S.* nicht allein um die Abrechnung mit ehemaligen Mördern, Verantwortlichen und Profiteuren der Diktatur. Sie wollen mit ihren Aktionen auch die solidarischen Strukturen – vor allem in den ärmeren Vierteln – wiederherstellen helfen, die der Terror der Militärs nachhaltig zerschlug. In Argentinien, so der Roman-

cier Tomás Eloy Martínez, seien damals eben nicht nur Menschen verschwunden, sondern auch Seen, Berge, Bahnhöfe, halb erbaute Städte... Schönheit, Hoffnung und Raum für ein erfülltes Leben.

Der *Escrache*

Die spektakulärsten Aktionen von *H.I.J.O.S.* jedoch, und jene, die auch international die größte Aufmerksamkeit erregt haben, sind die sogenannten *Escraches*. *Escrachar*, ein Wort aus dem *Lunfardo*, der Sprache der Einwanderer, der Hafenarbeiter von Buenos Aires, der niederen Schichten und des Tango, das zahlreiche Vokabeln europäischer Sprachen aufgenommen hat (in diesem Fall aus dem Italienischen) bedeutet „kenntlich machen“, „demaskieren“, „entlarven“.

„Die Strafflosigkeit“, erklärt *H.I.J.O.S.*, „hat dafür gesorgt, dass viele Mörder, Folterer und Komplizen frei herumlaufen. Wir begegnen ihnen auf der Straße, sie sind unsere Nachbarn, und viele führen noch immer die Waffen, die wir ihnen bezahlen – zu unserem ‘Schutz’. [...] Mit dem *Escrache* wollen wir die Identität dieser Personen öffentlich machen. Damit ihre Arbeitskollegen wissen, was für eine Rolle sie während der Diktatur gespielt haben; damit die Nachbarn wissen, dass neben ihnen ein Folterer wohnt; damit man sie in der Bäckerei erkennt, in der Bar oder im Supermarkt.“

Wenn es schon keine Verurteilung gibt, so gibt es wenigstens eine soziale Strafe. Wir zeigen sie auf der Straße als das, was sie sind: Verbrecher. Damit sie keine öffentlichen Ämter bekleiden können. Damit Politiker und Unternehmer (die ihre Vergangenheit für gewöhnlich kennen) sie hinauswerfen oder verurteilen müssen, um der Schande zu entgehen, vor aller Welt einzugestehen, dass sie Mörder beschäftigt haben – oder um keine Kunden oder Stimmen zu verlieren“.

Escraches, die sich mit bemerkenswerter Schnelligkeit organisieren lassen und ein weites Spektrum jugendkultureller und zivilgesellschaftlicher Gruppen mobilisieren können, machen Täter, aber auch Parteigänger und Profiteure der Verbrechen der Junta durch ein wildes, buntes, allerdings durchgängig gewaltfreies Spektakel vor ihrem Wohnsitz und/oder ihrer Arbeitsstelle öffentlich kennt-

lich.

Sie können sich ebenso sehr gegen zweifelsfrei identifizierte Mörder und Folterer richten wie gegen Geschäftsleute, die sich an den Morden der Junta bereicherten, Politiker, die unmenschliche Dekrete unterzeichneten oder Presseleute, die sich allzu eifrig an der lügenhaften Propaganda der Junta beteiligten und daran heute nur ungern erinnert werden wollen.

„Einer der ersten *Escraches*“, schreibt Estela Schindel in einem lesenwerten Beitrag über die Vergangenheitspolitik in Argentinien, „betrifft einen Arzt, der in der ESMA [Technikschule des Militärs in Buenos Aires, heute Gedenkstätte; größtes der illegalen Haft- und Folterzentren mit zeitweise über 4000 Häftlingen, Anm. MB] Geburten von inhaftierten Schwangeren einleitete.“

Während vier aufeinanderfolgender Freitage demonstrierten etwa 30 Personen vor dem Privathaus des Arztes und vor dem Krankenhaus, in dem er arbeitete und wies mit Transparenten auf seine Vergangenheit hin. Am vierten Freitag wurde der ehemalige Geburtshelfer entlassen und musste umziehen“.

Dieser Arzt, Jorge Magnaco, war von einer Überlebenden wiedererkannt worden, die nichtsahnend zur Behandlung ins Krankenhaus gegangen war und dort ihrem ehemaligen Peiniger wiederbegegnete. Als sie ihre Entdeckung *H.I.J.O.S.* mitteilte, schritt die Organisation zur Tat. Der Erfolg ließ die Zahl der *Escraches* in den Folgejahren sprunghaft ansteigen – und das trotz zum Teil massiver Einschüchterungsversuche und Feindseligkeiten, die bis zu Folterungen und Mordversuchen an einzelnen Mitgliedern reichten, einer starken staatlichen Repression und einer fast durchgängig negativen Berichterstattung. Praktisch alle zwei Wochen kam es irgendwo zu einem neuen *Escrache* vor dem Haus eines Folterers oder Profiteurs. Der Ablauf der Aktionen ist relativ ähnlich: Für gewöhnlich zieht ein Demonstrationszug vor das Haus und/oder die Arbeitsstätte des Täters oder Verantwortlichen. Das Haus wird mit roter Farbe – dem Blut der Opfer – markiert oder auf andere Weise kenntlich gemacht. Ist die „Demaskierung“ einmal vollzogen, verwandelt sich der Zug, fast wie bei einer Beerdigung in New Orleans, wo nach der Grablegung das Leben mit

Musik und Tanz gefeiert wird, in einen wilden, fröhlichen Karneval.

Darin erschöpft sich die Ächtung der Täter allerdings nicht. Plakate mit dem Konterfei des *Escrachado* werden überall im Viertel aufgehängt, Informationen über seine Taten sind frei verfügbar. Er kann praktisch keinen Schritt mehr tun, ohne überall über seine Vergangenheit zu stolpern. *H.I.J.O.S.* versucht gegenwärtig, die Frequenz der *Escraches* zu reduzieren, um jede Aktion intensiv mit dem sozialen Umfeld des Täters vorbereiten zu können. Und sicherlich auch, um verheerende Fehler zu vermeiden (etwa die Ächtung eines Unschuldigen). Theater- und KünstlerInnengruppen beteiligen sich auf vielfältige Weise an den Aktionen. So entwarfen zum Beispiel bildende Künstler in Buenos Aires parodistische Straßenschilder, die den Weg zu den Heimen von Folterern oder illegalen Haftzentren weisen. Nicht selten offenbaren die *Escraches* auf bedrückende Weise, wie dünn die Patina des vorderhand demokratischen Miteinanders in Argentinien tatsächlich ist. Gewalttätige Übergriffe der Polizei und fadenscheinige Anklageerhebungen sind keine Seltenheit.

Besonders pikant war der Fall eines *Escrache*, bei dem TeilnehmerInnen verhaftet und angeklagt wurden, weil sie das „Recht auf Privatbesitz“ verletzt hätten, als sie in den Garten eines ehemaligen Militärs eindringen.

Das Haus gehörte diesem jedoch eigentlich gar nicht. Er hatte es sich während der Diktatur illegal angeeignet. Die ursprünglichen BesitzerInnen waren „Verschwundene“. Es wäre durchaus möglich gewesen, dass das leibliche Kind der Ermordeten während des *Escrache* im gestohlenen Garten seiner Eltern stand – um dann mit einer Anklage wegen „Verletzung von Privatbesitz“ vor Gericht gestellt zu werden.

Ein Blick in die Zukunft?

Insbesondere die Ausweitung der *Escraches* auf führende Politiker und Wirtschaftsunternehmer dürfte dazu beigetragen haben, dass *H.I.J.O.S.* in Argentinien nahezu durchgängig in den Medien als „Chaotentruppe“ und „Störer der öffentlichen Ordnung“ beschimpft wird.

Die Angst, der materielle Sta-

tus Quo könnte durch derlei Aktionen langfristig gefährdet und die Elitensolidarität ein weiteres Mal aufgekündigt werden, ist mit Händen zu greifen. Dabei sind die *Escraches*, so Schindel, mittlerweile fast so etwas wie ein eigenständiges Kulturphänomen geworden, eine Mischung aus Karneval, Straßenfest, Happening, Musik, Kunst und Protest mit einer eigenen Formensprache. „Die letzte Erneuerung, der so genannte *Escrache móvil*, besteht aus einer bunten Karawane, die auf Motorrädern, Fahrrädern und Lastwagen über mehrere Stunden hinweg an verschiedenen Wohnhäusern von ehemaligen Militärs vorbeifährt.“

Die gewaltfreie Aktionsform des *Escrache* hat auch außerhalb Argentinien und sogar in Europa NachahmerInnen gefunden.

Allerdings hat diese Nachahmung mitunter zu einer Verwässerung des ursprünglichen Konzepts geführt.

Verzaubert von einem gewissen radikalen Schick und der Möglichkeit, endlich etwas tun zu können, verkamen manche *Escraches* zu einem linken Demonziantenkarneval, bei dem man einfach jedem rote Farbe an die Mauer spritzen konnte, der einem nicht gefiel.

Dabei gehörte – und gehört – zu den unbedingten Stärken der *Escraches* in Argentinien, dass sie die Rückbindung an die Menschen aus den Vierteln suchen, diese in die Planung mit einbeziehen und deren Einverständnis bei der sozialen Ächtung der Betroffenen unbedingt nötig ist.

Ohne diesen Rückhalt und ein soziales Klima, das die Kennzeichnung von Tätern und Verantwortlichen von schwersten Verbrechen angesichts fortgesetzter Strafflosigkeit grundsätzlich gutheißt, wären die *Escrachen* nichts weiter als ein Radikalen-Rummel und würden sich über kurz oder lang selbst ins politische Abseits stellen.

Auch die Neigung von *H.I.J.O.S.*, sämtliche Opfer der Diktatur pauschal als „Widerstandskämpfer“ anzusehen, deren politisches Erbe es – wenn auch, so wird betont, „kritisch“ – wiederzuerwecken gelte, ist im Kontext der argentinischen Vergangenheitspolitik zwar verständlich, aber diskussionsbedürftig. Denn beileibe nicht alle Opfer der Diktatur hätten sich über eine solche Etikettierung gefreut.

Gleichviel, sind die *Escraches* in Argentinien weit mehr als „nur“ ein buntes, fröhliches Politspektakel. Sie sind, letztlich ein Akt gewaltfreier, zivilgesellschaftlicher Rechtsfindung. *H.I.J.O.S.* geht das Wagnis ein, strafwürdige, aber (noch) nicht justiziable Vergehen gegen die Menschenrechte zu definieren, zu belegen und unabhängig von der bestehenden Rechtsordnung auf eine Weise zu bestrafen, die politisch produktiv ist, da sie moralische Werte festigt und verteidigt.

Die *Escraches* haben mitunter massiven Druck auf die politische Nomenklatura ausgeübt und könnten vielleicht langfristig ihren Anteil daran haben, dass bei neuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Zukunft nicht mehr nur die Täter vor Gericht stehen werden, sondern auch jene, die aus ihren Morden skrupellos Nutzen zu ziehen verstanden.

Martin Baxmeyer

Anzeigen



Lesen hilft.

Bitte spenden Sie die »graswurzel« für Gefangene zum Jahrespreis von 25 € oder einem Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto 30 85 400 Kennwort: »gwr«

www.freibos.de

19. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen – 1993 bis 2011 –



Menschen flohen vor Krieg, Verfolgung und Elend. Sie fanden hier den Tod.

Einzel-Dokumentation in zwei Hefen (570 Seiten) www.ari-berlin.org

Antirassistische Initiative e.V. – Dokumentationsstelle – Fon 030 – 617 40 440 Fax 030 – 617 40 101 ari-berlin-dok@gmx.de

GESUNDHEIT IST EIN MENSCHENRECHT

Deshalb hilft ÄRZTE OHNE GRENZEN in rund 60 Ländern Menschen in Not – ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion oder politischen Überzeugung.

HELFEN SIE MIT!

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V. Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin www.aerzte-ohne-grenzen.de Spendenkonto 970 97 Bank für Sozialwirtschaft BLZ 370 205 00



Finger weg vom Streikrecht!

Gewerkschaftsfreiheit statt Arbeitsfront

www.fau.org/streikrecht

FAU & IAA



Fortsetzung von Seite 1

Wo stehen die arabischen Aufstände heute?

Ich kann hier sagen, dass ihr Kampf Früchte getragen hat: „Echter Widerstand, also ein Widerstand voller Würde und Zähigkeit, wird in Algerien [und in den arabischen Ländern, erinnert sei etwa an die Jemenitin Tawakkul Karman; d.A.] heute hauptsächlich von Frauen geleistet.“ (4)

Libyen und Kollateralschaden Sahelkrieg

Am schnellsten zerstob die Anfangseuphorie im libyschen Bürgerkrieg in Verbindung mit Waffenlieferungen, westlichen Ölinteressen und dem NATO-Bombardement. Es sei daran erinnert, dass eine Vielzahl der libyschen Revolutionäre anfangs in alle Kameronas sagten, sie würden ihre Waffen nur dazu gebrauchen, um Gaddafi zu stürzen, danach würden sie sie wieder abgeben und frei ihrem Wunschberuf nachgehen. Solche Illusionen stehen oft am Anfang des bewaffneten Widerstands. Der zunächst völlig legitime Aufstand gegen das blutige Gaddafi-Regime führte nach dem Sturz Gaddafis keineswegs zur Waffenrückgabe der Milizionäre. Libyen ist heute ein waffenstarrendes Land, in dem die innenpolitische Lage mit ihren rund 60 Folterlagern unter Kontrolle der zum Teil verfeindeten Milizen sind. (5) Längst wird der libysche Bürgerkrieg exportiert und befeuert Kriege in der ohnehin leidgeplagten Sahelzone. In Mali gab es am 22. März 2012 einen Putsch gegen den halbwegs demokratisch gewählten A.T. Touré durch junge Militärs, die ihm vorwarfen, nicht energisch genug gegen die Tuareg-Milzen im Norden Malis

vorzugehen. Der Putsch verschaffte diesen Milizen, die sich seit 2011 Mouvement national de libération de l’Azawad (MN-LA) nennen und sich mit den salafistischen Ançar Eddine (Verteidigung des Islam), die wiederum eng mit der Al-Qaida au Maghreb islamique (AQMI) zusammenarbeiten, verbündeten, Zeit und Raum, den Norden Malis militärisch zu kontrollieren. Der Konflikt hat zum Teil seine historischen Ursachen in der kolonialen Grenzziehung mitten durch die Wüste. Das jetzt besetzte Nord-Mali umfasst 65 % des Territoriums Gesamt-Malis (zweimal so groß wie Deutschland) mit rund 14 Mio. Menschen, von denen bereits 200.000 geflohen sind. Die Putschisten in Süd-Mali konnten sich nicht halten und übergaben die Macht an eine neue zivile Regierung unter D. Traoré, die nun in Kooperation mit den Anrainerstaaen alles daran setzt, die MNLA und die Salafisten im Norden, die sich wenige Tage nach ihrem Sieg bereits zerstritten und getrennt haben, militärisch anzugreifen. Interessant ist, wer bei dieser Tuareg/Salafisten-Offensive militärisch gekämpft hat. Im jüngsten Bericht von *Le Monde diplomatique* heißt es dazu: Die MNLA habe „gut tausend Kämpfer, davon 400 Ex-Waffenbrüder von [...] Gaddafi.“ (6) Die Absurdität geht noch weiter: Denn die Salafisten ihrerseits rekrutierten ihre Milizionäre über AQMI-Hilfen ebenfalls zu einem großen Teil aus Libyen, sodass Gaddafi-Büttel und islamistische Anti-Gaddafi-Milizen in Nord-Mail bereits Seit’ an Seit’ gegen die Armee Malis kämpften. Eine Reporterin von *Le Monde* zitiert westafrikanische Quellen wie den mauretanischen Nachrichtendienstler El-Maaly, der von weiteren „Schläfer-Zellen von Kämpfern, die sich in Libyen gebildet haben [spricht]. ‚Das ist Nachschub‘, sagt er. Am 23. März haben Kämpfer von AQMI nicht gezögert, sich bei einer Militärparade zu filmen. Das wurde in Arabisch auf YouTube verbreitet. Ein Video zeigt einen Konvoi von 30 Pick-Ups, ausgerüstet mit Raketenwerfern, [...] mit drei Feuerwehrgewagen am Schluss, von denen einer noch die Aufschrift ‚Die Rebellen von Syrte‘ trug.“ (7)

Einmal bewaffnet – immer bewaffnet!

Der bewaffnete Kampf überspringt schnell alle früheren Fronten, die ursprünglichen Kampfziele werden zweitrangig, wer einmal bewaffnet kämpft, sucht sich nach dem Sieg einfach neue Kampfziele. Solch eine Verkettung kann am Anfang bekämpft werden, aber kaum noch, wenn der Zug einmal abgefahren ist. Angesichts des neuen Bürgerkriegs in Mali wird in der Region selbst von Politikern von einer Afghanistanisierung der Sahel-Zone gesprochen und die aktuelle Intensivierung der Kriege als „Kollateralschaden der libyschen Krise“ bezeichnet. (8) Die Sahel-Zone sitzt auf einem Pulverfass, das nun durch Milizionäre und Waffen aus Libyen befeuert wird: Bürgerkrieg in Mali, Ölkrieg zwischen Sudan und unabhängigem Süd-Sudan, Bürgerkrieg in Somalia, eine „Bewegung für Gerechtigkeit“ – was sonst ? – will gerade in Darfur erneut den bewaffneten Kampf aufnehmen, eine



Tahrir-Platz, Kairo, Januar 2011. DemonstrantInnen auf einem Fahrzeug der ägyptischen Armee.

Foto: wikipedia

islamistische Guerilla im Nord-Niger kämpft seit Jahren gegen den neokolonialistischen Uran-Abbau französischer Atomfirmen und die Armee des Niger, und zu guter Letzt: Jüngst rief noch der Präsident des Tschad, Idriss Déby, dem jüngst die französische Armee zum Machterhalt verhalf (9), zu einer großen Allianz zwischen MNLA, AQMI, den West-Sahara-Guerillas der Polisario und seiner Regierung auf. Derweil gibt es aktuell Dürre und Hunger im Sahel und 5-7 Millionen Menschen bräuchten dringend medizinische Versorgung.

Syrien: Der verpasste Strategiewechsel

Als in den ersten Wochen nach dem 15. März 2011 die Menschen in den meisten Städten Syriens massenhaft und gewaltfrei auf die Straße gingen, hatte die überkonfessionelle Einheit der Protestbewegung noch Bestand. Haytham Manna, der Präsident des „Arabischen Komitees für Menschenrechte“ konnte am 15. April 2011 sechzehn beteiligte Städte, darunter Damaskus und Aleppo, vermelden: „Die Revolte kommt gut voran, in einem vernünftigen Rhythmus. Sie umfasst nunmehr alle Konfessionen, die Minderheiten, die Christen sowie die Alawiten [schiiitische Minderheit, zu der der Assad-Clan zählt; d.A.], die Araber wie auch die Kurden.“ (10) Die Ausdauer und der Mut der gewaltlos Demonstrierenden in Syrien über Monate hinweg war schier unglaublich. Bevor der Übergang zur Befürwortung des bewaffneten Kampfes begann, hatte dieser Widerstand immerhin erreicht, dass heute die Herrschaft des Assad-Clans und seiner Geheimdienste innerhalb Syriens desavouiert ist. Und allen deutschen Linken, der marxistischen Tageszeitung *junge Welt* und jenen AntimperialistInnen, die noch immer meinen, das Syrien Assads sei ein irgendwie sozialistisches, antiimperialistisches Bollwerk, das es zu schützen gilt, sei ins Stammbuch der Nimmer-Lernenden geschrieben: Eine Staatsclique, die über Monate hinweg die ei-

gene Bevölkerung mit brutaler militärischer Repression bekämpft, hat jeden ideologischen Kredit verspielt! Rony Brauman, Aktivist von „Médecins Sans Frontières“ und französischer Intellektueller, pries noch Ende November 2011, nach dem Sturz Gaddafis in Libyen, die Gewaltfreiheit der syrischen Revolte als beispielhaftes Gegenmodell zu Libyen, obwohl damals der Formierungsprozess der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) aus ehemaligen Deserteuren der Assad-Armee bereits im Gange war. (11) Heute gibt es zwar weiter auch unbewaffnete Demonstrationen und nicht-gewaltsam vorgehende Komitees (Local Coordinating Committees) und Komitees der SRGC (Syrian Revolution General Commission) im Land, die von der Kampagne „Adopt a Revolution“ unterstützt werden. Doch nicht alle LCC sind gewaltfrei. Die Selbstdarstellung der LCC erwähnt auf ihrer Homepage kein Bekenntnis zum gewaltfreien Widerstand, wie es „Adopt a Revolution“ gleichwohl behauptet. (12) Die Informationen über die SRGC sind kaum zu überprüfen, deren Website steht bisher nur auf Arabisch zur Verfügung. Und die ASKYA (Assembly of Syrian Kurdish Youth Abroad) ist vor allem eines: „abroad“, also im Exil. Im Verlauf der Entwicklung des Widerstands kam der Ruf nach bewaffnetem Widerstand sogar leider zunächst aus den Komitees der Basis. Der außerhalb Syriens agierende Syrische Nationalrat (SNC) rief dann Anfang März 2012 offen zur westlichen Militärintervention auf. Inzwischen ist der SNC in westliche und US-amerikanische Strategien eingespannt, die davon ausgehen, es sei realistischer, die FSA zu bewaffnen, als eine 330.000 Mann starke Armee wie die Assads mit einer direkten NATO-Militärintervention klein zu kriegen. Darin treffen sie sich mit den Interessen Saudi-Arabiens, das zu den wichtigsten Waffenlieferanten der FSA zählt. (13) Alain Gresh von *Le Monde diplomatique* beschreibt den Syrischen Nationalrat inzwischen als „von Islamisten dominiert, mit einigen liberalen Figuren als

Fassade.“ (14) Dem Regime sei es gelungen, die überkonfessionelle Einheit aus den Anfangstagen zu spalten, die Opposition habe ihren Einfluss bei Alawiten und KurdInnen verloren. Alain Gresh: „Die Opposition zeigt sich unfähig, ernsthafte Garantien für die Zukunft zu bieten. Sie sieht sich nun damit konfrontiert, dass sich einstige Unterstützer von ihr abwenden. Die Kurden, die unter den ersten waren, die mitdemonstrierten [...], halten sich nun zurück, abgeschreckt durch die Weigerung des SNC, ihre Rechte anzuerkennen.“ (15) Interessant ist, dass Alain Gresh für das „Nationalkomitee für den demokratischen Wandel“ (NCC) zu einer anderen Einschätzung kommt als Christine Schweitzer in ihrer Antwort auf die Kritik von Marischka/Wagner, die in dieser GWR abgedruckt ist: Dem SNC werde von vielen AktivistInnen vorgeworfen, die Alawiten und TurkmenInnen zu marginalisieren, „besonders vom NCC, das sich der Konfessionalisierung und der Militarisierung des Aufstands widersetzt, ebenso wie der ausländischen Militärintervention“ und das Gresh keineswegs so isoliert von der Bevölkerung darstellt wie Schweitzer. (16) Die vom SNC protegierte FSA ihrerseits, die zahlenmäßig mit rund 4-7000 Kämpfern gegen die noch immer nicht substantiell gespaltene syrische Armee keine Chance hat, ist dagegen zersplittert und der jüngste Human Rights Watch-Bericht wirft ihr religiös motivierte Angriffe auf AlawitInnen und SchiitInnen vor. (17) Durch diese Rekonfessionalisierung, die der SNC und der bewaffnete Widerstand vorantreiben, werden diese Minderheiten nur wieder in die Arme des Regimes getrieben und verbarrikadiert sich dort. Fazit: Ein „Mix“ ist nicht wirklich eine Alternative zum bewaffneten Kampf, denn genau besehen war noch jeder bewaffnete Kampf in der Geschichte real ein „Mix“. Aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht war das Problem der Dynamik des syrischen Widerstands das über fast ein dreiviertel Jahr währende Festhalten an offenen Straßendemonstrationen, auch dann noch, als Polizei, Geheimdienste und Mi-

litär wiederholt ohne Hemmungen in die Menge schossen. Ursprünglich war die Revolte zu fast 100 Prozent gewaltfrei, und zwar spontan gewaltfrei. Doch solche zermürbenden offenen Erschießungen über sehr lange Zeit hinweg mussten früher oder später zu einem Umschlag im Denken der Betroffenen führen, welche fast alle keine Strategie bewusster gewaltfreier Aktion kennen. Es zeigte sich bitter das Fehlen einer gewaltfreien Aufstandsstrategie, die zu anderen, weniger direkt angreifbaren Aktionsformen auf Massenbasis übergehen kann, wie das etwa Gandhi oder etwa auch der burmesische gewaltfreie Widerstand über Jahre hinweg immer wieder taten und damit auch bittere Niederlagen wie in Burma 1988 oder 2009 unbeschadet und vor allem ohne innere Militarisierung überstehen konnten. Es fehlte ein Gespür für die strategische Kombination von Boykottstrategien, Streiks (eher dezentral in Form von Betriebsbesetzungen als offen), Sabotage besonders bei Zulieferfirmen des Militärs sowie breit angelegte Verweigerungskampagnen für Regierungsbürokraten und in Soldatenkreisen. Dabei müssten Deserteuren Alternativen angeboten werden, anstatt sie für eine Gegenarmee zu verwenden. Weil ab einem bestimmten Zeitpunkt solche gezielten und bewusst angewandten Aktionsstrategien fehlten, schlug die Stärke der anfänglichen spontanen Gewaltfreiheit der Massen schließlich in eine Schwächung des spontan-gewaltfreien Bewusstseins um: Die Erfahrung, auf offener Straße immer wieder vom Kugelhagel umgemäht zu werden, ließ den Ruf gerade von unten, gerade von vielen Basiskomitees nach Bewaffnung laut werden. So findet sich Syrien heute im Bürgerkrieg wieder, aus dem nur schwer ein Ausweg erkennbar scheint.

Tunesien/Ägypten: Die Unterbewertung der islamischen Kultur

Tunesien und Ägypten sind die Ursprungsländer der arabischen Revolte, in denen auch Fortsetzung nächste Seite

Anzeigen

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

THE BEST WILL FOLLOW

iz3w

330

Arabischer Frühling 2.0 – die Wut ist nicht verrückt

Außerdem: ► Flüchtlingsdrama im Sinai ► WTO im Stillstand ► Gambia im Würgegriff ► Revolten im Film ...

auch als PDF zum Download

Einzelpreis € 5,30

iz3w ► Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org • www.iz3w.org

改道

改道

GAÏDÃO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

ANARCHISTISCHE ZEITSCHRIFT

ES IST KEINE KRISE!
ES IST DAS SYSTEM

ANARCHISTISCHE FÖDERATION

IN BEIDER SPRACHE

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 60/2012 • ISSN: 2192-6719 • EUR 5,00

THEMA

RASSISMUS IN DER KRISE

ZAG e/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gnisenstraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail: redaktion@zag-berlin.de
Internet: www.zag-berlin.de

Ägypten zwischen Revolution und Militärherrschaft

Ein kritischer Blick. Veranstaltungen mit dem ägyptischen Militärkritiker Maikel Nabil Sanad und seinem Bruder Mark Sanad u.a. beim 40 Jahre Graswurzelrevolution-Kongress (7.9. - 9.9.2012 in der ESG, Breul 43, Münster)

Durch weitgehend gewaltfreie Massenproteste wurde im Februar 2011 der ägyptische Präsident Husni Mubarak entmacht. Die Regierungsgeschäfte übernahm der Oberste Militärrat. Trotz der Ende 2011 durchgeführten Wahlen hält das Militär weiter die Macht in den Händen.

Die Zweifel der Demokratiebewegung, ob es wirklich einen demokratischen Wandel geben wird, sind groß. Wichtige politische Ämter sind durch Angehörige der alten Regierung besetzt. Das Militär ging wiederholt gewaltsam gegen DemonstrantInnen vor. Tausende wurden verhaftet. Es ist noch völlig offen, wie das neue Ägypten aussehen wird. Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Der ägyptische Kriegsdienstverweigerer und Militärkritiker Maikel Nabil Sanad und sein Bruder Mark Sanad können mit ihren kritischen Positionen zum Militär, den Aktivitäten zur Kriegsdienstverweigerung und in der Demokratiebewegung sowie mit einer deutlichen Position gegen Nationalismus ein differenziertes Bild über die Lage in Ägypten liefern. Maikel Nabil Sanad erklärte im Oktober 2010 als erster in Ägypten öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung. Er

wurde nach einigen Tagen im Militär für untauglich erklärt. Im März 2011 veröffentlichte er auf seinem Blog www.maikelnabil.com einen Beitrag, in dem er über die Rolle des Militärs während und nach der Revolution und über die vom Militär verübten Menschenrechtsverletzungen berichtete. Seine Schilderungen waren sehr detailliert, da er an den Protesten selbst teilgenommen hatte.

Im April verurteilte ihn daraufhin ein Militärgericht zu drei Jahren Haft wegen Beleidigung des Militärs. Maikel Nabil Sanad ging in Berufung und begann am 23. August 2011 einen Hungerstreik mit der Forderung der sofortigen Freilassung. Im Oktober hob das Berufungsgericht das ursprüngliche Urteil auf, wies aber das Verfahren zurück an das untergeordnete Gericht. Dies sprach im Dezember 2012 eine Haftstrafe von zwei Jahren aus. Im Januar 2012 wurde Maikel Nabil

Sanad zum Jahrestag der Revolution vom Obersten Militärrat begnadigt und freigelassen (die GWR berichtete).

Maikels Bruder Mark Sanad war in einer Solidaritätsgruppe für Maikel in Kairo aktiv, die beharrlich für die Freilassung eintrat. Er hat wesentlich dazu beigetragen, die Verhaftung und Verurteilung von Maikel öffentlich zu machen und internationale Unterstützung für ihn zu organisieren. So wurde in der GWR und anderen Medien ausführlich über die menschenrechtswidrige Praxis des ägyptischen Militärs berichtet.

Tourenplan

Mo., 21.5.: Veranstaltung in Köln
Di., 22.5.: Veranstaltung in Bremen
Mi., 23.5.: Fahrt nach Berlin, Hintergrundgespräche mit Journalisten, Treffen mit ParlamentarierInnen, Vielleicht Veranstaltung in Berlin
Do., 24.5.: Veranstaltung in Hamburg
Fr., 25.5.: Veranstaltung in Leipzig
Sa., 26.5.: Ulm
So., 27.5.: Jahreskonferenz von amnesty international (Arbeitsgruppe am Morgen, Redebeitrag im Plenum am Nachmittag)
Mo., 28.5.: Veranstaltung in Lahnstein
Di., 29.5.: Veranstaltung in Mainz
Mi., 30.5.: Veranstaltung in Landshut
Do., 31.5.: Veranstaltung in Ravensburg
Sa., 8.9.: Veranstaltung in Münster, im Rahmen des 40 Jahre Graswurzelrevolution-Kongresses (7.-9. September) in der ESG, Breul 43



Tahrir-Platz, Kairo, Januar 2011. Der Kriegsdienstverweigerer Maikel Nabil Sanad protestiert gegen das ägyptische Militär. Foto: Mark Sanad

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wo stehen die arabischen Aufstände heute?

heute noch der Sog in den Bürgerkrieg auf relativ niedrigstem Niveau bleibt bzw. aufgehalten werden kann. Trotzdem sind, vor allem in Ägypten, Tendenzen erkennbar, die in eine solche Richtung zeigen.

Während der Tage der gewaltfreien Massenrevolten hielten sich die islamistischen Parteien in beiden Ländern noch bewusst im Hintergrund. So bekamen viele BeobachterInnen den hoffnungsvollen, aber falschen Eindruck, dass sie bei der Revolte keine dominierende Rolle spielen würden. Die Massenminorität, die die gewaltfreie Revolte zunächst durchführte, war nicht mit der jeweiligen Gesamtbevölkerung gleichzusetzen, deren Abstimmungsverhalten bei den dann folgenden freien Wahlen ein ganz anderes Bild bot.

Es war auch naiv zu glauben – und entsprach eher dem Wunschbild der herrschenden westlichen Medien –, etwa ein Wael Ghoneim, seines Zeichens Google-Manager (18), wäre ein repräsentativer Aktivist dieser Revolte.

Nur rund 10-20% aller Haushalte in Tunesien und Ägypten haben heute Internet, doch bereits die Anfangsrevolte konnte nur siegen, weil schließlich auch große Teile der nicht-wohl-situierten und gut ausgebildeten Bevölkerung auf die Straßen und Plätze gingen – und die waren in Tunesien und Ägypten erstens arm, zweitens ohne Internetanschluss und drittens mehr oder weniger an den islamischen Kulturraum und deren Tradition gebunden.

Der islamische Kulturhintergrund des Großteils der Bevölkerung kann bei diesen Revolten nicht ausgeklammert werden – die Hoffnung, in der sich westliche Medien und viele an-

tideutsche und/oder atheistische Linke einig waren, dass die Revolte nicht durch die langwierige Auseinandersetzung mit der islamischen Kultur und Tradition hindurch müsse, erwies sich als tragischer, eurozentrischer Kurzschluss, der dann bei den Wahlen offenbar wurde.

In Ägypten waren die Auseinandersetzungen vom November 2011 vorläufig entscheidend

Von vielen unbemerkt begann die zweite Tahrir-Platz-Besetzung, die von vielen schnell als „zweite Revolution“ bezeichnet wurde, mit einer Sitzblockade von rund 600 DemonstrantInnen am 19. November. Massenhafte Sitzblockaden wurden in dieser Zeit immer wieder durchgeführt und hielten noch bis Mitte Dezember 2011 an (19), gingen aber laut der Berichterstattung in blutigen, opferreichen und sehr militanten Kämpfen auf dem Tahrir-Platz und einer an ihn grenzenden Seitenstraße, wo militante Jugendliche kämpften, unter.

Diese Bewegung hatte ihr emanzipatorisches Motiv darin, dass zum ersten Mal offen das Militär, das ja nach dem Sturz Mubaraks faktisch die Macht übernommen hatte, als Gegner begriffen und angegriffen wurde. Dadurch wurde ein verallgemeinerter Glaube an die Sympathie oder zumindest „Neutralität“ des Militärs gebrochen. Gleichzeitig blieb aber durch die Militanz der Angriffe eine strategisch zu erhoffende und für einen Erfolg unbedingt nötige Spaltung der Armee – wie sie noch in der „ersten“ Revolution in großen Teilen stattgefunden hatte (auch Mubarak kam aus dem Militär) – aus.

Die Armee, auch die Soldaten, schweißte die Militanz der Angriffe zusammen. Sie nahm eindeutig auf der anderen Seite der Barrikade Stellung und schoss nun auch zusammen mit der Polizei in die Menge.

Aus Angst vor einem Bürgerkrieg blieb in dieser „zweiten“ Revolution darum der Anspruch einer größeren Massenbewegung wie noch bei der „ersten“ Revolution aus, wodurch damals zum Beispiel die sogenannte „Kamelschlacht“ von der Bewegung gewonnen werden konnte.

Statt diesen Sieg wiederholen zu können, rächten sich schließlich am 1. Februar 2012 die Polizei und das Militär an den jugendlichen Militanten des Tahrir-Platzes, die vor allem aus Fans des Kairoer Fussballclubs Al-Ahly (5-10000 Mitglieder) bestanden, mit dem Stadion-Massaker von Port Said, wo über 70 Menschen, meist Al-Ahly-Anhänger ermordet wurden. Von dieser quasimilitärischen Niederlage hat sich die Tahrir-Bewegung bis heute nicht erholt.

Politisch gesehen finde ich übrigens, dass militante Fußballfans kein Schutz vor einem Abgleiten in bürgerkriegsartige Zustände sind – und das nicht nur in Ägypten. (20) Inzwischen dominieren die islamischen Parteien (Muslimbrüder und Salafiten) die verfassungsgebende Versammlung in Ägypten (nur 6 Frauen und 6 Christen von 100 Mitgliedern), linke und säkulare Kräfte haben sie aus Protest verlassen. (21) Entgegen vorheriger Zusagen, auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten verzichten zu wollen, haben die Muslimbrüder erst jüngst erklärt, dass sie nun doch einen eigenen Kandidaten aufstellen wollen. Sie erheben damit einen hege-

monialen Anspruch, das politische Leben Ägyptens, das der Minderheiten und auch das der Frauen kontrollieren zu wollen, die auch die vorbereitete Machtteilung mit der Armee in Frage stellen könnte und für zusätzlichen Konfliktstoff sorgt. (22)

Eine Hoffnung scheint die gefestigte Widerstandskultur in Tunesien und Ägypten zu sein, die bis jetzt immer wieder gezeigt hat, dass sie nie mehr Unterdrückung ohne Widerstand hinzunehmen bereit ist.

Entscheidend für deren Wirkmächtigkeit ist jedoch, dass sich das Widerstandspotential nicht in einem wohl-situiert-säkulare-modernistischen Milieu einigelt, sondern ihr Solidaritätspotential bei kommenden, hoffentlich gewaltarmen Konfrontationen wieder verbreitern kann.

Dazu ist eine Auseinandersetzung mit den und möglichst eine Spaltung der islamistischen Milieus vonnöten. Dies kann nur erreicht werden, wenn man sich auf die islamische Kultur einlässt, Unterschiede (Islamismus, Orthodoxie, Sufismus/Ketzerströmungen) wahrnimmt und auch versteht, dass eine einfache Nachahmung westlich-kapitalistischer Lebensweise (und Demokratie) angesichts einer jahrhundertelangen kolonialen und kulturellen Ausbeutung und Dominanz für die Menschen dort kein attraktives Ziel ist. Stattdessen kann man nach emanzipatorischen und gewaltfreien islamischen Traditionen Ausschau halten, die es im islamischen Kulturraum vielfach gibt (Mahmud Taha, Abdul Ghaffar Khan, das Palästinensische Zentrum für Gewaltlosigkeit in Palästina usw.) und die es gegen die dominanten, gewaltsamen islamistischen Strömungen stark zu

machen gilt. Es geht nicht um einen „Kampf der Kulturen“ (US-Think-Tank-Theoretiker Huntington), sondern um einen interpretatorischen Kampf innerhalb der Kulturen. Dazu gibt es ein Konzept, das in GWR-Artikeln sowie in Buchform bereits veröffentlicht wurde. (23)

S. Tachelschwein

Anmerkungen:

- (1): Boualem Sansal: *Das Dorf des Deutschen oder Das Tagebuch der Brüder Schiller*, Merlin Verlag, Gifkendorf 2009
- (2): Boualem Sansal: „Das Prinzip des Friedens“, Rede in der Frankfurter Paulskirche, 16.10.2011, abgedruckt u.a. in der FAZ, 17.10.2011, S. 9
- (3): Ebenda
- (4): Ebenda
- (5): Vgl. Erklärung von Médecins Sans Frontières zu den Folterungen in Miliz-Lagern, vgl. Spiegel-Online, 26.1.2012
- (6): Vgl. Philippe Leymarie: „Comment le Sahel est devenue une poudrière“, in: *Le Monde diplomatique*, frz. Ausgabe, April 2012, S. 8
- (7): Isabelle Mandraud: „La riposte s'organise contre une partition du Mali“, in: *Le Monde*, 17.4.2012, S. 9
- (8): In diesem Falle zwar vom Präsidenten des Niger, die Bezeichnung halte ich dennoch für zutreffend; vgl. Philippe Leymarie, a.a.O., S. 9
- (9): Vgl. Bernhard Schmid: *Frankreich in Afrika*, Unrast, Münster 2011, S. 238ff. Leider kaum etwas in dem Buch über den Niger und den Uranabbau durch Areva sowie den dadurch bedingten Bürgerkrieg

- (10): Haytham Manna, zit. n. Jean-Pierre Perrin: „La Syrie dans la spirale de la révolte“, in: *Libération*, 16.17.4.2011, S. 7
- (11): Rony Brauman in einem Streitgespräch in: *Le Monde*, 25.11.2011, S. 24f.; siehe dazu auch: „Libyen: Wem sollen wir glauben?“, in: GWR 365, Januar 2012, S. 9f.
- (12): Siehe die Selbstdarstellung der LCCS auf: www.lccsyrria.org/about
- (13): vgl. Jürgen Wagner: „Syrien: Die Militarisierung der Proteste und die strategische Unvernunft der Gewalt“, IMI (Informationsstelle Militarisierung), 20.3.2012
- (14): Alain Gresh: „Onde de choc syrienne dans une région en ébullition“, in: *Le Monde diplomatique*, frz. Ausgabe, April 2012, S. 11
- (15): Alain Gresh, a.a.O., S. 10
- (16): Ebenda
- (17): Siehe den Text „Bürgerkriegspatenschaft?“ von Marischka/Wagner in dieser GWR.
- (18): Vgl. bereits die Skepsis gegenüber Wael Ghoneim als Revolutionsheld in: „Zweifelhaftes Helden der Revolution“, in: GWR 357, März 2011
- (19): Vgl. Johannes Stern: „Ägyptisches Militär greift friedliche Demonstranten brutal an“, in: www.wsws.org/de/2011/dez2011/egyp-d21.shtml
- (20): Siehe dazu z.B.: „Die roten Teufel“, in: Spiegel, Nr. 8/2012, S. 104ff.
- (21): Marwan Chahine: „Egypte: les islamistes écrivent la Constitution“, in: *Libération*, 29.3.2012, S. 8
- (22): Marwan Chahine: „En Egypte, les Frères rompent le pacte“, in: *Libération*, 2.4.2012, S. 8
- (23): Thomas S. Eiselberg: „Für eine libertäre Vermischung der Kulturen“, in: GWR 308, April 2006, S. 8f.; auch als Broschüre „Gewaltfreie Bewegungen im Islam“ bestellbar über Verlag Weber, Zucht & Co, Kassel-Bettenhausen. Im Verlag Graswurzelrevolution ist zu diesem Ansatz das Buch von Ashis Nandy: *Der Intimfeind*, Heidelberg 2008 erschienen

Anzeige

**Querstellen
statt querlesen**

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen: 3 Ausgaben für 5 Euro
Bestellungen unter www.akweb.de

Bürgerkriegspatenschaft?

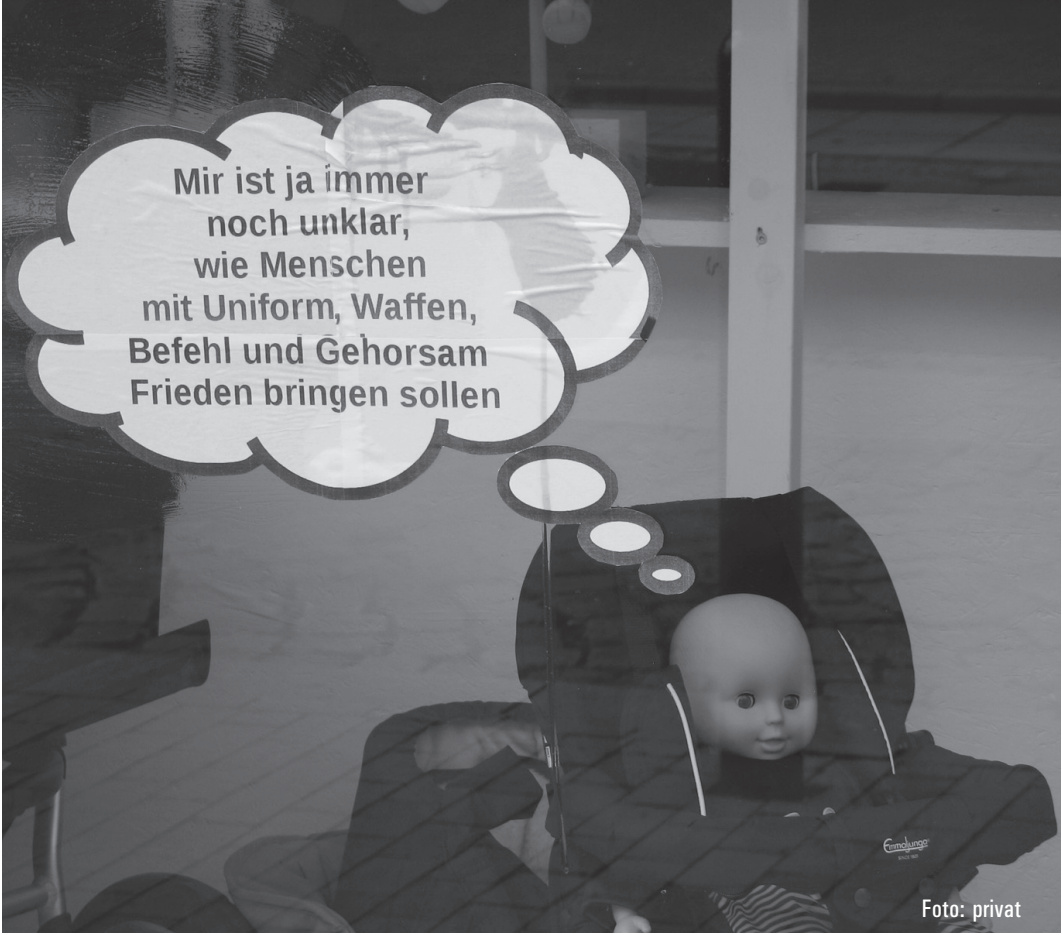
Adopt a Revolution (AaR) muss zur Gewaltfrage Farbe bekennen

In den Medien prägt Gewalt das Bild von Syrien. Dabei gibt es dort auch viele Menschen, die täglich unbewaffnet für Menschenrechte und ein Ende des Assad-Regimes auf die Straße gehen. Wie können wir gewaltfreie Bewegungen in einem Bürgerkriegsland unterstützen? Eine Frage, die nicht nur in graswurzelrevolutionären Kreisen diskutiert wird. Die Kampagne *Adopt a Revolution* (AaR) hat das Ziel mit „Revolutionspatenschaften“ syrischen AktivistInnen zu helfen. Wie problematisch die Politik von AaR sein kann, zeigt eine Auseinandersetzung zwischen Jürgen Wagner und Christoph Marischka von der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) mit Christine Schweitzer (AaR), die wir hier mit Einverständnis der AutorInnen dokumentieren (GWR-Red.)

Vorbemerkung: Die Aktiven der Informationsstelle Militarisierung waren in den letzten Monaten immer wieder mit besorgten Anfragen bezüglich des Projektes „Adopt a Revolution (AaR)“ konfrontiert. Da auch wir die Befürchtung teilen, dass durch das Projekt – wenn auch in bester Absicht – zumindest indirekt der Übergang von einer Aufstandsbewegung zum Bürgerkrieg befördert werden könnte, haben wir dieser Sorge im untenstehenden Text Ausdruck verliehen und ihn am 23. März als Entwurf an „Adopt a Revolution“ sowie an die Organisationen, die die Kampagne unterstützen, geschickt. Dies war verbunden mit dem Angebot, unseren Text zusammen mit einer Stellungnahme zu veröffentlichen (Text und Stellungnahme finden sich unten). Der dadurch ausgelöste Diskussionsprozess erwies sich als schwierig und inmitten dessen wurde seitens des AaR-Beirats und des Projekts am 30. März eine Stellungnahme „Zur Frage so genannter humanitärer Interventionen“ veröffentlicht, in der einige der von uns kritisierten Aspekte adressiert werden (unsere Kritik hatten wir bis dahin, um eine solidarische Debatte zu ermöglichen, nicht veröffentlicht). In der Stellungnahme von AaR heißt es u.a.: „Eine militärisch-humanitäre Option von außen zum Schutz der betroffenen Bevölkerung, wie sie jetzt verstärkt in den Medien und von manchen PolitikerInnen von arabischer, türkischer oder westlicher Seite ins öffentliche Spiel gebracht wird, lehnen wir dennoch aus guten Gründen ab.“[1] Diese Klarstellung ist erfreulich! Allerdings bestehen zwischen dem Vorstand der IMI und dem Projekt AaR (möglichlicherweise auch innerhalb des Projektes) ganz offensichtlich weiterhin an verschiedenen Punkten grundlegend andere Einschätzungen ob der Problematik und Wirkung von AaR. Dies betrifft u.a. die Haltung zur Bewaffnung von Teilen der Opposition und die Verwendung des Begriffs des „Zivilen“, wie aus unserer Kritik an der Kampagne und der im Anschluss abgedruckten Antwort ersichtlich wird.

Bürgerkriegspatenschaft? Adopt a Revolution muss zur Gewaltfrage Farbe bekennen

Ende 2011 wurde die Kampagne „Adopt a Revolution“ auf den Weg gebracht, die nach Eigenangaben über „Revolutionspatenschaften“ vor allem Geld sammeln will, um die gewaltfreien Teile der syrischen Opposition zu unterstützen. Darüber hinaus geht man davon aus, dass die „Stärkung friedlicher politischer AktivistInnen eine militärische Eskalation unwahrscheinlicher macht.“[2] Die Kampagne findet in der Öffentlichkeit breite Beachtung: „Ob ZDF, taz oder SPIEGEL zahlreiche Medien berichten über die Initiative Adopt a Revolution.“[3] Unterstützt wird die Kampagne u.a. von medico international, der Bewegungsstiftung, dem Netzwerk Friedenskooperative und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, also von Gruppen, die sich stets durch ein positives Engagement für Frieden und Gerechtigkeit auszeichnen. Mit diesem Rubrum geht Adopt a Revolution auch offensiv hausieren, in der Pressemitteilung zum Kampagnenstart heißt es etwa: „Das Projekt wird von namhaften Nicht-Regierungsorganisationen wie Medico International und breiten Teilen der Friedensbewegung unterstützt.“[4] Auch wenn dies ganz sicher nicht die Intention der benannten Gruppen darstellt, mittlerweile hat die Kampagne eine derartige Schiefelage bekommen, dass sie auch zu einer Plattform für Akteure und Gruppen geworden ist, die einer militärischen Eskalation das Wort reden. Dies ist für „breite Teile der Friedensbewegung“ inakzeptabel. Es ist deshalb zwingend, dass solchen Positionen nicht weiter über die Kampagne ein zivilgesellschaftlich-friedensbewegter Deckmantel umgehängt wird. Noch einmal: Dies ist sicher nicht die Absicht der angesprochenen Gruppen, sie sollten nun aber dieser Entwicklung entgegenreten. Ansonsten setzt man sich der berechtigten Kritik aus, dass die Kampagne nicht Geld für Revolutions-, sondern für Bürgerkriegspatenschaften sammelt.



Intransparenz in Sachen ausländischer Militärintervention

Um es klar zu sagen: Es ist nur allzu verständlich und richtig, wenn Menschen in Syrien (und anderswo) gegen undemokratische und ungerechte Zustände in ihrem Land auf die Straße gehen; ebenso versteht es sich von selbst, dass die gewaltsame Unterdrückung solcher Proteste zu kritisieren ist und den progressiven Teilen solcher Bewegungen unsere Solidarität gehört. Doch wie genau eine solche Solidarität aussehen muss, welche Form sie annehmen soll und darf, ist eine schwierige Frage. An der Art, wie Adopt a Revolution dies tut, wurde jedenfalls schon frühzeitig Kritik geübt. So wurde zu bedenken gegeben, dass die Kampagne eine extrem einseitige Sichtweise über die Verhältnisse im Land transportiert und ihre Fokussierung auf einen anti-westlichen Akteur, während in vielen pro-westlichen Ländern AktivistInnen ebenfalls unterdrückt würden, Fragen aufwerfe.[5] Hierüber – und im Übrigen auch über den extrem unglücklichen paternalistischen Namen der Kampagne – ließe sich sicher trefflich streiten. Manche innerhalb der Friedens- und Antikriegsbewegung mögen mit solchen Widersprüchen leben können und vielleicht sollte man das auch – eine vernünftige Diskussion darüber wäre jedenfalls sicherlich angebracht, steht jedoch aus. Allerdings reichen die Probleme der Kampagne inzwischen deutlich weiter. Offizieller Kampagnenbeginn war der 4. Januar 2012, an dem das Projekt auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Von den damals auf dem Podium sitzenden vier Vertretern der Kampagne haben sich inzwischen drei für eine westliche Militärintervention und/oder die Bewaffnung der Opposition ausgesprochen. So forderte Amer Al Neser, dessen Funktion als Sprecher des Aktivisten-Netzwerkes Syrian Revolution General Commission (SRGC) angegeben wird, auf der besagten Pressekonferenz:

„Zum Schutz syrischer Menschenrechtsaktivisten braucht es dringend eine Flugverbotszone im Land – und schlagkräftigere Sanktionen gegen das Unrechtsregime.“[6] Besonders problematisch sind insbesondere die Forderungen von Hosan Ibrahim und Ferhad Ahma, die beide Mitglieder im Beirat von Adopt a Revolution sind. Zum Beirat heißt es auf der Kampagnenhomepage: „Der Beirat von Adopt a Revolution berät das Projekt bei der politischen Ausrichtung und in der Umsetzung.“[7] Damit erschöpft sich diese Beiratsfunktion jedoch nicht, denn einige der Beiratsmitglieder werden in Deutschland munter in den Medien herumgereicht, teils eben auch in ihrer Funktion als Beiräte und quasi-Sprecher der Kampagne. Sowohl Hosan Ibrahim als auch Ferhad Ahma sind darüber hinaus auch Mitglieder des Syrischen Nationalrats (Syrian National Council, SNC), der ein (großer) Teil des Problems und nicht der Lösung ist. De facto agieren beide als dessen Deutschland-Sprecher. Dabei wird in den Medien oft nicht klargestellt, ob sie gerade Aussagen im Namen von Adopt a Revolution oder des SNC machen. Die Berichte sind häufig so geschrieben, als würden Hosan Ibrahim und Ferhad Ahma in ihrer Doppelfunktion sprechen, zumindest aus den medial verfügbaren Berichten wird nicht deutlich, ob sie Anführungen unternehmen, dies zu berichtigen. Diese muntere Vermischung zweier sehr unterschiedlicher Funktionen setzte bereits ganz am Anfang der Kampagne ein. So nutzte Ferhad Ahma die Pressekonferenz zur Vorstellung von Adopt a Revolution als Plattform, um die Positionen des Syrischen Nationalrats in Deutschland unter die Leute zu bringen – versehen mit dem zivilgesellschaftlichen Deckmantel der Kampagne: „Der Nationalrat setze sich für die Schaffung einer Flugverbots- und Sicherheitszone an der Grenze zur Türkei ein, sagte Ahma. Ziel sei, dass sich Abtrünnige der offiziellen Streitkräfte dort sicher

aufhalten könnten. Um diese Zone durchzusetzen, müsse es mindestens mit einer Gewaltandrohung versehen werden.“[8] Innerhalb der Friedens- und Antikriegsbewegung (und nicht nur dort) ist es weitgehend unumstritten, dass die Durchsetzung einer Flugverbotszone eine kriegerische Handlung darstellt und damit als militärische Intervention abzulehnen ist. Anscheinend ist man sich innerhalb der Kampagne uneinig, was die diesbezügliche Position anbelangt. So erteilte Elias Perabo, einer der Initiatoren der Kampagne, im Namen von Adopt a Revolution einer „Libyen-Option“, die als offensichtliches Vorbild für eine Flugverbotszone in Syrien dient, eine klare Absage. „Ja, wir und die Netzwerke lehnen eine ausländische militärische Intervention wie in Libyen ab.“[9] Wie sich seine Aussage mit den oben zitierten Forderungen in Einklang bringen lässt, bleibt ein Geheimnis, das wohl nur die Betreiber der Kampagne kennen. Und hier liegt auch das Hauptproblem, weil diese offenkundigen Differenzen nicht transparent gemacht werden. Ähnlich gestaltet es sich mit einer Klarstellung von Christine Schweitzer, die ebenfalls im Beirat von Adopt a Revolution sitzt, zur Position der deutschen Unterstützerorganisationen der Kampagne: „Die sich der deutschen Friedensbewegung zurechnenden UnterstützerInnen von Adopt a Revolution lehnen ein internationales militärisches Eingreifen gleich welcher Form, auch als Flugverbotszone, ab, weil wir fürchten, dass dies viel mehr Opfer kosten würde als ein Verzicht auf solche militärischen Mittel. Wir können und werden diese Position unseren syrischen PartnerInnen nicht aufzwingen, legen sie aber offen.“[10] Das Problem: „Offengelegt“ wurde diese Haltung auf der Internetseite des Netzwerk Friedenskooperative, auf der Homepage von Adopt a Revolution, wo ansonsten jeder kleinste Medienbericht dokumentiert wird, ist davon nichts zu finden. Durch dieses „Versäumnis“ ent-

steht eine untragbare Situation, nämlich dass Menschen im Namen einer Kampagne, die nach Eigenangaben von „breiten Teilen der Friedensbewegung“ getragen wird, Flugverbotszonen fordern.

Eskalation durch Militarisierung der Opposition

Elias Perabo räumt zur Frage, „ob es einen bewaffneten Arm des Widerstands geben soll“ ein, man sei diesbezüglich innerhalb der syrischen Kooperationspartner „unterschiedlicher Meinung.“[11] Doch gerade zu den Forderungen nach einer Bewaffnung von Oppositionsgruppen muss die Kampagne endlich eindeutig Farbe bekennen. Hierbei handelt es sich um keine Nebensächlichkei, die stillschweigend ignoriert werden könnte. Durch eine Militarisierung und Aufrüstung der Oppositionsbewegung werden gewaltfreie Gruppen marginalisiert, der Konflikt weiter angeheizt, Verhandlungen erschwert und generell die Gefahr, dass sich der Bürgerkrieg noch über viele Jahre hinziehen wird, massiv erhöht.[12] In der Adopt-Pressemitteilung zum Start der Kampagne wird Ferhad Ahma noch folgendermaßen zitiert: „Wir wollen keine weitere militärische Eskalation in Syrien, sondern eine Fortsetzung des friedlichen Protests. Ein Bürgerkrieg würde tausende Menschenleben mehr kosten, als die aktuellen friedlichen Proteste. Um das zu verhindern ist es dringend notwendig, die lokalen Komitees zu unterstützen.“[13] Inhaltlich hat er hier natürlich recht, leider trägt er zu einer solchen Eskalation bei, indem er für die Bewaffnung der Opposition wirbt: „Wenn in den nächsten Tagen keine Anzeichen für einen politischen Prozess zur Machtübergabe kommen, wird der Nationalrat die Rebellen selbst bewaffnen. Die Massaker der letzten Tage lassen uns keine andere Wahl. Wir haben ein Jahr lang gewartet.“[14] Man beachte die Wortwahl: Ahma spricht hier von „uns“ im Zusammenhang mit dem Syrischen Nationalrat und bestätigt damit, dass er sich als das deutsche Sprachrohr der Organisation versteht. Dies ist umso problematischer, da mit der groß angelegten Lieferung von Waffen an die Opposition bereits begonnen wurde und sich der Syrische Nationalrat offensichtlich in der Verantwortung sieht, diese breit über das Land zu verstreuen. So titelte die FAZ: „Nationalrat will sich an Spitze der bewaffneten Opposition setzen.“ Erreicht werden sollte dies folgendermaßen: „Der syrische Nationalrat hat ein Militärbüro gegründet, um Kontrolle über die bewaffnete Opposition zu erlangen.“[15]

Plattform für den militärischen Aufstand

Hozan Ibrahim, Adopt-Beirat und Mitglied im Syrischen Nationalrat, fordert die Bundesregierung dazu auf, den Nationalrat als „legitime Vertretung des syrischen Volkes“ anzuerkennen.[16] Fortsetzung nächste Seite

»Raum schaffen für das Unvorhersehbare & Irritierende, für das Horizont Öffnende & Nicht-Integrierbare ...«

Spendenkampagne der BUKO
Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit
Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel
BLZ: 210 602 37 . Kto.: 234 389

WWW.BUKO.INFO

Ein Dilemma

Antwort von Christine Schweitzer (AaR) auf die von Christoph Marischka und Jürgen Wagner im nebenstehenden Text „Bürgerkriegspatenschaft? Adopt a Revolution muss zur Gewaltfrage Farbe bekennen“ formulierte Kritik

Betrifft: Eure Schreiben zu Adopt a Revolution an „die Trägerorganisationen“ vom 23. März 2012 und an die deutschen Beiratsmitglieder und Unterstützerorganisationen vom 30.März

Lieber Jürgen, lieber Christoph,

die VertreterInnen der deutschen Unterstützerorganisationen, Mitglieder des Beirats und Vertreter von Adopt a Revolution haben sich zweimal über Euren Text unterhalten. Ich bin gebeten worden, eine Antwort an Euch zu formulieren. Generell schätzen wir, dass Euer Papier uns vorher zur Stellungnahme zugegangen ist, und dass Ihr in der zweiten Version des Papiers ein paar faktische Irrtümer zur Struktur der Initiative bereinigt habt. Wir wundern uns aber, warum Ihr Adopt a Revolution (AaR) nicht direkt in den Austausch einbezogen habt. Wir hatten versucht, in unserer Antwort auf die erste Fassung des Briefes (...) Eure Kritikpunkte anzusprechen, aber Eure neue Textversion geht leider auf diese Punkte weiterhin nicht ein, so dass jetzt doch nur die Dokumentation von Stellungnahme und Gegenstellungnahme bleibt.

1.

Was Ihr anspricht, ist eine Dilemma-Situation, die wir alle spüren und mit der wir nicht glücklich sind. Aus dem ursprünglich rein zivilen Widerstand ist inzwischen ein „Mix“ von gewaltlosen und gewaltsamen Widerstandsformen geworden, und die überwiegende

Mehrheit der Opposition unterstützt das Vorhandensein der Freien Syrischen Armee (FSA). Sogar das ein Motto einer Freitagsdemonstration vor einigen Wochen lautete: „Bewaffnet die FSA“. Es ist ein Problem, zivilen Widerstand zu unterstützen, wenn die Partner sich nicht zu bewaffnetem Widerstand abgrenzen, ja die Bewaffnung fordern. (Nicht ihre eigene – es geht in Syrien nicht um eine Volksbe-

waffnung, sondern die FSA wird als ‚alternative Armee‘ gesehen.) Nachdem Anfang des Jahres einige Staaten bereit waren, zudem auch über direktere Formen einer Militärintervention (Flugverbotszone, „humanitärer Korridor“) nachzudenken, sieht es im Moment so aus, als ob diese Intervention nicht mit eigenen Truppen (die berichtigte Kategorie der „Berater“, wie man sie in so vielen Kriegen findet, mal ausgenommen) stattfinden, sondern das Töten und Sterben den Syrern allein überlassen werden soll.

Die Bekanntmachungen und Beschlüsse der Istanbul-Konferenz Ende März, die auch eine Waffenhilfe durch die Golfstaaten in Höhe von 100 Millionen Euro in den nächsten drei Monaten beinhalten, haben die Weichen jetzt wohl endgültig in Richtung eines umfassenden Bürgerkrieges gestellt, sofern der Friedensplan von Kofi Annan nicht doch noch erfolgreich ist. Wie groß die Chancen dafür sind, ist schwer zu sagen, auch wenn die Tatsache, dass er von Russland unterstützt wird, etwas Grund zu Hoffnung gibt.

Ein solches Dilemma wird man, wenn man sich im internationalen Kontext engagiert, immer wieder erleben. (Man denke nur an die Frage der Unterstützung von bewaffneten Befreiungsbewegungen in den 70er und 80er Jahren.) Wie positioniere ich mich, wenn in einem anderen Land Menschen für Gerechtigkeit aufstehen, sie aber entweder geschlossen oder zu einem Teil den Weg eines bewaffneten Kampfes wählen? (Nur eine Anmerkung am Rande: Viele Linke, die heute die syrische Opposition kritisieren,

standen damals auf der anderen Seite, als für Waffen für El Salvador gesammelt wurde oder bewaffnete Freiwilligenbrigaden in Nicaragua Erntehilfe leisteten.) Adopt a Revolution hat sich zu einem Zeitpunkt, als die FSA noch kaum eine Rolle spielte, für den Weg entschieden, den zivilen Widerstand zu unterstützen. Solange es diesen zivilen Widerstand weiterhin gibt, sehe ich keinen Grund, mit der Unterstützung des Projektes aufzuhören. Diesen zivilen Widerstand gibt es weiterhin.

Fortsetzung nächste Seite



Foto: www.adoptrevolution.org

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bürgerkriegspatenschaft?

Die Sache hat nur einen Haken: Große Teile der syrischen Opposition fühlen sich von ihm nicht vertreten. Dies liegt vor allem an der Forderung nach auswärtiger militärischer Unterstützung. Für Hosan Ibrahim ist klar: „Die politischen Mittel sind ausgeschöpft. Wir haben uns mehr vom Westen erwartet.“ [17] Auch Ferhad Ahma gibt an: „Man kann angesichts eines Regimes, das alle Vorschläge ablehnt, nicht auf eine friedliche oder politische Lösung setzen.“ Er geht davon aus, durch eine Bewaffnung der Freien Syrischen Armee könne die „Zivilbevölkerung zumindest punktuell geschützt werden.“ [18] In seinen offiziellen Stellungnahmen fordert der Syrische Nationalrat ganz offen eine Flugverbotszone und sogar eine Militärintervention. So hieß es Mitte März 2012 in einer SNC-Erklärung: „Wir fordern ein militärisches Eingreifen der arabischen Staaten und der internationalen Staatengemeinschaft.“ [19] Bassam Ishak, Mitglied im Syrischen Nationalrat, begründete die Forderung nach einer westlichen Bewaffnung der „Freien Syrischen Armee“ im selben Bericht mit den Worten: „Wir haben keine andere Wahl mehr, als uns mit Waffengewalt zu wehren.“ [20] Nachvollziehbar ist deshalb, dass sich viele Syrer vom Syrischen Nationalrat ganz und gar

nicht vertreten fühlen. Stellvertretend sei hier Louay Hussein zitiert: „Seine Art [die des Nationalrats], mit dem Konflikt hier in Syrien umzugehen, ist für uns als Oppositionelle in Syrien unakzeptabel. Sie wollen die Lösung der ganzen Sache in fremde Hände legen. Sie wenden sich an die internationale Gemeinschaft, den Sicherheitsrat, die Großmächte. Wir wollen eine Lösung hier, in Syrien erreichen. Die Mehrheit der politischen Aktivisten in unserem Land ist nicht einverstanden mit der Richtung, die der Syrische Nationalrat eingeschlagen hat. Die Frage, wie wir das Regime überwinden können, ist schwer genug zu lösen. Durch die Bildung des Syrischen Nationalrates ist das noch komplizierter geworden.“ [21] Wie fatal die vom Syrischen Nationalrat betriebene Bewaffnung der Freien Syrischen Armee ist, zeigt sich etwa darin, dass sich die Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen seitens der bewaffneten Oppositionsgruppen häufen. Hierauf und auf die üble Rolle des SNC in diesem Zusammenhang wies unter anderem Human Rights Watch hin: „In einem offenen Brief wirft Human Rights Watch dem Syrischen Nationalrat (SNC) und anderen Aktivisten vor, gegen Entführungen, Inhaftierungen und Folter von Sicherheitskräften und Regimetreuen Milizen nicht genug zu tun. Einige Angriffe der Freien Syri-

schen Armee (FSA) seien offenbar auch religiös motiviert und richteten sich gegen die schiitische oder alawitische Minderheit, der auch Assad angehört. Es habe zudem Berichte über Hinrichtungen gegeben.“ [22] Solche Informationen, die ein etwas differenzierteres Bild des Konfliktes ergeben, werden auf der Internetseite von Adopt a Revolution jedoch nicht abgebildet. So etwas sollte sich jedoch von selbst verstehen, so schreibt selbst der Spiegel: „Der Human Rights Watch Bericht stellt einen schweren Rückschlag für die Aufständischen in Syrien dar, denn er stellt die Autorität der Abgeordneten des Syrischen Nationalrats in Frage und scheint Aussagen des Assad-Regimes Glaubwürdigkeit zu verleihen, wonach es sich bei den Rebellen um wild gewordene Freischärler handelt.“ [23] Hieraus wird klar, in welchem Maß sich die Kampagne mittlerweile verrannt hat: Wenn selbst dem Spiegel Zweifel an der Rolle des SNC aufkommen, sollten Organisationen, die sich der Friedensbewegung zurechnen, ebenfalls darüber nachdenken, ob sie daran beteiligt sein wollen, Personen, die sich offensichtlich als Sprachrohre dieser Gruppe sehen, weiter eine Plattform bieten zu wollen.

Fazit

Es wäre ein erster Schritt, wenigstens die Differenzen zwi-

schen einigen Adopt-Beiräten und den beteiligten deutschen Organisationen auf der Internetseite der Kampagne an prominenter Stelle klar auszuweisen. Eigentlich genügt dies angesichts der Rolle, die vor allem Ferhad Ahma spielt, aber nicht. Die richtige Schlussfolgerung wäre es, alle Personen, die einer militärischen Eskalation das Wort reden – in Form von Rufen nach einer ausländischen Militärintervention und/oder einer Bewaffnung der Opposition – nahe zu legen, den Beirat zu verlassen. Falls dies aus für Außenstehende nicht ersichtlichen Gründen nicht möglich sein sollte, wäre es wünschenswert, wenn die Unterstützung der Kampagne beendet würde. Nicht absehbar ist bereits jetzt, ob und wie stark die stark simplifizierende und emotionalisierende Kampagne, die stärker auf moderne Kommunikationsstrategien als auf die Vermittlung von Inhalten setzt, bereits zur Eskalation und damit zur Marginalisierung der gewaltfreien Opposition beigetragen hat. Das Problem, die Deutungshoheit über die Vorgänge in Syrien im Exil lebenden Oppositionellen und interessierten Dritten zu überlassen, hat sie jedenfalls nicht behoben, sondern eher verschlimmert.

Christoph Marischka und Jürgen Wagner

Anmerkungen:

- [1] Zur Frage so genannter humanitärer Interventionen, Stellungnahme des Beirats von Adopt a Revolution, Stellungnahme des Projekts, 30.03.2012: <https://www.adoptrevolution.org/hintergrund/zur-frage-sog-humanitaerer-intervention/>
- [2] Die Idee von Adopt a Revolution: <https://www.adoptrevolution.org/uber-uns/idee/>
- [3] Adopt a Revolution: Pressespiegel: <https://www.adoptrevolution.org/category/pressespiegel/>
- [4] Kampagne zur aktiven Unterstützung der syrischen Demokratiebewegung erfolgreich gestartet, Adopt a Revolution, Pressemitteilung vom 4. Januar 2012: <https://www.adoptrevolution.org/pm-kampagne-zur-aktiven-unterstuetzung-der-syrischen-demokratiebewegung-erfolgreich-gestartet/>
- [5] Vgl. zu diesen Kritikpunkten etwa Guilliard, Joachim: „Revolutionspatenschaften“ für Syrien. Fragwürdige Solidarität unterstützt einseitige Meinungsmache, junge Welt, 17.01.2012; Wagner, Thomas: Die Scharfmacher. Syrische Exilpolitiker drängen auf „humanitäre Intervention“, Hintergrund.Online, 10.02.2012.
- [6] „Der Konflikt droht zu eskalieren“, taz, 04.01.2012: www.taz.de/184970/
- [7] Zu den weiteren Aufgaben des Beirats heißt es: „Die zentralen Aufgaben des Beirats sind: Festlegung der Förderrichtlinien; Auswahl der Netzwerke, mit denen Adopt a Revolution zusammenarbeitet; Beratende Begleitung des Projekts; Beratung zur rechtmäßigen Mittelverwendung und der finanziellen Transfers ins Ausland; Beratende Diskussion der politischen Situation in Syrien und Deutschland.“ Adopt a Revolution: Der Beirat: <https://www.adoptrevolution.org/uber-uns/beirat/>
- [8] Proteste in Syrien: Syrische Opposition wirbt um deutsche Unterstützung, Focus Online, 04.01.2012: www.focus.de/politik/naechere-meldungen/proteste-in-syrien-syrische-opposition-wirbt-um-deutsche-unterstuetzung_aid_699369.html
- [9] „Der Maßstab ist nicht Pazifismus“, Jungle World, 23.02.2012: <http://jungle-world.com/artikel/2012/08/44926.html>
- [10] Schweitzer, Christine: Syrien zwischen Bürgerkrieg und gewaltfreiem Aufstand, Netzwerk Friedenskooperative, 06.02.2012: www.friedenskooperative.de/themen/arabel04.htm
- [11] „Der Maßstab ist nicht Pazifismus“, Jungle World, 23.02.2012.
- [12] Vgl. ausführlich Wagner, Jürgen: Syrien: Die Militarisierung der Proteste und die strategische Unvernunft der Gewalt, IMI-Studie 2012/07.
- [13] Kampagne zur aktiven Unterstützung der syrischen Demokratiebewegung erfolgreich gestartet, Adopt a Revolution, Pressemitteilung

- vom 4. Januar 2012.
- [14] Syrische Opposition gibt Kofi Annan letzte Chance, Financial Times Deutschland Online, 13.03.2012: www.ftd.de/politik/international/kampf-gegen-assad-syrische-opposition-gibt-kofi-annan-letzte-chance/70008120.html
- [15] Nationalrat will sich an Spitze der bewaffneten Opposition setzen, FAZ Online, 01.03.2012: www.faz.net/aktuell/politik/arabische-welt/syrien-nationalrat-will-sich-an-spitze-der-bewaffneten-opposition-setzen-11669056.html
- [16] Schließung der syrischen Botschaft gefordert, taz online, 11.02.2012: www.taz.de/1/archiv/digital/artikel/?ressort=in&dig=2012%2F02%2F11%2Fa0144&cHash=a5fc128afa
- [17] Syrische Opposition gibt Kofi Annan letzte Chance, Financial Times Deutschland Online, 13.03.2012.
- [18] „Die Syrer wollen den demokratischen Wandel“, Deutsche Welle, 16.03.2012: www.dw.de/dw/article/0,15812534,00.html
- [19] Syriens Opposition bittet um Militärintervention, Welt Online, 13.03.2012: www.welt.de/politik/ausland/article13920622/Syriens-Opposition-bittet-um-Militaerintervention.html
- [20] Ebd.
- [21] „Syrien ist zum Schlachtfeld der Großmächte geworden“, junge Welt, 11.02.2012. In einer Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik heißt es hierzu: „Der syrische Nationalrat (...) genießt nur zum Teil die Unterstützung der syrischen Bevölkerung. Als größtes Hindernis für ein gemeinsames Vorgehen verschiedener Oppositionsbündnisse erweist sich dabei die Haltung zur Frage ausländischer Intervention, die von vielen Syrern kategorisch abgelehnt wird. Aus dieser Kontroverse ergeben sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über das aktuelle Vorgehen.“ Siehe Asseburg, Muriel/Wimmen, Heiko: Der gewaltsame Machtkampf in Syrien. Szenarien und Einwirkungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, SWP-Aktuell 12, Februar 2012, S. 4.
- [22] Die unbequeme Wahrheit. Der syrische Widerstand foltert und mordet, Hintergrund Online, 22.03.2012: www.hintergrund.de/20120321975/globales/kriege/die-unbequeme-wahrheit-der-syrische-widerstand-foltert-und-mordet.html
- [23] Videos zeigen offenbar Folter durch Opposition, Spiegel Online, 20.03.2012: www.spiegel.de/politik

Foucault-Comic

Ein Buch macht neugierig auf das Denken des französischen Philosophen

Buchbesprechung

Ansgar Lorenz/Reiner Ruffing: Michel Foucault. Philosophie für Einsteiger, Wilhelm Fink Verlag, 2012, 80 Seiten, 19,90 Euro

Der neuen Reihe des Wilhelm Fink Verlags – „Philosophie für Einsteiger“ – liegt ein ansprechendes Konzept zugrunde. Im Gegensatz zu den „normalen“ Einführungsreihen haben wir es hier nämlich mit Büchern im DIN A 4-Format zu tun, bei denen Zeichnung (Ansgar Lorenz) und Text (Reiner Ruffing) gleichberechtigt sind und so gewissermaßen als philosophische Comics bezeichnet werden können. Die Gestaltung des Bandes, sowohl was die Motive, als auch das jeweilige Seitenlayout insgesamt angeht, ist durchweg gelungen. Zeichnungen sind allerdings bekanntermaßen Geschmackssache, aber ich denke allein der Tanz, den Sartres Augen auf Seite 17 aufführen dürfte auch KritikerInnen vom Zeichner überzeugen. Leider etwas ärgerlich, weil unnötig, sind ein paar formale Fehler, bzw. Unklarheiten. So werden Zitate innerhalb der Textblöcke durch Kursivdruck kenntlich gemacht, allerdings manchmal in Klammern hinzugesetzt von wem das Zitat ist (z.B. S.47), manchmal aber auch nicht (z.B. S.4), einmal der Kursivdruck auch vergessen (S.72). Die Porträtzeichnungen

sind meist erläutert, aber manchmal eben auch nicht. So lässt sich nur vermuten, dass man es auf Seite 8 mit David Ricardo (Sprechblase: „Der Wert der Ware wird durch die menschliche Arbeit bestimmt“) zu tun hat. Irritierend ist es zudem – und damit begeben wir uns langsam in die inhaltliche Kritik – warum mit Foucaults Buch *Die Ordnung der Dinge*, das ihn bekannt gemacht hat, der Band eröffnet wird und dann ein paar Seiten später mit „Kindheit und Jugend“ (S.15) ein neuer Anlauf zur Biografie beginnt. Sind das nun alles Kleinigkeiten, die entweder leicht in einer weiteren Auflage – die dem Buch zu wünschen ist – zu beheben sind oder nicht sehr ins Gewicht fallen, so leidet die Darstellung doch an einer wirklichen Schwäche: Foucault erscheint nämlich zu sehr „aus einem Guss“, als jemand ohne wirkliche Brüche. So hat man den Eindruck, dass Foucault immer politisch aktiv war, wenn es heißt: „Foucault mischte sich aktiv in die politische Auseinandersetzung ein. Man sieht ihn mit einem Megaphon in der Hand bei Demonstrationen auf der Straße. Er bekämpfte die Todesstrafe.“ (S.13) Ja, aber wann war das genau? Eine Seite weiter wird erklärt: „In den 70er Jahren verstärkte sich Foucaults politisches Engagement.“ (S.14) Nun „verstärkte“ es sich aber nicht einfach, sondern es änderte sich auch



Abb. aus: Lorenz/Ruffing: Michel Foucault. Philosophie für Einsteiger

grundlegend. Denn Foucaults politisches Engagement vor seiner Zeit in Tunesien und dem Mai 1968 bestand in erster Linie in der Ausübung von kulturellen Repräsentationstätigkeiten für den französischen Staat und der Mitarbeit an einer gaullistischen Hochschulreform. Wenn es deshalb heißt: „Zurück in Paris wird er Leiter des Fachbereiches Philosophie an der neugegründeten Reformuniversität in Vincennes

und gerät sogleich in die politischen Auseinandersetzungen der 68er-Zeit: Straßenschlachten, Tränengas, Sit-ins, Dauerproteste“ (S.36), dann war das alles andere als selbstverständlich und viele auf Seiten der Linken standen Foucault dementsprechend skeptisch gegenüber. Es ist deshalb dann auch etwas irreführend, wenn Sartres Kritik an *Die Ordnung der Dinge* referiert und wie folgt kommen-

tiert wird: „*Foucault erklärt uns nicht, was ja das Interessante wäre: ... wie die Menschen von einem Denken zum anderen übergehen. Dazu müsste er die Praxis ins Spiel bringen, also die Geschichte, und eben das lehnt er ab.* [Sartre] Umgekehrt kritisierte Foucault Sartre als Allround-Intellektuellen, der zu jedem und allem etwas zu sagen habe. Von Utopisten wie Sartre sei im Verlauf der Geschichte schon genügend Unheil ausgegangen. Trotz dieser Differenzen kämpften Sartre und Foucault Seite an Seite gegen unmenschliche Haftbedingungen.“ (S.34) Das Problem ist nämlich, dass die Zeit, in der beide „Seite an Seite“ kämpften, nicht die Zeit vor 1968 war, auf die die Polemik datiert. Foucault selbst hat in einem Interview aus der Zeit des Kampfes „Seite an Seite“ auch auf die Frage/den Vorwurf, dass seine damaligen Ausführungen nach einem „Glaubensbekenntnis zugunsten eines apolitischen, nicht engagierten Strukturalismus“ klangen, geantwortet: „Seitdem haben sich viele Dinge grundlegend geändert. Wahrscheinlich, weil meine Generation sich der von Sartre angenähert hat.“ Nun ja, die „Generation“ war allem voran er selber. Und wenn es, wie schon zitiert, hieß: „Er bekämpfte die Todesstrafe“ (S.13), kann man immerhin als „Ausgleich“ jene Bemerkung anfügen, die er in Auseinander-

setzung mit Noam Chomsky 1971 machte: „Wenn das Proletariat die Macht übernehmen wird, kann es sein, dass es gegenüber den Klassen, über die es gesiegt hat, eine diktatorische und sogar blutige Gewalt ausübt. Ich sehe nicht, welchen Einwand man dagegen erheben kann.“ Bei vielen Aussagen hätten generell ein paar Wörter gereicht, um die notwendige Konkretisierung zu leisten. So heißt es: „Zu unterscheiden ist eine *Ars erotica* in Gesellschaften wie China, Japan, Indien, den arabisch-islamischen Gesellschaften und eine *scientia sexualis* im Abendland.“ (S.46) Hier fehlt sowohl der Hinweis darauf, dass diese Unterscheidung in *Der Wille zum Wissen* vorgenommen wird, wie auch, dass er diese Unterscheidung kurze Zeit später problematisierte. Dann heißt es: „In seinen Vorlesungen am *Collège de France* suchte er nach Beispielen und Bezügen, wie man sich diese autonome Selbstkonstitution genauer vorstellen kann.“ (S.53) In dieser Allgemeinheit ist die Aussage falsch, denn diese Suche findet lediglich in seinen letzten Vorlesungen statt. Trotz aller Kritik ist der Band als Einstieg, der Lust auf das Denken und das Leben dieses interessanten Denkers machen soll, gelungen – und gut anzuschauen allemal. **Philippe Kellermann**

Der Anti-Itchy

Zwei neue Bücher des Philosophen Gerald Raunig untersuchen die Universität als Fabrik und die Frage, wie aus der Kulturindustrie durch Pluralbildung ein Heilsversprechen werden konnte: Creative Industries

Rezensionen

Gerald Raunig: Fabriken des Wissens. Streifen und Glätten 1. Berlin 2012, diaphanes Verlag, 96 Seiten, ISBN 978-3-03734-213-8, 10 Euro / CHF 14,90

Gerald Raunig: Industrien der Kreativität. Streifen und Glätten 2. Berlin 2012, diaphanes Verlag, 96 Seiten, ISBN 978-3-03734-221-3, 10 Euro / CHF 14,90.

Der Einstieg ist nicht ganz leicht. Es geht um ein Mäusevolk, eine Sängerin namens Josefina und die Versammlungen anlässlich ihrer Auftritte. Die Mäusefrau ist keine spießige Mini-Mouse, sie ist auch nicht von Disney, sondern erschaffen hatte sie Franz Kafka in seiner letzten Kurzgeschichte. Dem Philosophen Gerald Raunig wird die Fiktion zum Anlass, um über herausragende Fähigkeiten zu schreiben, die weniger als durchschnittlich sind und über politischen Widerstand, der nichts fordert, sondern eher pfeift. Ob auf alles oder nach der eigenen Pfeife, das herauszufinden, wäre eine der Aufgaben für die LeserInnen.

Fabriken und Maschinen

Dann geht es aber handfest weiter mit einer luziden Analyse der gegenwärtigen Universität, die Raunig als Fabrik beschreibt. Es ist aber nicht die

Produktionsstätte, die zuvor freie Subjekte beim Durch-Sich-Durchschleusen entfremdet, diszipliniert und zurechtet. Auch das angeeignete Wissen wird nicht nur eingetrichtert, sondern von den schon vorher auf die Übergangsphase zwischen Schule und Job ab- und ausgerichteten Subjekten mit erstellt. „Im Modus der Modulation“ befinden sich für Raunig diese gegenseitigen Fabrikationen von Institution, Wissen und Subjekten. Hier wird auch der Begriff der Maschine, der keine Metapher ist, wieder in Anschlag gebracht. Raunig entlehnt ihn bei Karl Marx – und knüpft damit an sein vorheriges Buch „Tausend Maschinen. Eine kleine Philosophie der Maschine als soziale Bewegung“ (Wien 2008) an (vgl. GWR 330). Die Maschine meint mechanische und intellektuelle Mittel zugleich, Apparate und Denkweisen kommen in ihr gleichermaßen in Bewegung. Als soziale Maschine werden Phänomene beschrieben, die Produktion und Begehren aneinander binden. Derzeit ist das eben sehr schön zu beobachten an der Produktion des Wissens, ihrer gesellschaftlichen Funktion und den Settings ihrer Produktionsweisen. Raunig beschreibt „28 Tendenzen der modulierenden Universität“, die den stärksten, vielleicht prägnantesten Teil des Buches ausmachen. Hier werden die „harschen neoliberalen Reformen“ aufgezeigt und kritisiert: Das Messen und Ras-

tern, die Disziplinierung der Studierenden und die Zurechtung des Studium nach Marktkriterien. Die Institutionen und Kräfteverhältnisse erscheinen hier angemessen stark und in all ihrer Flexibilität verdammt stabil und mächtig. Ansonsten ist nämlich in Raunigs Begriffswelt viel Platz für nicht-hierarchisches Neuerfinden und für Widerstand. Die „Tendenzen“ sind insofern auch deshalb stark, weil sie den prinzipiellen Optimismus des Autors (und der an Gilles Deleuze angelehnten Denkbewegungen überhaupt) selbst etwas abbremsen.

Industrien und Streiks

Mit der pfeifenden Josefina beginnt auch der zweite Band von „Streifen und Glätten“, *Industrien der Kreativität*. Er ist ähnlich gegliedert, hier stehen in der Mitte „17 Tendenzen der Modulation der Kreativität“. Und wie schon Maschine und Fabrik, werden auch die Industrien neu gelesen. Karl Marx ist auch hier zentraler begrifflicher Referenzpunkt. Raunig legt die Kulturindustriethese neu aus und dreht sie gewissermaßen um. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno hatten in der *Dialektik der Aufklärung* die Kulturindustrie als Phänomen beschrieben, in dem Muße und Kreativität der Fließbandarbeit angeglichen würden. Freiheit unterm Spätkapitalismus sei reduziert worden auf die Freiheit von Achselnschweiß und Emo-

tionen. Der Kapitalismus hat die Kultur demnach total zurechtet nach den Maßgaben der fordistischen Produktion. Aber: neue Produktionsbedingungen, neue Formierung. Jetzt sind es gerade die Authentizität des schweißtreibenden Dauereinsatzes und die emotionalen skills, die den Kapitalismus postfordistisch erneuert haben. Und weil die KünstlerInnen – flexibel, mobil, rund um die Uhr kreativ – hier als Modell fungieren, ist es auch konsequent, sich mit den Kunstausbildungsstätten zu beschäftigen. Nicht ganz so passend scheint dann allerdings das – trotz allem schöne – Beispiel des Kunststreiks. Denn er spielt inmitten des Fordismus und war zudem grandios gescheitert. Ausgerufen hatte den Kunststreik der Konzeptkünstler Gustav Metzger gegen die zunehmende Ökonomisierung des Kunstfeldes. Gefolgt war ihm niemand. Raunig schreibt einerseits gegen „hohle Propagandabegriffe wie Creative Entrepreneurs, Creative Clusters, Creative Districts, Creative Cities“ an, betont aber andererseits immer die Eingebundenheit der Subjekte in diese neue Hohlheit: „Wir sind die Zahnräder einer zunehmend modularisierten Gesellschaft, und zugleich modulieren wir uns und die Welt.“ Diese Eingebundenheit beschreibt aber nicht nur Kooperation, sondern immer auch einen Möglichkeitsraum. Wenn auch die Zuversicht manchmal

irritiert und die deleuzianische Begriffswelt des Glättens, Kernens, De- und Re-Territorialisierens nach wie vor gewöhnungsbedürftig erscheinen kann, das Pendeln oder Pfeifen zwischen Analyse und aktivistischen Ansatzpunkten gehört sicherlich zur Stärke beider Bücher.

Josefine und Itchy

Josefine jedenfalls ist ein Anlassfall. Sie ist – und weil Realität und Fiktion ja in poststrukturalistischen Ansätzen so gerne ineinanderfallen, ließe sich das auch für Raunig behaupten – ein Anti-Itchy. Sicher, ein „Anti“ setzt einen Dualismus voraus, den besagte Herangehensweisen ja immer gerne zum Verschwinden bringen wollen. Aber das Fliehende und Unterlaufende, die unauffällige Sabotage und das zufällig und geschmeidig Kollektive, um das es Raunig geht, ließen sich wirklich als Gegenmodell zum gewaltgeilen Individualismus von Itchy beschreiben. Itchy ist keine singende, sondern eine blutrünstige Maus, eine doppelt fiktionale, weil sie in der Zeichentrickserie „Itchy & Scratchy“ spielt, die in der Zeichentrickserie „Die Simpsons“ spielt. Der scheinbar übermächtige Gegner wird ständig gespalten, zerstückelt, gekocht, in der Brutaloparodie auf „Tom & Jerry“ spritzt das Blut permanent. Bart und Lisa Simpson lachen vor dem Fernseher über die immer neuen Metzertechniken,

aber die Freude über den Sieg des Schwächeren ist das nicht. Dazu bedürfte es eben der Fähigkeit, dem unauffälligen Pfeifen der Mäusefrau im eigensinnigen Gewimmel Gehör zu schenken. Gerade an der Universität – und die Proteste der letzten beiden Jahre zwischen Wien, London und Santiago de Chile scheinen dem Recht zu geben –, wo Selbstregulierung zum täglichen Geschäft gehört und die Aufstandsbekämpfung schon bei der Verschuldung der Studierenden beginnt, entstehen neue Möglichkeiten der politisch-emanzipatorischen Mobilisierung: „an den Oberflächen des Wissens surfend und zugleich im Modus der Intensivierung, Verdichtung, Vertiefung.“

Oskar Lubin

Anzeige

Top Thema
im neuen Heft

TIERMAST

BAYER & die
Killerkeime

Stichwort BAYER
braucht Abos.
Kostenloses
Probeheft
anfordern.
Jetzt.

www.CBNetwork.org
CBNetwork@aol.com

Postfach 150418
40081 Düsseldorf

STICHWORT
BAYER

Das Magazin

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

„Newo Ziro – Neue Zeit“

Ein Film, der einfühlsam aus der Graswurzelperspektive vier Sinti und die Erben Django Reinhardts portraitiert: „Musik ist unsere Sprache. Musik ist Freiheit“

Filmbesprechung

„Newo Ziro – Neue Zeit“, Dokumentarfilm von Robert Krieg und Monika Nolte, 84 Min. HD, Deutschland 2012

Früher stand am „Deutschen Eck“ das monumentale Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm I. in hochherrschaftlicher Pose, um an die Reichsgründung zu erinnern. Die an der Mündung der Mosel in den Rhein protzig zur Schau gestellte Verkörperung militärischen Großmachstrebens wurde später zerstört und 1990 in Erinnerung an die „Wiedervereinigung“ erneuert. Hier befindet sich heute das Bundesgartenschauelände von Koblenz, wo ganze Heerscharen kaffeetrinkender und mampfender GermanInnen in deutscher Gemütlichkeit ihren Tagesausflug absolvieren. Gleich nebenan leben seit mehreren Generationen Sinti und Roma ein ganz anderes Leben. Die FilmemacherInnen Monika Nolte und Robert Krieg zeigen diesen Kontrast in einer eindrucksvollen Szene: Im Talhintergrund befindet sich die ebenso bekannte wie zweifelhafte Postkartenidylle mit dem Rhein-Mosel-Eck. Im Vordergrund gibt auf einem Berg windumweht das „Lulo Reinhardt Projekt“ des Django Reinhardt-Großneffen mit seinen Instrumenten ein Crossover zum Besten.

In diesem Film ist Musik!

Traditioneller Gypsy-Swing einerseits und seine kreative Weiterentwicklung und Veränderung andererseits sind die beiden Grundtöne, die die unterschiedlichen Seiten, Erfahrungen und Lebenseinstellungen der Koblenzer Sintigemeinschaft anklingen lassen. In wechselnder Szenenfolge gruppieren sich vier Hauptportraits von Koblenzer Sintis um das zentrale Geschehen auf dem jährlich stattfindenden Musikfest „Djangos Erben“. Bawo Reinhardt, Vater von Lulo, singt unter Beifall auf der Bühne mit rauer, trauriger Stimme über die immer noch aktiven Schattenseiten aus der Vergangenheit:

„Wer versteht uns, wer glaubt uns?
Warum sind wir noch hier?
Warum mögen uns die Leute nicht?
Jeder braucht doch ein paar Freunde!
Warum geht das nicht mit uns?“

Die 13jährige Sibel Mercan und ihr Onkel Lulo Reinhardt besuchen einen alten, inzwischen zugewachsenen Lagerplatz in der Nähe des Rheins, wo Lulo und seine Verwandtschaft in der Natur und mit Pferden ein weitgehend freies Leben führen konnten, bis sie von dort vertrieben wurden. Die kalte, dunkle Notunterkunft „Feste Franz“, in der die Sintifamilien schon während der Nazi-Zeit und bis 1950 zwangsweise einquartiert wurden, blieb hingegen in schlechter Erinnerung.

Heute leben viele Sinti im Stadtteil Koblenz-Asterstein in einer bescheidenen Siedlung. Einige Wohnwagen stehen in den Einfahrten. Viele fühlen sich hier trotzdem wohl, pflegen ihre Gemeinschaft. Einige hängen Deutschlandflaggen an ihre Häuser. Hierüber schüttelt der 70jährige Auschwitz-Überlebende Bawo Reinhardt nur den Kopf und denkt an die ermordeten Sinti und Roma im KZ. Die deutsche Nationalhymne mag er ebenfalls nicht hören. Als Kleinkind wurde ihm die Häftlingsnummer in den Arm tätowiert. In zunehmendem Alter kommen die schrecklichen Erinnerungen wieder und plagen ihn. Trotzdem lässt er sich nicht hängen und unterrichtet als „gute Seele“ der Siedlung Jugendliche und Kinder in Romanes, damit sie trotz ihrer Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft nicht den Bezug zu ihrer Identität als Sinti verlieren. „Wovon lebst Du?“ wurde Bawo Reinhardt von anderen Deutschen immer wieder misstrauisch gefragt und beklagt ihre Doppelmoral. Wenn man Geschäfte macht oder als Anbieter von Waren andere Menschen anspricht, dann wird man normalerweise als „Vertreter“ bezeichnet. Ein Sinti oder Roma ist nach Ansicht von Teilen der Mehrheitsgesellschaft ein „Hausierer“ - nein schlimmer,

der Zigeuner bettelt! In der hintergründigen Szene mit Sascha Reinhardt als vorweihnachtlichem Verkäufer der beliebten „deutschen Edeltanne“ bleiben die zwischenmenschlichen Begegnungen zwischen Verkäufer und Käufer kurz und oberflächlich. Sintikinder werden schon früh in der Schule als „schlecht“ und „schwierig“ aussortiert und bleiben oft chancenlos. Sie haben nach Ansicht einiger älterer Sinti keine andere Möglichkeit, als in ihre Fußstapfen zu steigen und „Geschäfte“ zu machen, Handel zu betreiben, sich irgendwie durchzuschlagen. Widerlegt wird diese Meinung durch den 50jährigen Musiker Lulo und seine 13jährige Nichte Sibel, die als Klassenbeste aufs Gymnasium geht, leidenschaftlich gerne Fußball spielt – und Kung Fu praktiziert, mit drei Gürteln als Leistungsnachweis. Die zwischen verschiedenen Kulturen wandernde Sibel bringt ihr Lebensgefühl auf den Punkt: „Vom Sindh bis an den Rhein war es ein langer Weg. Heute ist unsere Heimat hier. NEWO ZIRO heißt NEUE ZEIT. Wie wird unsere Zukunft aussehen?“

In bewegenden Bildern zeigen die FilmemacherInnen, wie das Mädchen auf dem Fußballplatz und in der Sporthalle spielerisch über sich hinauswächst. Und falls in Zukunft ihr gegenüber ein Rassist oder Sexist frech werden würde, dann würde sie sich zu wehren wissen. Allerdings: Die strengen traditionellen Vorstellungen der Sinti verlangen von ihr, in ein- oder zwei Jahren mit dem Fußballspielen aufzuhören, einen Rock zu tragen und eine althergebrachte Frauenrolle einzunehmen. Im Film akzeptiert die Dreizehnjährige dies noch mit leichtem Bedauern. Wird sie dies in Zukunft auch so sehen? In den Gesprächen mit ihrem Onkel Lulo vergewissert sich Sibel ihrer Sinti-Wurzeln. Ihre Vorfahren lebten vor etwa 800 Jahren im Sindh, dem heutigen Pakistan. Auf ihren Wanderungen nach Mitteleuropa kamen sie mit vielen unterschiedlichen Kulturen in Berührung und übernahmen Teile davon. Da Lulo nicht bei der typischen



Jugendliche Sinti. Szene aus dem Dokumentarfilm „Newo Ziro – Neue Zeit“ von Robert Krieg und Monika Nolte

„Gypsy-Musik“ stehen bleiben wollte, sondern seine eigene Musik spielen will, kaufte er eine spanische Gitarre und wandte sich unter anderem dem Flamenco zu. Er knüpfte damit an die Musik der weitläufigen Verwandtschaft an. Anoushka Shankar und Dotschy Reinhardt haben aktuell mit ihren neuen CDs ebenfalls auf die Verbindungslinien zwischen indischer- und Flamencomusik aufmerksam gemacht. Für den Gitarristen Lulo eröffnet seine Musik nicht nur neue Möglichkeiten in der Ausdrucksform, sondern ebenfalls die Freiheit, sich zeitweise von seinen familiären Bindungen zu entfernen, auf Weltreisen zu gehen und ganz andere Einflüsse beispielsweise aus Lateinamerika zu verarbeiten. Indem er seinen eigenen Stil findet, unterscheidet er sich von traditionellen Sintimusikern, bei denen jeder mit jedem Variationen des Immergleichen spielt. So ein Freigeist irritiert die Leute zuhause, eröffnet aber auch die Möglichkeit für sich selbst, von seiner Musik als vielseitiger und erfolgreicher Gitarrist zu leben.

Immer wieder werden in diesem atmosphärisch dichten Film mitreißende Szenen vom Sintimusikfest am Deutschen Eck gezeigt. Das Publikum ist gemischt. Im Film kunstvoll eingefügt befinden sich zwischen längeren Gesprächen und Einstellungen viele Momentaufnahmen von Einzelnen oder kleinen Gruppen. In diesen Miniaturen gelingt es, innige Augenblicke der Glückseligkeit und Ausgelassenheit in intensiver Bildsprache einzufangen. Sie bleiben im Gedächtnis der ZuschauerInnen haften und kontrastieren so manche triste Realität des Sinti-Lebens. In Gesprächen werden die unterschiedlichen Erfahrungen und persönlichen Sichtweisen der einzelnen Personen zu intimen Portraits aneinandergeliefert. Wir erfahren bisher weitgehend unbekannte Details über das Leben der Sinti. Geradezu libertär ist ihr Brauch in Eigentumsfragen, in dem der Nachlass von Toten verbrannt wird, anstatt Gegenstand von unerquicklichen Erbschaftsstreitigkeiten zu werden. Dafür gibt es dann Ärger mit der deutschen Polizei.

Die grundlegende Frage, wie weit sich die Sinti der Mehrheitsgesellschaft öffnen sollten, ohne dabei ihre Identität zu verlieren, schwingt in diesem Film immer mit. Die Antworten fallen unterschiedlich und sehr persönlich aus. Trotzdem ist es ein hochpolitischer Film, nicht nur aufgrund der Geschichte. Roma und Sinti wurden in der Nazizeit entrechtet, verfolgt und systematisch ermordet.

Dem Völkermord fielen 500.000 Sinti und Roma zum Opfer

Heute sind die Abschiebungen von Roma in das Kosovo, die unverschämte Hetze der Schweizer Zeitung „Weltwoche“ gegen Roma vor ein paar Wochen und die ressentimentgeladenen Ermittlungen der deutschen Polizei im Mordfall Kiesewetter gegen das „Zigeunermilieu“, aber nicht gegen neofaschistische TerroristInnen, bittere Realität. Dies ist der richtige Film zur rechten Zeit.

Horst Blume

Weitere Infos:
http://newoziro.wfilm.de/Newo_Ziro/Film.html
www.djangoserben.com
www.lulo-reinhardt-project.de

Sing along with Derrida:

Die Stimme ist das Bewusstsein. Fragmentsplitter zu einer Ästhetik des kommunikativen Widerstands

„Rede, damit ich dich sehe“, Sokrates, Über Physiognomik

„Der Ton macht die Musik“ in der Kommunikation. Der Klang der Stimme, dieses primäre Ausdrucksmedium des Menschen, gibt vor allen bewusst eingesetzten rhetorischen und argumentativen Strukturelementen den prägenden Grundton an. Durch die Rollenmaske der Persona gleichsam hindurchtönend, erreicht der Stimmklang das Gemüt vor dem Bewusstsein und hinterlässt bereits in den ersten 30 Sekunden des Hörbarwerdens einen nachhaltig aufrichtigen, zuweilen demaskierenden Eindruck davon, wer wir sind, wer wir sein wollen und wofür wir stehen. Albert Mehrabian stellte in ei-

ner Studie „Inference of Attitude from Nonverbal Communication in Two Channels“ (The Journal of Counselling Psychology 31, S. 248-252, 1967) fest, dass bei einer Präsentation vor Gruppen 55 Prozent der Wirkung durch nonverbale Kommunikation (Körperhaltung, Gestik und Augenkontakt) bestimmt wird, 38 Prozent des Effekts durch den Stimmklang und nur 7 Prozent durch den Inhalt des Vortrags. Ob es einem passt oder nicht: die Stimme des/r Sich-Ausdrückenden erklingt/tönt in jedem Fall – wie, das ist die andere entscheidende Frage. „Wenn man [in einer politisch

ausgerichteten Talkshow] unvorteilhaft posiert oder eine unangenehme Stimme hat, dann hat man in diesem Format ein Problem. Ganz unabhängig von der Sache oder der Argumentation, der man sich bedient. Man ist Teil eines medialen Spiels, eines bestimmten Formats. Und hier stellt sich die Frage: Wie weit geht diese Anpassung? Man ist schnell Teil von etwas, das man eigentlich nicht will...“ Viel Lärm um nichts. Die Talkshow als Moment von Antiaufklärung. Gespräch mit dem Medienwissenschaftler Dietrich Leder, ak, 18.06.2010

Diese subtile, unbewusst agierende „Macht“ der Stimme haben sich professionelle Kom-

munikationsstrategen, die im Auftrag von Führungs- und Unternehmensstrukturen agieren, schon längst intensiv zu Nutze gemacht. Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Kultur lassen Stimme und Styling coachen, was bei Auseinandersetzungen mit Protestbewegungen allzu oft unüberhör- und -sehbar im wortwörtlichen Sinn ist. Systemkritische Wortergreifer, denen ihre eigene Stimme fatalen Widerstand leistet, erweisen sich gewieft-durchtrainierten Sprachmanipulatoren gegenüber als durchaus irresistibel. Die Ohren „sind auf dem Feld des Unbewussten die einzige Öffnung, die sich nicht schließen kann.“

Jacques Lacan, zit. n. Manfred Pabst, Bild, Sprache, Subjekt: Traumtexte und Diskurseffekte bei Freud, Lacan, Derrida, Beckett und Deleuze/Guattari, 2004, S.32

Nun bestünde ein naheliegender Ausweg aus diesem Dilemma ungleicher Stimmwappung darin, die kommunikativ überlegenen Redner mit ihren eigenen Instrumentarien zu „schlagen“, sich mithin deren etabliert-bewährte Herrschaftsstrukturen stimmlichen und darüber hinaus allgemein ästhetischen Ausdrucks anzueignen. (Das Styling-Potential, der visuelle Gegenpart, wäre hier eine signifikante Ergänzung.) Das würde bedeuten, schon

einmal zu lernen, dass es eben nicht darum geht, Parolen noch lauter schreien zu lernen, ohne heiser zu werden, sondern im Gegenteil darum, subtiler und raffinierter sprechen zu lernen, also die neuesten Erkenntnisse moderner Kommunikationstechniken zu integrieren, um den „Gegner“ sprachlos zu machen. Doch wäre solches Procedere nicht mehr als Fortsetzung des ewig Gleichen unter besten Falls umgekehrten Vorzeichen. Haarscharf vorbei an der Chance zu einer tiefgründigen strukturellen Veränderung, welche im Potential der stimmklanglichen Konstituierung von Kommunikation der subversiven Entde-

Fortsetzung nächste Seite

LeserInnenbriefe

Frust über den Demo-Ablauf

Betr.: M31 Mobilisierungen, Interview von Leftéris Epanastátis mit Torsten Stein (FAU) zu den geplanten Aktionen am 31. März, in: GWR 367, März 2012, S. 5

Liebe GWR-Redaktion, ich lese die GWR sehr gerne und habe auch in diesem Brief keine Kritik zu dem oben genannten Artikel, sondern will einfach meiner maßlosen Frustration über den Demo-Ablauf am 31.3.12 in Frankfurt am Main Ausdruck verleihen. War ich so naiv, in dieser antikapitalistischen Demo einen Anfang zu sehen, die Menschen zu vereinen, die vermeintlich aus den unterschiedlichsten Gründen leiden - an Sozialabbau und fehlender Lebensgrundlage, an Krieg und Diskriminierung, an der Verschmutzung, Vergiftung, Verlärmung unserer Lebensräume? Vermeintlich aus den unterschiedlichsten Gründen, da all dies seine Ursache im Kapitalismus hat. Und in dieser ernsten Situation der massiven Angriffe auf die Mehrzahl der Menschen weltweit, meinen einige Demo- TeilnehmerInnen, sie könnten mit Rumballern und Steine werfen in Brautmode-Geschäfte oder Polizeiwachen ernsthaft etwas verändern oder mehr Menschen mobilisieren? Folge schon der ersten Aktionen war eine Aussonderung innerhalb der Demo: TeilnehmerInnen mit Kindern und Menschen, die auf Rollstühle angewiesen sind, wichen auf das Ende des Demo-Zuges aus. Eine Familie, die zu Beginn der Demo sehr engagiert den Redebeiträgen zuhörte und antikapitalistische Parolen rief, musste die Demo vollständig verlassen, weil ihre etwa acht- und zehnjährigen Kinder panische Angst vor den wie Schüsse klingenden Knallkörpern hatten. Ich kann mir nicht vorstellen, mit Menschen eine andere Welt aufzubauen, die Steine gegen Menschen werfen, die anderen Menschen Angst machen! Wie anders erlebe ich den kraft- und wirkungsvollen gewaltlosen Widerstand gegen die Atomkraft im Wendland. Menschen, die gewaltlosen, zivilen Ungehorsam leisten, sind viel mutiger und auch Mut machender als actiongeile Steineschmeißer. Da ich zunächst mitten in der Demo war, kann ich auch beurteilen, dass in diesem Fall die Eskalation keineswegs von der Polizei betrieben wurde. Zusammenstehen und sich nicht noch gegenseitig Angst machen - in diesem Sinne mit antikapitalistischen Grüßen,

Heidrun Ziehaus, Frankfurt/M.

Linke Militär-Orthodoxien kontra Herrschaftskritik

Betr.: „Daneben gegriffen“, Leserbrief von Werner Ruhoff, in: GWR 368 und „Vernünftige Perspektive“, Leserbrief von Rolf Eckart, in: GWR 368, April 2012, S. 19

Werner Ruhoff schreibt: „Den Vergleich von Chile und Portugal finde ich reichlich daneben gegriffen. Zu schreiben, das Militär tut, was es immer tut, um die Position der damaligen DVZ vorzuführen, finde ich ungenügend. In Portugal waren wir uns alle einig, dass es mit den portugiesischen Arbeiter_innen und Bäuer_innen, die in der Mehrheit auf der Seite der Revolution standen, ein Befreiungsschlag war, der vom Militär ausgelöst wurde.“ Zwischen einem kritischen Vergleich der unterschiedlichen Positionen und einer Gleichsetzung besteht ein großer Unterschied. Die DVZ als Sprachrohr der orthodoxen BRD-Linken war es, die nach dem Militärputsch in Chile zu recht empört war, aber kurz darauf der Rolle des Militärs in Portugal völlig unkritisch gegenüberstand. Als Pazifisten und Libertäre haben wir schon öfters schmerzhaft Erfahrungen mit von Militärs durchgeführten „Befreiungs-

schlägen“, wie Werner Ruhoff es nennt, gemacht und gewöhnten uns deshalb an, diese grundsätzlich kritisch zu hinterfragen. Weil das für uns selbstverständlich wurde, bin ich in meinem GWR 367-Artikel über den Freitag bzw. die DVZ nicht näher darauf eingegangen. Selbstverständlich haben wir wie alle anderen freiheitsliebenden Menschen den Sturz des autoritär-faschistischen Salazar-Regimes am 25. April 1974 in Portugal begrüßt. Allerdings haben wir damals ebenfalls davor gewarnt, einer autoritären, putschistischen Variante der Revolution allzuviel Vertrauen entgegenzubringen. Das System von Befehl und Gehorsam sowie hierarchische Strukturen innerhalb und außerhalb des Militärs sind die Ursache dafür, dass hoffnungsvolle Ansätze der Selbstorganisation von unten schnell wieder zerstört werden. Charles Reeve, Autor des Buches „Die portugiesische Erfahrung“ (Association Verlag) hat in der Zeitschrift „Tranvia“ (Nr. 13, 1989) genau beschrieben, wie innerhalb einer kurzen Zeit das „positive“ Engagement von Militärs in das Gegenteil umschlägt: „Gut eineinhalb Jahre nach dem Militärputsch vom 25. April, der dem alten autoritären Regime ein Ende setzte und den Weg für eine starke soziale Bewegung freimachte, besiegte eine zweite Militärerhebung (!) die militärische Linke und die radikale Linke, marginalisierte die portugiesische KP und restaurierte die Staatsmacht. Damit waren die notwendigen Bedingungen für ein kapitalistisches Funktionieren der Gesellschaft und der Produktion geschaffen.“ Selbst in der Beck’schen Reihe „Aktuelle Länderkunden. Portugal“ (von Gudrun und Alexander Decker) ist für linke FreundInnen des Militärs nachzulesen, wie „gemäßigte und konservative“ Teile der Militärs mit der „wilden Phase“ der Revolution Schluss machten: „Die Copcon-Verbände wurden aufgelöst, viele Linke Offiziere wurden vorübergehend verhaftet und später aus der Armee bzw. zumindest aus Schlüsselstellungen entfernt, die MFA (Bewegung der Streitkräfte) und der Revolutionsrat wurden weitgehend entmachtet, während Nationalversammlung/Parlament und Präsident mehr Kompetenzen erhielten. (...) In der Folgezeit gerieten die diversen Bevölkerungskommissionen den Parteien und den widererstärkten Bürokratien gegenüber sehr schnell ins Hintertreffen, der Agrarreform wurde administrativ nach und nach durch Landrückgaben buchstäblich der Boden entzogen.“ Eine selbstkritische Aufarbeitung dieser Erfahrung in der Deutschen Volkszeitung konnte von ihrem Selbstverständnis her nicht stattfinden. Denn sie war ebenfalls der ideologische Eckpfeiler eines autoritären Herrschaftsapparates! Bei einem „schlechten“ rechten Militärputsch wie in Chile empört sein und andererseits bei einem zunächst „guten“ linken Militärputsch nicht weiter über gefährliche Implikationen und Folgen eines solchen Modells nachdenken - das waren bei der DVZ die zwei Seiten einer Medaille. Weniger schwärmerisches Schwelgen in revolutionsromantischen Liedern a la „Grandola vila Morena“ und stattdessen mehr herrschaftskritische Reflexion wäre angebrachter. In dem Artikel habe ich außerdem etwas polemisch geschrieben, dass die DVZ von ihrer Ausrichtung her die perfekte Symbiose von dem Streben nach einer gesicherten Beamtenpension und dem Ziel einer „revolutionären“ Eroberung des Staates darstellt. Wenn nun Rolf Eckart ausgerechnet als ehemaliger GEW-Landesvorsitzender von Bayern etwas pikiert und unzufrieden wegen des Artikels ist, bin ich zumindest hier sicher, nicht ganz falsch verstanden worden zu sein. Man hätte ja neben der DVZ noch andere Zeitungen lesen können, gibt Rolf Eckart zu bedenken. Kann mit dieser billigen Ausrede die DVZ als damals mit Abstand auflagenstärkste linke Zeitung aus ihrer Verantwortung für eine halbwegs ehrliche Berichterstattung entlassen werden? - Natürlich bestand theoretisch die Möglichkeit, etliche kleinere, weniger bekannte Zeitschriften zu abonnieren, um die einseitige Berichterstattung der DVZ zu korrigieren. Doch welche Privilegierten hatten damals tatsächlich das Geld, die Zeit und den Überblick, das alles zu bewerkstelligen? Selbstverständlich konnte mensch sich als (zukünftiger) Beamter über die DVZ-Unterstützung im Kampf gegen die Berufsverbote freuen. Aber wenn diese Unterstützung bei der DVZ dazu führte,

das Engagement gegen die vielen anderen Formen von Unterdrückung und Repression zu vernachlässigen, ist das nicht nur egoistisch. Es ist auch eine politisch gewollte Verbeugung vor den staatstragenden (Mittel-) Ständen und eine Abkehr von den wirklich Armen und massivst Bedrängten. Die von Rolf Eckart herbeigewünschte ausführliche Diskursanalyse von DVZ-Texten finde ich ebenfalls sehr wichtig. So wie das DISS in Duisburg die extrem rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ analysierte, sollte bei der historischen DVZ auch ihre Haltung zum Gulag und zur Unterdrückung der Menschen im ehemaligen Ostblock näher untersucht werden. Das Ergebnis dürfte erschreckend ausfallen.

Horst Blume, Hamm

Symbolischer Angriff auf das Herrschaftsinstrument EZB

Betr.: „Nichterwähnung der IWW“, Leserbrief von Heiner Stuhlfauth Jr., in: GWR 368, April 2012, S. 18

Hallo, erwähnt werden im Interview hauptsächlich die Organisationen, die das Ding organisieren, nicht unbedingt die wirklich vielen, die dazu aufrufen. Wir von der FAU-Frankfurt haben im Übrigen hervorragende Kontakte zur IWW in den USA und gute Kontakte zur IWW-Frankfurt. Das Problem mit der IWW-Frankfurt ist, dass sie nie auftauchen und nie anliegende Arbeiten übernehmen, sondern immer nur ihren Namen unter Aufrufe setzen (was ja auch o.k. ist). Das führt aber wie jetzt dazu, dass ich persönlich als Interviewer bis eben noch nicht einmal wusste, dass die IWW irgendwie mit im Boot ist und zu M31 aufruft. Das ist wohl auch mein Fehler - wenn ich es gewusst hätte und die Genossen bei der Vorbereitung mitarbeiten würden, hätte ich sie auf jeden Fall erwähnt, da ich die IWW sehr schätze! Zum Punkt, warum wir samstags durch Mainhattan ziehen, steht alles im Interview drin, da hat Heiner wohl nicht verstanden, dass es uns nicht um die „Bankster“ geht, sondern um den symbolischen Angriff auf das politische Herrschaftsinstrument EZB. Im Übrigen wird auf der EZB-Baustelle 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche gearbeitet. Liebe Grüße,

Leftéris Epanastátis

Schönfärberei

Betr.: Ideologiekritik oder Denunziation? In der Auseinandersetzung mit naturalistischer Religionskritik dominieren derzeit die irrationalen Elemente, Diskussionsbeitrag von Gunnar Schedel, in: GWR 368, April 2012, S. 18

Hallo, zur Kritik von Gunnar Sschedel an meinem Text zur Kritik der Giordano Bruno Stiftung: Die Aussagen von G. S. sind Schönfärberei und zum Teil bewusstes Missverstehen. LeserInnen können sich dazu auch selbst ein Bild machen, wenn Sie die Texte im Vergleich lesen und dann die Quellenangaben von mir (also die Texte von Schmidt Salomon) anschauen. Dann wird schnell deutlich, dass ich zu Recht feststelle, dass Schmidt Salomon ein biologisches Weltbild vertritt (& damit eben auch eine wissenschaftliche Weltanschauung oder ist Biologie keine Wissenschaft? :)). Den Text von mir findet Ihr unter www.3tes-jahrtausend.org/religionskritik/giordano_bruno_stiftung.html mit aktiven Links zu den Texten von Schmidt-Salomon. Die Texte sprechen für sich – und auch wenn Schmidt-Salomon behauptet kein Biologist zu sein, ändert dass nichts daran, dass er auf Grund seiner Argumentationslinien einer ist. Grüße,

Jörg Djuren, Hannover

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sing along with Derrida

ckung harrt. Bedauerlich rasant vorbei an dem emanzipatorischen Sprengstoff, den die Körperlichkeit der menschlichen Stimme in jedem laut werdenden Wort in sich birgt.

Die Antike von Pythagoras bis zu Hildegard von Bingen und die noch nicht vermarkteten außereuropäischen Kulturen lebten aus dem Bewusstsein heraus, dass der Mensch erst als musikalisches Wesen, als Klangwesen, ganz Mensch ist. Vielleicht vermag ihre transhistorische Aktualität uns technologiezeitigen Kopffüßlern, die alles hoffnungs- wie ausnahmslos und vor allem klangbeliebig-monoton instrumentalisieren, Beistand bei der Rettung aus der Havarie der Emanzipation zu leisten.

„No, I ain? got my childhood/ Or friends I once know/ But I still got my voice left/ I can take it anywhere I go.“ (Bob Dylan)

Wie wäre es, wenn die Stimme als universales integerintegra-

les Ausdrucksmedium individuelle Authentizität und durch die Authentifizierung des individuellen Stimme-Seins ein kollektives Ausdrucksreservoir schöpfen könnte? Jedes laut werdende Sprachelement ist und agiert radikal und wesentlich körperlich. Jedes gesprochene Wort bringt stets das Körperganze von den Zehen bis zum Scheitel des Kopfes zum Schwingen und innerhalb dieser kontinuierlichen Gesamtschwingung die phonetischen Mikrostrukturen zum Klingen, ob der/die SprecherIn diese physikalische Gegebenheit bewusst wahrnimmt oder nicht. Der menschliche Körper ist das Instrument Stimme, entsprechend die Stimme das unmittelbarste und zugleich mobilste Instrumentarium individueller und kollektiver Identifizierung und Äußerung. Entscheidend dabei ist es, dies sich dem Mentalen rasch entziehende Allereinfachste zu „verstehen“, möchte sagen zu spüren, zu hören, zu fühlen: Dass ich meine Stimme nicht besitze, sondern dass ich selbst meine Stimme

ganz und gar und mit –Haut – und Haaren bin. In dieser Einzigartigkeit liegen zugleich Schwierigkeit und Chance. Chance, weil ich meine Stimme jederzeit und jedenorts „dabei“ habe und weil sie alles Hilfreiche und Notwendige in einem konstituiert: Entspannung und genialen Stimm-Tonus (Ton = Spannung + Klang), Boden-unter-den-Füßen und Aufricht-igkei/ung (meine Stimme verrät mir meine Stimmung und richtet mich auf), Innen- und Außenresonanz, Zwischen- und Obertöne, Einstimmigkeit und Zusammenklang des Verschiedenen, hedonistisches Selbst-Bewusstsein und Sich-Ausdrücken. Und als bedingungslose Konsequenz: ein genaues, subtiles, öffnen-des Hören. Doch die Chance birgt zugleich die Schwierigkeit, da jede Auseinandersetzung mit meiner Stimme notwendige Auseinandersetzung mit mir selbst bedeutet – mit diesem Stimm-Ich (stimm‘ ich?), welches besonders in der abendländischen Gesellschaft zunehmend in

Vergessenheit geriet und tabuisiert wurde - halte die Klappe, sing nicht so falsch... Die zärtlich-subtilen Schwingungen meiner Stimme konfrontieren mich schonungslos liebevoll mit meiner schambesetzten Intimität. Das macht Angst. Aber da kann mannfraustimme durch.

„Diese Universalität bedingt, dass struktural begründet kein Bewusstsein ohne die Stimme möglich ist. (...) Die Stimme ist das Bewusstsein.“ Jacques Derrida, Die Stimme und das Phänomen: Einführung in das Problem des Zeichens in der Phänomenologie Husserls, 2003.

Wie kann ich Verantwortung für Veränderung übernehmen, wenn ich mich selbst nicht zur unermüdlichen Basisbaustelle mache? Wie kann ich von „Stimmrecht“ reden, wenn ich meine eigene Stimme als potentiell stimmiges Stimm-Ich nicht ernst nehme? Wie kann soziale Polyphonie alias Harmonie entstehen, wenn die Einzelstimmen

sich nicht auf das Abenteuer der individuellen Stimmigkeit einlassen?

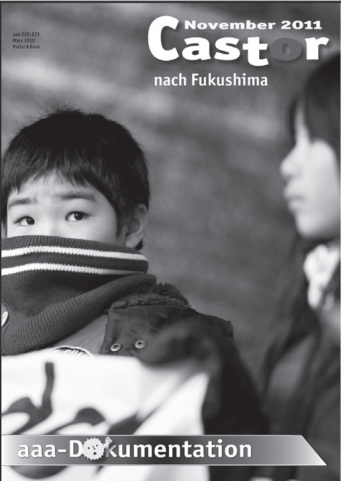
Jorinde Reznikoff

Jorinde Reznikoff ist Stimmarbeiterin, Performerin und Redakteurin der neopostdadasurrealpunkshow, Radio FSK Hamburg. www.jorinde-reznikoff.de

Stimm-Tipps
Bleib dir treu: Versprech‘ dich oft, doch so grandios wie möglich. Genieße den Klang Deiner Stim-

me beim Sprechen. Genieße jeden Laut. Nimm dich selbst wahr – dann wirst du wahrgenommen. Deine Stimme wird gehört, wenn du sie selbst hörst. Hab keine Angst vor Stille. Stille ist der Schlüssel zum Gehör/Hören und Gehört werden. Hol bloß nicht tief Luft, sondern im Gegenteil: Atme erst einmal tief aus, bevor du zu sprechen beginnst. Sprich mit Händen und Füßen. Selbstbewusstes Sprechen richtet Dich-Körper auf. DuKörper bist das Sprachrohr zwischen Fuß und Kopf, Dir und DirSelbst, Dir und der Welt. Deine Stimme ist das subversivste Protestmedium/Sprachrohr/Veränderungsmedium, weil Du es selbst bist. Stimme kann jeden Raum besetzen. Klang lässt sich weder ausweisen noch festnehmen.

Anzeige



November 2011

Castor

nach Fukushima

castor-doku

eine akribisch recherchierte Chronologie; Berichte, Analysen und statements; 185 zum Teil großformatige Fotos; 96 Seiten in aaa-Qualität 6,00 Euro + Porto

anti atom aktuell
Tollendorf 9
29473 Gohrde

www.anti-atom-aktuell.de/doku
doku@anti-atom-aktuell.de

aaa-Dokumentation

Die Mauer des Schweigens überwinden

Die Lebenslaute-Aktion 2012 in Oberndorf am Neckar

Endlich einmal soll eine Aktion des musikalischen Netzwerks „Lebenslaute“ wieder im Süden Deutschlands stattfinden.

Vom Wendland, von Berlin und aus Ostwestfalen sind die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe angereist, zum Teil über sieben Stunden im Auto oder Zug. Die „Aktion Aufschrei“ gegen Kleinwaffen hat sich schon lange eine Beteiligung von Lebenslaute gewünscht. Ziel dieser Aktion ist die Waffenfirma Heckler & Koch in Oberndorf am Neckar, nicht weit von der Doppelstadt Villingen-Schwenningen. Ernst-Ludwig Iskenius, Arzt in Villingen, will auf die schmutzigen Geschäfte mit dem Tod aufmerksam machen. Er gehört zu den IPPNW, den Ärzten gegen den Atomkrieg, und behandelt traumatisierte Flüchtlinge aus Ländern wie Afghanistan und Irak. „Es ist aberwitzig, dass ich

hier mit Traumatisierungen zu tun bekomme, deren Ursache nur wenige Kilometer von hier, bei der Waffenfirma Heckler & Koch, liegt“, äußert Iskenius. Wer aber in Oberndorf etwas gegen Heckler & Koch unternehmen möchte, stoße auf eine Mauer des Schweigens. „Ihr werdet auch nicht die kleinste Hinterstube einer Kneipe angeboten bekommen, wenn ihr hier ein Treffen abhalten wollt. Alles hängt hier an der Fabrik.“ Iskenius zeigt einen Film über eine Demonstration, die Jürgen Grässlin (DFG-VK) vor Jahren am Haupttor der Waffenfabrik organisiert hat. „Der Zug durch den Ort war gespenstisch“, erinnert er sich. „Von den Einwohnern war niemand auf der Stra-

ße, es war, als wäre die Stadt völlig menschenleer.“ Es gibt zwar noch andere Industriebetriebe in Oberndorf, aber keiner von ihnen hat einen solchen Einfluss auf die Wirtschaft der Stadt. Heckler & Koch wurde nach dem Krieg von zwei Ingenieuren der Mauser-Werke gegründet, die jetzt zum Rheinmetall-Konzern gehören. Der Name Mauser ist noch am Gebäude zu lesen, und man ist stolz darauf: „Mauser“ war im 19. Jahrhundert weltweit eins der berühmtesten Gewehre. Das bekannteste Gewehr von H & K dagegen ist das G3. Es wird nicht nur bei der Bundeswehr verwendet, sondern in beinahe alle Länder des Globus exportiert. Zweihundert Jahre beträgt die Tradition der Waffenproduktion am Ort, vor kurzem wurde das Jubiläum groß

gefeiert. Da ist nicht nur ein mächtiger Industriebetrieb am Ort, der Arbeitsplätze garantiert, die Loyalität zu diesem Unternehmen sitzt tief in den Köpfen und Herzen. So ist es schwierig, überhaupt einen Bewohner des Ortes zu finden, der gegen die Waffenfabrik eingestellt ist und das offen zugibt. Doch, einen gibt es: es ist der Pfarrer Ulrich Pfaff. Er sei erst nach seiner Pensionierung wieder nach Oberndorf gezogen, berichtet er, und zwar nicht nur, weil dort noch das Haus stand, in dem er groß geworden war, sondern weil er auch die Verpflichtung spürte, sich um ein Denkmal zu kümmern, das auf dem Grund dieses Hauses stand. Sein eigener Vater hatte es für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter errichtet, die im Krieg für die Firma Mauser, aber auch in der Landwirtschaft schufteten mussten.

Dabei war Vater Pfaff selbst bei der SS gewesen. Aber irgendwie (Ulrich schmeichelt sich, es sei ein Buch gewesen, das er dem Vater zu lesen gegeben hatte) hatte ihn lange nach dem Krieg veranlasst, seine Einstellung radikal zu ändern. Seitdem setzte er sich leidenschaftlich für ein Mahnmal ein, das an die Zwangsarbeiter erinnern sollte. Als er einsehen musste, dass er in Oberndorf dafür keinen Platz erhalten würde, setzte er es auf den eigenen privaten Grund und Boden. Man sieht dem Denkmal an, dass es dem Dickschädel eines Schwaben zu verdanken ist: Zwei ungefüge Felsbrocken aus dem heimischen Untergrund sind aufeinandergetürmt, grau gemischt sehen sie aus, kein glatter Sandstein, nichts, in das man eine Inschrift ein-graben könnte. So ist mit angehefteten Schildern auf den Sinn des Mahnmals hingewiesen.



Damit ist eines der Themen der diesjährigen Lebenslaute-Aktion gegeben: Die Leiden der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus zahlreichen Ländern während des Krieges. Unter den übrigen Themen wird die Rüstungskonversion eine Rolle spielen. „Lebenslaute“ wird daran erinnern, dass die Waffenfabrik unmittelbar nach dem Krieg, als Deutschland abgerüstet wurde, u. a. Nähmaschinen herstellte statt Waffen. Die Besucher von „Lebenslaute“ sitzen in Ulrich Pfaffs Wintergarten, einem üppig mit tropischen Pflanzen durchwucherten Paradies: sein Haus ist nach ökologischen Maßstäben eingerichtet.

Er sei hier akzeptiert, weil er hier geboren ist, sagt er, er duze sich mit vielen Oberndorfern, auch mit Beschäftigten von Heckler & Koch, die er noch von seiner Kindheit her kenne. In Schwenningen trifft sich die Gruppe mit Christa Lörcher, der einzigen Abgeordneten der SPD, die 2001 gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan gestimmt hat. Sie verspricht, die Werbetrömel zu rühren und privat bei sich einige Teilnehmer der Aktion aufzunehmen. Alle erwarteten 60-70 Musiker/-innen und Chorsänger/-innen sollen privat Übernachtungen bekommen – eine Herausforderung für die lokale Szene. Organisiert sind bereits die Räume, in denen geprobt und gegessen werden soll.

Villingen ist eine alte Arbeiterstadt, Schwenningen dagegen, einige Kilometer entfernt im Tal gelegen, war einstmal's Reichsstadt und hat ein pittoreskes historisches Aussehen. Hier haben die lokalen Unterstützerinnen und Unterstützer eine Kirche im Zentrum ausgesucht, in der das Vorkonzert stattfinden soll. Die Hilfe der Kirchengemeinden spielt also eine große Rolle, auch wenn sich das Netzwerk vom christlichen Dogma streng unabhängig hält. Mit drei Stücken aus Händels „Alexanderfest“, die im vom vorigen Jahr bereits auf dem Programm standen, bleibt „Lebenslaute“ auf dieser Linie; außerdem stehen Vertonungen nach Brecht und anderen Dichtern des 20. Jahrhunderts auf dem Programm.

Die Vorbereitungsgruppe ist zufrieden: nach einem Rundgang um das Firmengelände von H & K, das auf der Höhe über dem Neckartal liegt, können sich alle die Aktion recht gut vorstellen. Die Einzelheiten sollen aber von allen Teilnehmenden erst in den Tagen unmittelbar vor der Aktion beschlossen werden, das verlangt die Basisdemokratie bei „Lebenslaute“.

Gerd Büntzly

Weitere Infos: www.lebenslaute.net



graswurzelrevolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

Ich abonniere die *GWR*

- ☐ GWR-Jahresabo* 10 Ausgaben für 30 €
- ☐ GWR-Auslandsabo* 10 Ausgaben für 40 €
- ☐ GWR-Förderabo* 10 Ausgaben für 55 €
- ☐ GWR-Schnupperabo** 3 Ausgaben für 5 €
- ☐ Geschenkabo*** (10 Ausgaben für 30 €) an:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort

Tel. (für evtl. Rückfragen)

* Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden.
** Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich. Bitte Vorkasse.
*** Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch.

Zum Jahresabo hätte ich gerne eine **Abo-Prämie:** ein Buch, und zwar

- ☐ Robert Halbach (Hg.): Der Rebell Anarchik! – Weshalb schwingen die Anarchisten eine schwarze Fahne? (Karin Kramer Verlag, Berlin 2008, 94 Seiten)
- ☐ Achim von Borries: Rebell wider den Krieg, Bertrand Russell 1914 - 1918 (Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2006, 95 Seiten)
- ☐ Bernd Drücke, Luz Kerkeling, Martin Baxmeyer (Hg.): Abel Paz und die Spanische Revolution (Verlag Edition AV, Frankfurt/M. 2004; 116 Seiten)
- ☐ Graswurzelrevolution-Sonderheft „Parlamentarismuskritik“ (2. Aufl. 1994, 99 Seiten)
- ☐ Graswurzelrevolution-Sonderheft „Anarchismus und Gewaltlose Revolution heute“ (94 S.)

☐ Ich möchte als **WiederverkäuferIn** helfen, die GWR zu verbreiten. Ich bestelle ab der nächsten Nummer Exemplare. Rabatte: ab 2 Exemplaren: 20%; ab 5 Ex.: 30%; ab 15 Ex.: 35 %; ab 30 Ex.: 50%; Buchhandel: generell 30 %. Zahlungen nach Erhalt der Rechnung oder per Lastschrift. Rückgabe unverkaufter Exemplare möglich.

☐ Bitte schickt ein kostenloses **GWR-Probeexemplar** an ...

☐ Ich möchte die GWR unterstützen und spende € (auf das Konto GWR KtoNr. 266 57-207 BLZ 200 100 20 Postbank Hamburg)

☐ Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

☐ Ich lege Scheck/Briefmarken/Bargeld bei.

☐ Ich ermächtige euch hiermit, die Rechnung für Abo und/oder Wiederverkauf per **Lastschrift** (nur bei inländischer Bankverbindung möglich) einzuziehen.

Konto: BLZ: Bank:

Die Ermächtigung wird sofort ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe. Diese Bestellung kann zehn Tage lang rückgängig gemacht werden.

Datum, Unterschrift:

Ausschneiden oder kopieren, faxen oder in einen Umschlag stecken und ab gehts an:
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250; Fax: -351

GWR 369, Mai 2012

Impressum

Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. **Koordinationsredaktion Graswurzelrevolution:** Breul 43, D-48143 Münster. Tel.: 0251/48290-57, Fax: 0251/48290-32, E-Mail: redaktion@graswurzel.net. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Bernd Drücke, Heike, Muriel, Monika, Franziska Wittig, Dimitri Roussopoulos, Joseph Steinbeiß, Wolfgang Haug, Besalino, Helga Weber, Wolfgang Zucht, Horst Blume, S. Tachelschwein, Jorinde Reznikoff, Findus, Cécile Lecomte, Bewi, Heinz, Shaghayegh Zafari, Antirassistische Initiative Berlin, Rudi Friedrich, Martin Baxmeyer, Rüdiger Haude, Erik Dickmann, Benjamin Steilmann, Sebastian Nekyia, Luz Kerkeling, Dorit Siemers, Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Christine Schweitzer, Philippe Kellermann, Oskar Lubin, Gerd Büntzly, Michael Schulze von Glaßer, B.Setzer, u.a.; **GWR-Finanzen:** E-Mail: finanzen@graswurzel.net; **GWR-Vertrieb & GWR-Buchverlag:** Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim, Tel.: 02440/959-250, Fax: 02440/959-351, E-Mail: abo@graswurzel.net (Abo- & Vertriebsangelegenheiten) & buchverlag@graswurzel.net (Buchverlag); **Druck:** Caro-Druck, Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt. Die Zeitung Graswurzelrevolution steht der War Resisters' International (WRI) nahe und ist Mitglied beim linken Politik- und Wissenschaftsportal www.linksnet.de. Dies ist **Nummer 369 im 41. Jahrgang**. Verantwortlich sind wir im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechtes ist dies: Bernd Drücke, c/o Redaktion Graswurzelrevolution Münster. Alle Beiträge erscheinen in Eigenverantwortlichkeit der AutorInnen. Über die Redaktion können auch AutorInnen schriftlich erreicht werden, die ihre Artikel nicht namentlich kennzeichnen. **Die Auflage** ist diesmal 3.500. Es gilt die **Anzeigenpreisliste 14** vom 1.1.2002. Die ISSN ist 0344/2683, das Vertriebskennzeichen D 4025 E. Die GWR erscheint monatlich mit einer Sommerpause im Juli/August. **Redaktionsschluß** für die nächste Ausgabe ist der **10. Mai 2012**. Über unverlangte Manuskripte und Fotos freuen wir uns, können aber keinen Abdruck garantieren. Honorare zahlen wir nicht. Wir arbeiten mit PC mit dem Programm PageMaker 6.5 für Windows und können die gängigsten Textverarbeitungsprogramme verarbeiten. **Nachdruck** nur mit Quellenangabe und gegen Belegexemplar freut uns. **Abo und Wiederverkauf:** siehe nebenstehenden Abochnippel. **Konto:** 26657207, Postbank Hamburg, BLZ 20010020. **Internet:** www.graswurzel.net (E-Mail: webmaster@graswurzel.net = alles, was die Website betrifft)

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Graswurzelrevolution

bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. Wir kämpfen für eine Welt, in der die Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechtes oder ihrer geschlechtlichen Orientierung, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung, aufgrund rassistischer oder antisemitischer Vorurteile diskriminiert und benachteiligt werden. Wir streben an, dass Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. Schwerpunkte unserer Arbeit lagen bisher in den Bereichen Antimilitarismus und Ökologie. Unsere Ziele sollen – soweit es geht – in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein. In diesem Sinne bemüht sich die anarchistische Zeitung Graswurzelrevolution, seit 1972, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.